

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 43-44/99

Berlin

3. Ex

28. Oktober 1999

66. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1999

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Berlin:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Essen am 22. Oktober 1999

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Weltwirtschaft im Aufwind

Die Weltkonjunktur hat im Laufe des Jahres 1999 an Dynamik gewonnen; die Erholung ist sogar kräftiger, als im Frühjahr erwartet worden war. In den Schwellenländern kam es nach dem Rückgang der Produktion im vergangenen Jahr nunmehr zu einem deutlichen Anstieg. Eine wichtige Voraussetzung hierfür war, daß sich dort die Lage auf den Finanzmärkten stabilisiert hatte. So festigten sich die Wechselkurse nach den starken Abwertungen, und die Aktienkurse erholten sich spürbar; dazu haben die Einleitung von Reformen im Finanzsektor und

marktwirtschaftlich orientierte Anpassungen im Unternehmensbereich beigetragen. In den Industrieländern insgesamt ist die gesamtwirtschaftliche Produktion zügig gestiegen, und das Konjunkturgefälle zwischen den Ländern hat sich verringert: In den USA verlangsamte sich die Konjunktur, blieb aber kräftig, in Japan hat das reale Bruttoinlandsprodukt nach langer Rezession wieder spürbar zugenommen, und Europa erholt sich von der außenwirtschaftlich verursachten Konjunkturschwäche. Mit der Beschleunigung des Produktionsanstiegs in der Welt wurde auch der internationale Warenaustausch, nach annähernder Stagnation im Verlauf des vergangenen Jahres,

wieder deutlich ausgeweitet. Gleichzeitig haben die Rohstoffpreise spürbar angezogen. Vor allem der Ölpreis schnellte, nicht zuletzt aufgrund von Produktionsbeschränkungen, kräftig in die Höhe.

Im Zuge der Verstärkung der Weltkonjunktur sind die Kapitalmarktzinsen in den Industrieländern merklich gestiegen. Die Zinswende reflektiert den Rückfluß von Kapital in die Schwellenländer sowie die Zunahme der globalen Kapitalnachfrage; aber auch die Inflationsrisiken werden wieder etwas höher eingeschätzt.

Erholung in den Schwellenländern

Den größten Anteil an der weltwirtschaftlichen Belebung hatte die Erholung in den Schwellenländern. Insbesondere in mehreren Krisenländern Ostasiens war sie kräftiger als vielfach prognostiziert. Maßgeblich war, daß sich die monetären Bedingungen spürbar verbesserten und die Finanzpolitik seit dem vergangenen Jahr expansiv ausgerichtet ist. Dies hat die Expansion der Binnennachfrage stimuliert. Auch zogen die Exporte kräftig an. Es besteht allerdings das Risiko, daß mit zunehmender Erholung der Reformeifer nachläßt. Dies würde die Nachhaltigkeit der Aufwärtsbewegung gefährden. In China hat die wirtschaftliche Dynamik deutlich nachgelassen; ein Urteil über das Ausmaß der Abschwächung erscheint jedoch in Anbetracht erheblicher statistischer Inkonsistenzen nicht möglich.

In Lateinamerika war die Entwicklung bis zum Sommer rückläufig, zuletzt hat aber auch hier eine Aufwärtstendenz eingesetzt. Die Region mit ihrer stark rohstofforientierten Produktion wird spürbar durch den Anstieg der Rohstoffpreise begünstigt. Allerdings gehen von den notwendigen Maßnahmen zur Konsolidierung der Staatshaushalte sowie von politischen Unsicherheiten noch dämpfende Wirkungen auf die Gesamtnachfrage aus.

In den mitteleuropäischen Reformländern hat sich der Produktionsanstieg seit dem Frühjahr ebenfalls verstärkt. Dabei spielten die Überwindung der Krise in Ostasien, eine expansiv ausgerichtete Wirtschaftspolitik sowie zunehmend die anziehende Konjunktur in Westeuropa eine Rolle. In Rußland ist das reale Bruttoinlandsprodukt nach einem kräftigen Rückgang im Sommer 1998 nunmehr aufwärtsgerichtet. Ursächlich für die Belebung war insbesondere eine abwertungsbedingt ausgeprägte Substitution von Importen durch heimische Produkte. Zuletzt hat sich mit den drastisch gestiegenen Rohölpreisen die staatliche Einnahmesituation deutlich verbessert, und die Staatsausgaben wurden wieder ausgeweitet. Bei den Wirtschaftsreformen wurden indes weiter keine nennenswerten Fortschritte gemacht.

Unterschiedliche wirtschaftspolitische Herausforderungen in den Industrieländern

Im vergangenen Jahr hatte sich zwischen den Industrieländern das Konjunkturgefälle spürbar vergrößert, mit der Folge zunehmender Leistungsbilanzdefizite in den USA. Die Unterschiede im Expansionstempo haben sich im Verlauf dieses Jahres verringert; eine Fortführung dieses Prozesses würde die Gefahr starker Wechselkursverschiebungen reduzieren. Dabei stehen die einzelnen Länder und Regionen vor unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Herausforderungen.

Die Wirtschaft in den USA, die bislang Motor der weltwirtschaftlichen Entwicklung war, stößt zunehmend an Kapazitätsgrenzen. Bei einem unvermindert kräftigen Produktionsanstieg käme es wohl zu einer Beschleunigung der Inflation. Um dem vorzubeugen, hat die Notenbank bereits die Zinsen angehoben. Doch ist sie bemüht, einen Kurssturz auf den Aktienmärkten und damit eine abrupte Erhöhung der außerordentlich niedrigen Sparquote sowie einen Einbruch der Binnennachfrage zu vermeiden; sie nimmt deshalb Zinserhöhungen behutsam vor.

Tabelle 1.1

Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Regionen der Weltwirtschaft

	1997	1998	1999	2000
	Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr			
Industrieländer insgesamt	2,9	2,2	2,5	2,3
darunter:				
USA	3,9	3,9	3,7	2,5
Japan	1,4	-2,8	1,2	1,0
Euro-Raum	2,2	2,8	2,1	2,9
Übriges Westeuropa	3,1	2,3	1,7	2,7
Schwellenländer				
Mittel- und Osteuropa	1,5	-0,6	1,6	2,5
Ostasien ¹⁾	4,9	-3,6	4,4	5,0
Lateinamerika ²⁾	5,4	2,0	-1,0	2,5
Insgesamt ³⁾	3,1	1,9	2,3	2,4
nachrichtlich:				
Insgesamt, exportgewichtet ⁴⁾	2,9	1,6	2,6	2,5

¹⁾ Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1998 in US-Dollar. — ²⁾ Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1998 in US-Dollar. — ³⁾ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1998 in US-Dollar. — ⁴⁾ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr im Jahr 1998.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

In Japan haben die zahlreichen Versuche der Wirtschaftspolitik, die Nachfrage anzuregen, bisher nicht zu einem nachhaltigen Aufschwung geführt, und die deflationären Gefahren sind noch nicht gebannt. Die wirtschaftlichen Probleme sind nicht nur konjunktureller, sondern auch struktureller Natur. Zwar sind Reformen eingeleitet worden, und im Unternehmenssektor hat ein Umstrukturierungsprozeß eingesetzt. Dies wird sich aber erst mit erheblicher Verzögerung positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken. Das ist um so gravierender, als die Spielräume der Wirtschaftspolitik inzwischen eng begrenzt sind. Angesichts der stark gestiegenen Defizit- und Verschuldungsquoten des Staates erscheinen die Möglichkeiten der Finanzpolitik weitgehend erschöpft, zusätzliche Impulse zu geben. Die Notenbankzinsen können bei dem gegenwärtig extrem niedrigen Niveau nicht mehr gesenkt werden, die Geldpolitik könnte aber, beispielsweise durch die Monetisierung von Staatsanleihen oder durch Devisenmarktinterventionen, die Zentralbankgeldmenge stärker ausdehnen, um die Preiserwartungen zu ändern und damit den Realzins zu senken.

In der EWU besteht die konjunkturpolitische Herausforderung darin, den Aufschwung zu sichern, ohne die Preisstabilität zu gefährden. Bei der bisher deutlich expansiven Ausrichtung der Geldpolitik stellt sich für die Europäische Zentralbank (EZB) die Frage, wann und in welchem Ausmaß die Leitzinsen angehoben werden sollten. Dabei besteht das Risiko, daß bei einer zu starken Erhöhung die Konjunktur bereits frühzeitig gedämpft würde, während bei einer unzureichenden Reaktion der Geldpolitik das Inflationsziel auf mittlere Sicht verletzt würde. Probleme für die Wirtschaftspolitik in der EWU bestehen darüber hinaus in der — trotz inzwischen spürbarer Fortschritte — nach wie vor unzureichenden Flexibilität auf den Güter- und Faktormärkten.

Das Risiko einer Verletzung des Stabilitätsziels in den Industrieländern ist gegenwärtig schwer einzuschätzen, weil die Indikatoren widersprüchlich sind: Einerseits ist in einigen Ländern die Arbeitslosigkeit auf ein Niveau gesunken, bei dem sich erfahrungsgemäß der Kosten- und Preisaufrtrieb beschleunigt. Hinzu kommt, daß bei den Rohstoffpreisen eine Wende nach oben eingesetzt hat. Ferner erweitert die Belebung der globalen Nachfrage die Preiserhöhungsspielräume. Schließlich expandiert die Geldmenge insbesondere in den USA seit geraumer Zeit sehr kräftig; in der EWU nimmt sie leicht verstärkt zu. Andererseits hat die Liberalisierung der Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkte den Wettbewerb verschärft, und die Lohnzuwächse blieben moderat. Nicht zuletzt wirkt in vielen Ländern der mit der Erholung einhergehende Produktivitätsanstieg einer Beschleunigung der Inflation entgegen. Alles in allem dürfte der Preisanstieg vorerst verhalten bleiben.

Für die Prognose ist angenommen, daß die Zentralbanken in den USA wie in Europa im kommenden Jahr die

Zinsen behutsam anheben; insbesondere in der EWU werden sie im längerfristigen Vergleich aber noch niedrig bleiben. In Japan wird die Notenbank die Leitzinsen vorerst auf dem derzeitigen, nahe null liegenden Niveau halten. Für die Finanzpolitik wird angenommen, daß sie in den USA konjunkturalneutral und in Japan weniger expansiv als bislang wirkt. In Westeuropa wird weiter ein Konsolidierungskurs verfolgt; die Abnahme der Defizite ist allerdings zunehmend konjunkturell bedingt.

Expansion der Weltwirtschaft setzt sich fort

Insgesamt gesehen wird sich der Aufschwung in der Weltwirtschaft im Prognosezeitraum fortsetzen und an Breite gewinnen. In den ostasiatischen Schwellenländern hält die Aufwärtsentwicklung an, doch wird das Tempo allmählich etwas geringer, zumal die Impulse von den Lagerinvestitionen nachlassen. Es ist unwahrscheinlich, daß die wirtschaftliche Expansion in der Region sehr bald zu den hohen Wachstumsraten der ersten Hälfte der neunziger Jahre zurückkehrt. Dämpfend dürfte sich auswirken, daß die Umstrukturierung im Unternehmenssektor, deren Notwendigkeit im Zuge der Krise offenkundig geworden war, bei weitem noch nicht abgeschlossen ist. Für China ist eine Verstärkung des Produktionsanstiegs nicht zu erwarten. In den ostasiatischen Schwellenländern (ohne China) wird das reale Bruttoinlandsprodukt 1999 um knapp 4 ½ vH und im Jahr 2000 um rund 5 vH zunehmen. In Lateinamerika dürfte es sich um 2 ½ vH erhöhen, nach einem Rückgang um 1 vH in diesem Jahr. In den mittel- und osteuropäischen Ländern verstärkt sich die Aufwärtsentwicklung weiter. Nach einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 1,6 vH in diesem Jahr wird sie sich im kommenden auf 2 ½ vH belaufen.

Für die Industrieländer bietet die Konstellation aus zunehmenden externen Anregungen und günstigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen die Voraussetzung für eine zügige Produktionsausweitung, obwohl die Verschlechterung der Terms of trade infolge des Rohstoffpreisanstiegs belastend wirkt. Zwischen den Regionen der Triade werden sich die Unterschiede in den Expansionsraten weiter verringern. Die Konjunktur in den USA wird im kommenden Jahr an Schwung verlieren. In Japan dauert die Aufwärtsbewegung an, wenngleich in verhaltenem Tempo. In Westeuropa schließlich wird sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts verstärken, wobei auch innerhalb Europas die bislang zu beobachtenden Unterschiede in der Dynamik kleiner werden.

Der Rohölpreis bleibt vorerst wohl auf dem jetzigen Niveau, und auch im Durchschnitt des kommenden Jahres dürfte er bei 20 US-Dollar je Barrel liegen, nach rund 18 US-Dollar je Barrel 1999. Demgegenüber erhöhen sich die Notierungen für die übrigen Rohstoffe weiter moderat. Der Welthandel nimmt bei alledem rasch zu. Im

Tabelle 1.2

**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit
in den Industrieländern**

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ³⁾			Arbeitslosenquote ⁴⁾ in vH		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH						1998	1999	2000
		1998	1999	2000	1998	1999	2000			
Deutschland	10,0	2,2	1,4	2,7	0,6	0,7	1,3	9,4	9,0	8,5
Frankreich	6,7	3,3	2,4	3,0	0,7	0,6	1,1	11,7	11,1	10,5
Italien	5,5	1,3	1,2	2,5	2,0	1,6	2,0	12,3	12,0	11,5
Spanien	2,6	4,0	3,5	3,5	1,8	2,2	2,4	18,8	16,2	14,5
Niederlande	1,8	3,7	3,2	3,2	1,8	2,0	2,2	4,0	3,3	3,0
Belgien	1,2	2,9	2,0	2,7	0,9	1,0	1,4	9,5	9,0	8,6
Österreich	1,0	3,3	2,1	2,7	0,8	0,6	1,2	4,7	4,4	4,1
Finnland	0,6	4,7	3,3	3,7	1,4	1,0	1,7	11,4	10,2	9,2
Portugal	0,5	3,5	2,9	3,1	2,3	2,3	2,4	5,1	4,6	4,6
Irland	0,4	8,9	7,6	6,5	2,2	1,9	2,4	7,8	6,8	6,0
Luxemburg	0,1	5,7	3,1	3,5	1,0	1,0	1,3	2,8	2,8	2,6
Euro-Raum ¹⁾	30,3	2,8	2,1	2,9	1,1	1,1	1,6	10,9	10,2	9,6
Großbritannien	6,4	2,2	1,4	2,7	1,6	1,4	2,0	6,3	6,0	5,7
Schweden	1,1	2,6	3,3	3,3	1,0	0,7	1,0	8,3	7,1	6,6
Dänemark	0,8	2,7	1,5	2,0	1,4	2,0	2,2	5,1	4,6	4,6
Griechenland	0,6	3,5	3,0	3,3	4,6	2,6	2,4	10,1	10,0	9,5
Europäische Union ¹⁾	39,1	2,7	2,0	2,9	1,3	1,2	1,7	10,0	9,3	8,7
Schweiz	1,2	2,1	1,4	2,0	0,0	0,5	0,9	3,9	3,2	3,0
Norwegen	0,7	2,1	0,9	2,7	2,2	2,3	2,4	3,3	3,1	2,9
Westeuropa ¹⁾	41,0	2,6	2,0	2,8	1,2	1,2	1,6	9,7	9,1	8,5
USA	38,6	3,9	3,7	2,5	1,6	2,1	2,5	4,5	4,3	4,5
Japan	17,7	-2,8	1,2	1,0	0,6	-0,3	0,2	4,1	4,8	5,0
Kanada	2,7	3,1	3,5	2,5	1,0	1,6	2,0	8,4	7,8	7,8
Insgesamt ¹⁾	100,0	2,2	2,5	2,3	1,3	1,3	1,7	6,9	6,6	6,5
nachrichtlich: Insgesamt, exportgewichtet ²⁾		2,9	2,4	2,6	1,3	1,3	1,7			

¹⁾ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1998 in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 1998. — ²⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1998. — ³⁾ Westeuropa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex. — ⁴⁾ Standardisiert.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

Durchschnitt von 1999 wird er aber wegen des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn nur um rund 4 vH, im kommenden Jahr dann um 6 ½ bis 7 vH ausgeweitet werden.

Risiken

Die Institute halten eine moderate Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft mit einer Abschwächung in den USA und verstärkter Expansion in den übrigen Regionen für wahrscheinlich. Gleichwohl besteht die Möglichkeit, daß sich eine spürbar kräftigere Dynamik ergibt, weil die wechselseitige Verstärkung der Auftriebskräfte noch unterschätzt wird. Dies würde vermutlich dazu führen, daß die Notenbanken die Zinsen deutlicher anheben.

Insbesondere in den USA würde ein ungebremschter Nachfrageanstieg angesichts der bereits bestehenden Anspannungen die Wahrscheinlichkeit einer Inflationsbe-

schleunigung erhöhen. Die amerikanische Zentralbank sähe sich dann wohl gezwungen, eine restriktive Politik zu betreiben. Das würde die Chancen für ein sanftes Lösen der Spannungen vermindern, und das Risiko von Turbulenzen auf den Finanzmärkten würde steigen. Damit nähme auch die Gefahr eines Einbruchs der Nachfrage in den USA zu.

Aber selbst ohne eine ausgeprägte geldpolitische Strafung besteht in den USA das Risiko einer harten Landung, da bei den hohen Aktienkursen, der außerordentlich niedrigen Sparquote und der stark defizitären Leistungsbilanz schon kleine Verunsicherungen zu einem „crash“ führen können. Dies wäre um so mehr der Fall, wenn der Preisauftrieb stärker als erwartet sein sollte und die Notenbank deshalb auf einen restriktiven Kurs einschwenken würde.

In Japan können bei der fragilen Aufwärtsentwicklung und dem stark eingeschränkten Handlungsspielraum der Wirtschaftspolitik schon geringe negative Impulse ein

Ende der verhaltenen Expansion bewirken. Dies wäre z.B. bei einem weiteren Anstieg des Yen-Kurses der Fall, der die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verschlechtern würde. Auch ein abrupter Schwenk der Finanzpolitik auf einen Konsolidierungskurs hätte wohl ein erneutes Abgleiten in eine Rezession zur Folge.

Sollte es zu einer deutlich ungünstigeren Entwicklung vor allem in den USA mit negativen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft kommen, würde dies auch die weitere wirtschaftliche Expansion in Europa empfindlich stören.

Weiche Landung der Konjunktur in den USA

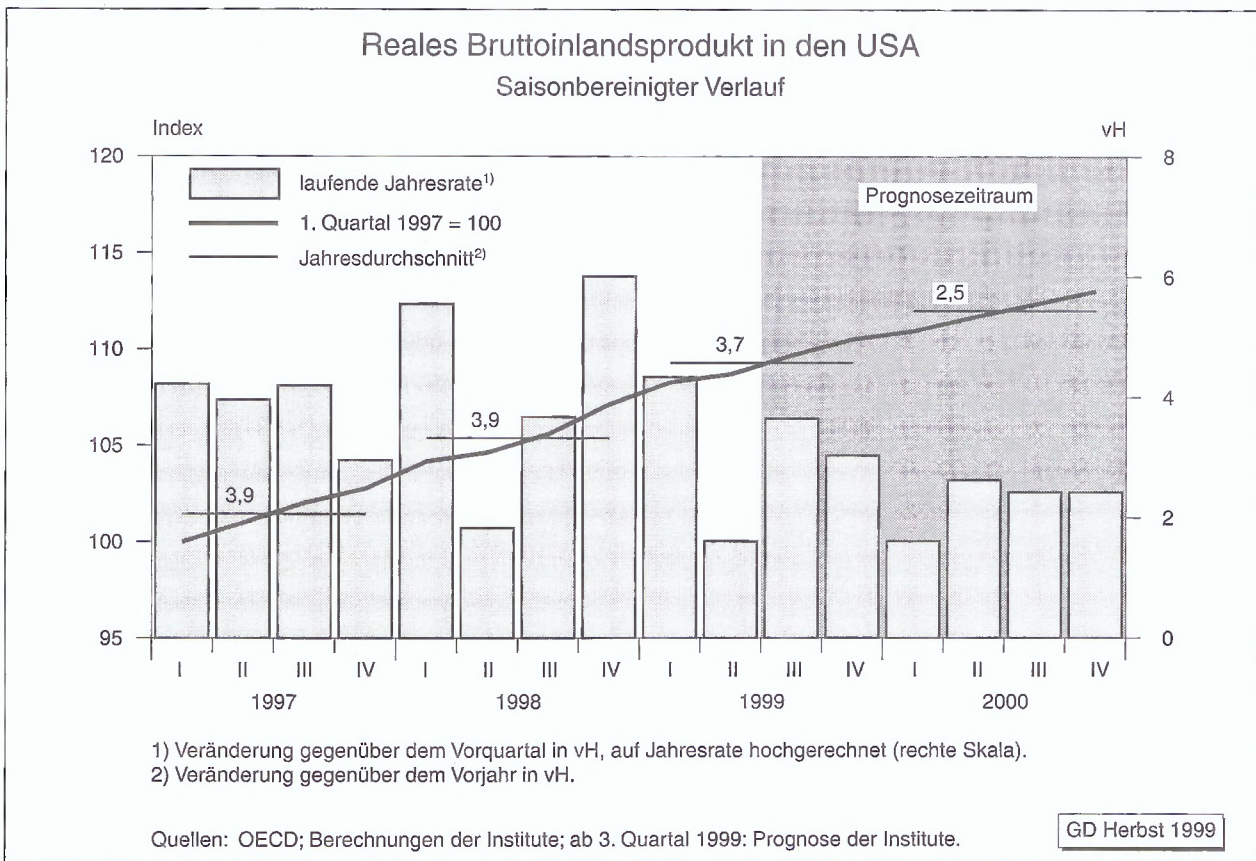
In den USA war die wirtschaftliche Aktivität bis zuletzt sehr robust. Insbesondere die Binnenkonjunktur blieb dynamisch: Die Ausweitung des privaten Verbrauchs zeigte bei weiter sinkender Sparneigung trotz geringerer Zuwächse bei den realen verfügbaren Einkommen bislang kaum Ermüdungserscheinungen. Die Ausrüstungsinvestitionen haben, nach dem Abklingen der dämpfenden Effekte im Gefolge der Krisen in Ostasien und Lateinamerika, verstärkt zugenommen. Dagegen hat sich die Expansion der Baunachfrage — sowohl der gewerblichen wie der privaten — aufgrund der seit Jahresanfang gestiegenen Hypothekenzinsen merklich verlangsamt. Die

Fehlbeträge in der Handels- und der Leistungsbilanz haben sich weiter kräftig erhöht: Zwar sind die Exporte — vor allem in die NAFTA und nach Ostasien — seit dem Frühsommer gestiegen, aber deutlich schwächer als die Importe.

Trotz der angespannten Situation am Arbeitsmarkt — die Arbeitslosenquote verharrte auf außerordentlich niedrigem Niveau — hat sich die Zunahme der gemessenen Arbeitskosten nicht beschleunigt. Dazu mag beigetragen haben, daß die Entlohnung in den USA mehr als bisher über Options-Bonusprogramme ergänzt wird. Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe hat sich seit dem Frühjahr vor allem infolge der markanten Erhöhung der Energiepreise leicht verstärkt.

Der Bundeshaushalt hat im gerade abgelaufenen Finanzjahr mit einem Überschuß in Höhe von rund 125 Mrd. Dollar bzw. 1,4 vH des Bruttoinlandsprodukts (1998: 69,2 Mrd. Dollar bzw. 0,8 vH) abgeschlossen. Dabei wurde erstmals seit 1960 auch im Bundeshaushalt ohne die Sozialversicherungen ein — wenn auch nur kleiner — Überschuß erzielt. Schon seit einiger Zeit wird vor diesem Hintergrund über vorzeitige Schuldentilgung und Steuerensenkungen debattiert. Wegen der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen ist davon auszugehen, daß es zu Steuerensenkungen und/oder Ausgabenerhöhungen kommt, wenn auch nicht im diskutierten Umfang. Der

Abbildung 1.1



Überschuß wird im laufenden Fiskaljahr gegenüber dem vorhergehenden nicht mehr steigen.

Die amerikanische Zentralbank hat im Juni und August den Zielzinssatz für die Federal Funds um insgesamt einen halben Prozentpunkt auf 5,25 % und im August auch den Diskontsatz von 4,25 % auf 4,75 % heraufgesetzt. Sie wollte damit einer Verstärkung der Inflation frühzeitig entgegenwirken, die sich vor dem Hintergrund der anhaltend kräftigen Binnenkonjunktur und der weltwirtschaftlichen Belebung abzeichnete. Das Fed machte damit die Zinssenkungen vom vergangenen Herbst zum größten Teil wieder rückgängig; dies gelang, ohne daß es zu der vielfach befürchteten Destabilisierung der Aktienmärkte gekommen ist. Die Geldpolitik wirkt aber immer noch eher expansiv auf die Realwirtschaft, und eine weitere behutsame Straffung der zinspolitischen Zügel ist wahrscheinlich; eine neuerliche Zinserhöhung ist noch für dieses Jahr zu erwarten.

In Anbetracht der vorsichtigen Vorgehensweise der Zentralbank ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß sich die Binnenkonjunktur nur allmählich abkühlt und eine weiche Landung gelingt. Insbesondere dürfte der private Konsum bei nicht mehr sinkender Sparquote merklich langsamer zunehmen. Dieser Prognose liegt die Erwartung zugrunde, daß es bei der erwünschten „Seitwärtsbewegung“ der Aktienkurse bleibt. Sollte es allerdings zu einem deutlichen und nachhaltigen Rückgang der Kurse kommen, wäre eine wesentlich stärkere Abschwächung der Konsumneigung und damit der Konjunktur wohl unausweichlich.

Neben dem privaten Konsum werden wegen steigender Finanzierungskosten auch die gewerblichen Investitionen an Schwung verlieren. Einer kräftigen Verlangsamung wirkt entgegen, daß die Ausfuhr im Zuge der weltwirtschaftlichen Dynamik wieder beschleunigt expandiert. Zugleich wird der Importanstieg mit der Abkühlung der Konjunktur gebremst. Das Leistungsbilanzdefizit wird sich dabei im Verlauf des nächsten Jahres nur noch wenig ausweiten.

Für den Verlauf des kommenden Jahres ist mit einer Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung zu rechnen. Der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts beträgt im Jahresdurchschnitt 2000 voraussichtlich 2 ½ vH, nach 3,7 vH in diesem Jahr. Die Arbeitslosigkeit wird leicht zunehmen. Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe bleibt moderat; im Durchschnitt des kommenden Jahres ist er mit 2 ½ vH etwas höher als in diesem.

Fragile Entwicklung in Japan

Die Konjunktur in Japan entwickelte sich im ersten Halbjahr 1999 erheblich besser als erwartet. Nachdem die Produktion zu Jahresbeginn überaus stark ausgeweitet worden war, blieb sie auch danach aufwärtsgerichtet,

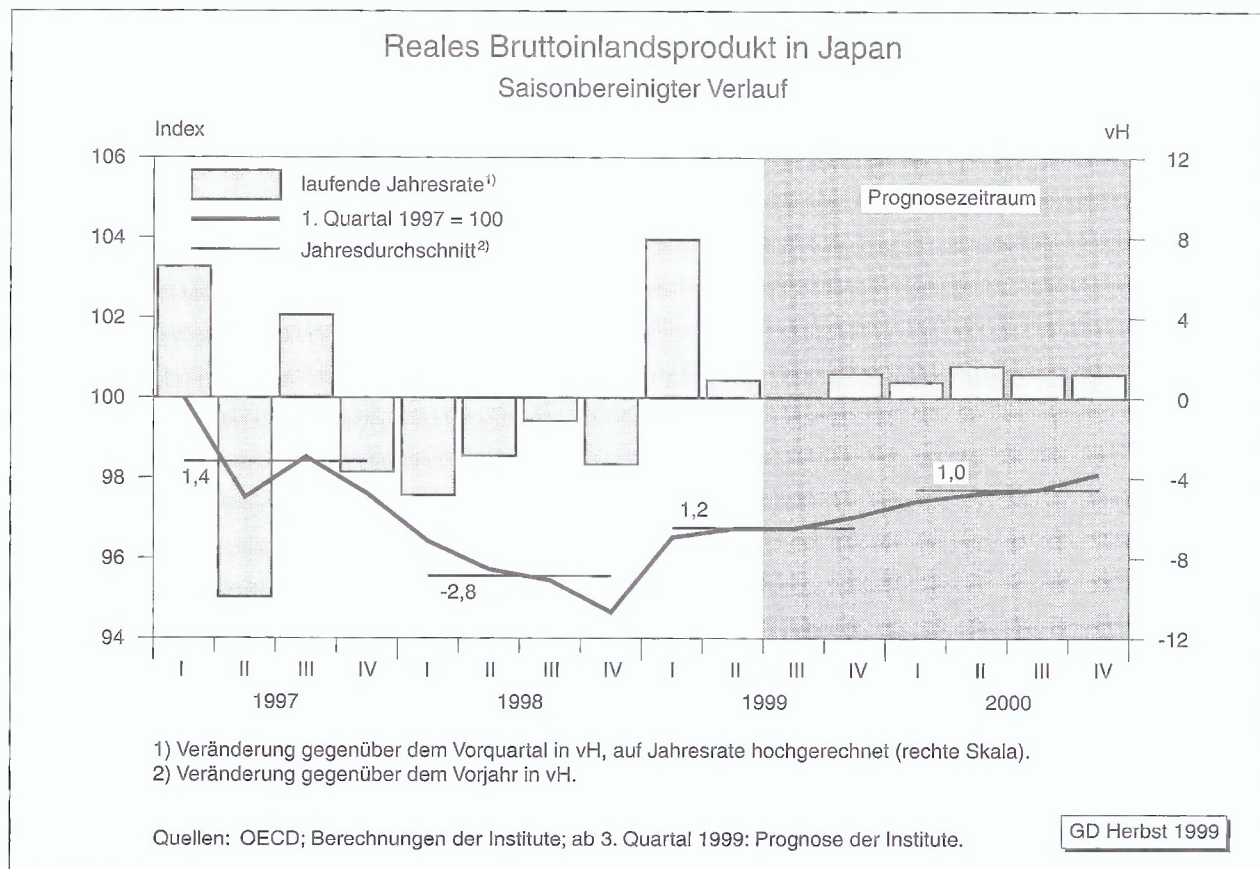
wenngleich nur leicht. Die konjunkturelle Belebung geht vor allem auf fiskalpolitische Impulse zurück. Öffentliche Investitionsprogramme, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Steuererleichterungen sowie Kreditprogramme für kleine und mittlere Unternehmen erhöhten die staatliche wie die private Nachfrage. Auch das Sanierungspaket für den Finanzsektor dürfte das Konsumentenvertrauen gestärkt haben. Mit dem Anstieg der Inlandsnachfrage expandierten die Importe deutlich schneller als die Exporte. Der Leistungsbilanzüberschuß ging im ersten Halbjahr 1999 auf 2,6 vH des Bruttoinlandsprodukts zurück, nachdem die Quote 1998 noch 3,2 vH betragen hatte.

Die ausgeprägt expansiv ausgerichtete Fiskalpolitik stößt zunehmend an ihre Grenzen. Angesichts rückläufiger Steuereinnahmen und umfangreicher Ausgabenprogramme wird das Finanzierungsdefizit 1999 bei 9 ½ vH des Bruttoinlandsprodukts liegen. Für das Jahr 2000 wird aufgrund des für den Herbst dieses Jahres angekündigten Fiskalprogramms eine weitere, wenngleich moderate Ausweitung des Budgetdefizits angenommen. Damit wird jedoch lediglich ein Rückgang der Staatsnachfrage verhindert.

Von der Geldpolitik gehen derzeit trotz der extrem niedrigen Nominalverzinsung keine expansiven Impulse aus. Dabei spielt der gestörte Transmissionsmechanismus zwischen monetärer und realer Sphäre infolge der zurückhaltenden Kreditvergabe des Bankensektors eine Rolle. Der Bankensektor befindet sich nach der Krise der vergangenen Jahre in einer Umstrukturierungsphase, in der sich typischerweise eine ausgeprägte Risikoaversion bei der Kreditvergabe herausbildet. Die monetären Rahmenbedingungen haben sich mit der realen Aufwertung des Yen verschlechtert. Der Aktionsrahmen bei der Zinspolitik ist ausgeschöpft; Optionen bestehen noch bei der Geldmengensteuerung. Indessen erwarten die Institute für den Prognosezeitraum keine grundlegende Änderung der geldpolitischen Strategie, wie sie beispielsweise der massive Aufkauf von Staatspapieren durch die Zentralbank darstellen würde.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen ist nur mit einem leichten Anstieg der Produktion zu rechnen. Die privaten Investitionen werden vor dem Hintergrund der Überkapazitäten im Unternehmenssektor und des anhaltenden Drucks auf die Erträge nur wenig ausgeweitet. Auch der private Verbrauch wird nur schwach steigen. Die Aufwärtsentwicklung wird durch den Beschäftigungsabbau, stagnierende Einkommen und ungelöste Probleme bei der Alterssicherung belastet. Eine deutliche Belebung der Exporte, wie sie etwa aufgrund der raschen Erholung in den ostasiatischen Krisenländern zu erwarten wäre, wird durch die derzeitige Stärke der japanischen Währung verhindert. In diesem und im nächsten Jahr wird das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 1 vH zunehmen; die Expansion bleibt fragil. Dabei wird die Arbeitslosenquote zunächst noch steigen. Die Verbrau-

Abbildung 1.2



cherpreise werden 1999 um 0,3 vH sinken, im nächsten Jahr aber leicht anziehen.

Erholung in Mittel- und Osteuropa

Nach einer deutlichen Verlangsamung bis zum Frühjahr 1999 hat sich der Produktionsanstieg in den mitteleuropäischen Reformstaaten wieder beschleunigt. Hierfür waren in erster Linie die Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfeldes sowie eine gelockerte Geld- und Finanzpolitik verantwortlich. In Polen, in Ungarn und in Slowenien war die Produktion zuletzt deutlich aufwärtsgerichtet, in der Tschechischen Republik nahm sie, nach markantem Rückgang bis zum Frühjahr dieses Jahres, erstmals seit anderthalb Jahren zu. In der Slowakei und in Rumänien sank die inländische Nachfrage dagegen infolge der Austeritätspolitik stark. In Bulgarien führten sowohl die Rußlandkrise als auch der Krieg im Kosovo zu einer erheblichen Reduktion der Exporte und zu einer allgemeinen Schrumpfung der Wirtschaftsleistung. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Zuge der Abschwächung im vergangenen Jahr generell verschlechtert.

In den mitteleuropäischen Reformstaaten insgesamt dürfte der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts in

diesem Jahr bei knapp 2 vH liegen. Dabei setzt sich in den meisten Ländern der Disinflationsprozeß fort; es werden überwiegend einstellige Inflationsraten registriert. Im Jahr 2000 wird die wirtschaftliche Erholung andauern. Maßgeblich wird die kräftig expandierende Nachfrage aus Westeuropa sein. Positiv werden sich auch weitere Strukturreformen auswirken. In einigen Ländern verbessert sich die Lage durch die Beendigung des Konfliktes im Kosovo weiter. Die Verbraucherpreise dürften etwa im gleichen Maße wie 1999 steigen, und auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt annähernd unverändert. Die Leistungsbilanzdefizite in der Region sind insgesamt hoch, und die meisten Währungen werten real weiterhin leicht auf. Gleichwohl ist die Wahrscheinlichkeit von Währungskrisen wegen der lebhaften Exportnachfrage und teilweise hohen Zuflüsse an Direktinvestitionen im allgemeinen gering.

In Rußland ist die wirtschaftliche Entwicklung deutlich günstiger verlaufen, als zu Beginn des Jahres allgemein angenommen worden war. Die starke reale Abwertung des Rubel verbesserte die Wettbewerbsfähigkeit russischer Anbieter und induzierte einen Prozeß umfangreicher Importsubstitution vor allem im Nahrungsmittel- und Konsumgüterbereich. Daraufhin hat sich der Überschuß der Leistungsbilanz deutlich erhöht, zuletzt auch, weil die Weltmarktpreise für Rohöl und Erdgas erheblich angezo-

Tabelle 1.3

**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit
in Mittel- und Osteuropa**

	Gewicht in vH	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in vH		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH						1998	1999	2000
		1998	1999	2000	1998	1999	2000			
Polen ¹⁾	23,1	4,8	4,0	5,5	11,6	7,0	7,0	10,6	12,0	11,0
Tschechien ¹⁾	8,2	-2,3	-0,5	2,0	10,7	2,5	3,5	6,5	9,0	9,5
Ungarn ¹⁾	6,9	5,1	4,0	4,5	14,1	9,5	8,5	8,0	8,0	7,5
Rumänien	5,6	-7,3	-5,0	-1,0	59,1	50,0	40,0	10,3	11,5	13,0
Slowakei	3,0	4,4	0,5	-2,0	6,7	10,0	8,0	15,6	17,5	19,0
Slowenien	2,9	3,9	3,0	4,0	7,9	8,0	7,0	14,6	14,0	13,0
Bulgarien	1,8	3,5	-3,0	2,5	22,3	-1,0	2,0	12,2	13,5	14,0
Mitteleuropa ²⁾	51,5	2,3	1,8	3,5	14,8	7,1	6,9	10,2	11,5	11,4
Rußland	40,4	-4,6	2,0	2,0	27,6	85,0	40,0	11,5	13,5	14,5
Ukraine	5,9	-1,7	-3,0	-1,0	10,6	20,0	15,0	-	-	-
Weißrußland	2,2	8,3	0,0	1,0	106,0	170,0	50,0	-	-	-
Insgesamt ²⁾	100,0	-0,6	1,6	2,5	21,8	43,0	21,7	-	-	-
nachrichtlich: Insgesamt, exportgewichtet ³⁾	-	1,2	1,7	2,9	-	-	-	-	-	-

¹⁾ Arbeitslosenquote: standardisiert. — ²⁾ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1998 in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 1998. — ³⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1998.
Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

gen haben. Die Inflation, die nach der massiven Abwertung des Rubel sprunghaft gestiegen war, bildete sich wieder zurück. Die monatliche Steigerung der Konsumentenpreise hat sich zuletzt bei 2 bis 3 vH eingependelt. Zwar wurden vereinzelt Reformvorhaben, z. B. die Sanierung des Bankensektors, in Angriff genommen, gleichwohl ist immer noch kein konsistentes Reformprogramm zu erkennen. Angesichts der in Kürze anstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sind zunächst keine nennenswerten Fortschritte zu erwarten. Infolge der vor allem durch den Importrückgang bedingten Verbesserung des Außenbeitrags nimmt die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr um 2 vH zu. Im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung in ähnlichem Ausmaß expandieren. Dafür spricht, daß die staatlichen Ausgaben im Vorfeld der Wahlen wohl ausgeweitet werden, zumal sich im Zuge des Ölpreisschubs die staatlichen Einnahmen kräftig erhöhen. In der Ukraine und in Weißrußland ist eine durchgreifende Verbesserung der desolaten wirtschaftlichen Lage nicht zu erwarten. Nach wie vor prägen unzureichende Reformschritte das Bild.

Westeuropa im Aufschwung

Zunehmende Erholung außerhalb der EWU

In den Ländern Westeuropas außerhalb der EWU hat sich die gesamtwirtschaftliche Produktion, nach starker Abflachung im Winterhalbjahr, deutlich erholt. Der Weg-

fall der dämpfenden Effekte seitens der Auslandsnachfrage sowie die zuvor ausgeprägte Lockerung der Geldpolitik führten zu einem merklichen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts. Die weitere Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei insgesamt annähernd neutraler Finanzpolitik läßt erwarten, daß sich die Erholung auch im Jahr 2000 fortsetzt. Der im September eingeleitete geldpolitische Kurswechsel in Großbritannien dürfte die Expansion nur leicht dämpfen.

Kräftige Impulse kommen vom Export. Der private Verbrauch gewinnt leicht an Schwung, angeregt durch anhaltend hohe Reallohnsteigerungen und eine etwas rascher zunehmende Beschäftigung. Die Ausrüstungsinvestitionen werden von günstigeren Absatz- und Ertragserwartungen sowie einer steigenden Kapazitätsauslastung stimuliert. Die Bauinvestitionen tendieren verhalten aufwärts.

Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in den Nicht-EWU-Ländern insgesamt im laufenden Jahr um 1,7 vH und im kommenden Jahr um 2,7 vH zunehmen. Die Verbraucherpreise erhöhen sich 1999 gegenüber 1998 um 1,4 vH; dabei wird der Verlauf während des Jahres durch die kräftige Verteuerung von Energieprodukten geprägt. Im kommenden Jahr beträgt die Inflationsrate 1,8 vH; maßgeblich dafür ist der hohe Überhang zu Jahresbeginn. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage weiter. Die Arbeitslosenquote sinkt 1999 auf 6,0 vH und im Jahre 2000 auf 5,7 vH.

Konjunktur in der EWU gewinnt an Schwung

In der Europäischen Währungsunion hat sich die Konjunktur zuletzt spürbar erholt, nachdem das Bruttoinlandsprodukt im Winterhalbjahr annähernd stagniert hatte. Die konjunkturelle Belebung ist — wie zuvor die Abflachung — stark durch außenwirtschaftliche Einflüsse geprägt. Mit der wieder kräftigeren Expansion in den ostasiatischen Schwellenländern, einer Erholung in den mitteleuropäischen Transformationsländern und in Rußland sowie der gleichzeitig anhaltend hohen Dynamik in Nordamerika ist die Auslandsnachfrage seit dem Frühjahr kräftig gestiegen. Begünstigt wird dies durch den niedrigen Außenwert des Euro. Die Inlandsnachfrage, die sich im Winterhalbjahr als relativ robust erwiesen hatte, nahm weiter zügig zu. So stiegen die Anlageinvestitionen unverändert rasch. Demgegenüber wurde der private Verbrauch etwas verhaltener ausgeweitet, weil die realen verfügbaren Einkommen schwächer expandierten. Zwar stiegen die Löhne wie bisher mit einer Rate von rund 2 ½ vH im Vorjahresvergleich. Die Beschäftigung hat aber insgesamt nur wenig zugenommen; die Arbeitslosenquote stagniert seit März bei reichlich 10 vH.

Die Verbraucherpreise sind seit Beginn dieses Jahres wieder gestiegen, nachdem sie zuvor ein dreiviertel Jahr nahezu konstant gewesen waren. Die vorübergehende Beschleunigung im Frühjahr ist überwiegend auf höhere Einfuhrpreise zurückzuführen. Neben der Abwertung des Euro hat vor allem die Verdoppelung der Ölpreise seit Jahresbeginn die Lebenshaltung verteuert. Dagegen war

die Kerninflationsrate unverändert gering. Bei verlangsamtem Produktivitätsanstieg haben sich die Lohnstückkosten leicht erhöht. Insgesamt blieb der Lohnauftrieb moderat, und es gibt bisher keine Anzeichen für eine nennenswerte Beschleunigung. Im Vorjahresvergleich betrug die Teuerungsrate im August 1,2 vH.

Finanzpolitik annähernd konjunkturneutral

Der Konsolidierungsprozeß der öffentlichen Haushalte im Euro-Raum hat sich im laufenden Jahr in nahezu unverändertem Tempo fortgesetzt. Das Budgetdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Defizitquote) wird sich in diesem Jahr auf etwa 1,6 vH belaufen, nach 2,5 vH 1997 und 2,1 vH 1998. Die Bruttoschuldenquote wird sich dabei nur geringfügig auf knapp 73 vH verringern. Die Haushaltsergebnisse der einzelnen Länder dürften etwa den Zielen der der Europäischen Kommission zu Jahresbeginn vorgelegten Stabilitätsprogramme entsprechen. Allerdings war die konjunkturelle Entwicklung in der ersten Jahreshälfte schwächer als erwartet. Somit hätte das Wirken der automatischen Stabilisatoren für sich genommen zu einer ungünstigeren Defizitentwicklung führen müssen. Dies wurde aber dadurch verhindert, daß Maßnahmen der vergangenen Jahre (Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, Verschärfung der Kontrollen) wirksam werden, aber auch durch Steuernachzahlungen.

Die Unterschiede zwischen den nationalen Defizitquoten bleiben deutlich. In Frankreich hat die Regierung bei relativ guter wirtschaftlicher Entwicklung darauf verzichtet, die Haushaltskonsolidierung zu forcieren. In Italien

Tabelle 1.4

Indikatoren zur Situation der öffentlichen Haushalte im Euro-Raum

	Bruttoschulden ¹⁾				Finanzierungssaldo ¹⁾			
	1997	1998	1999	2000	1997	1998	1999	2000
Deutschland	61,5	61,1	60,8	60,2	-2,7	-2,0	-1,7	-1,5
Frankreich	58,1	58,8	59,2	59,4	-3,0	-2,9	-2,2	-1,8
Italien	122,4	118,7	117,5	115,5	-2,7	-2,7	-2,2	-1,8
Spanien	67,1	65,1	67,0	62,5	-2,5	-1,7	-1,4	-0,8
Niederlande	70,8	67,5	64,4	62,2	-1,0	-0,7	-0,6	-0,5
Belgien	123,4	118,2	113,2	109,9	-1,6	-0,9	-0,7	-0,6
Österreich	64,3	63,0	63,3	62,8	-1,8	-2,2	-2,0	-2,0
Finnland	55,0	49,7	46,5	44,5	-1,2	0,9	3,0	4,5
Portugal	61,7	57,8	57,0	56,0	-2,5	-2,2	-2,0	-1,9
Irland	61,3	49,5	46,0	40,0	1,0	2,4	2,4	2,0
Luxemburg	6,4	6,9	7,6	7,5	3,8	2,5	2,0	2,0
Euro-Raum ²⁾	75,0	73,4	72,9	71,6	-2,5	-2,1	-1,6	-1,3

¹⁾ In vH des Bruttoinlandsprodukts; gemäß Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht. Die Defizitquoten für Deutschland unterscheiden sich von denen im Deutschlandteil der Prognose, da letztere gemäß ESVG 95 berechnet wurden, im weltwirtschaftlichen Teil jedoch gemäß ESVG 79. Da in einigen Ländern in der EWU die Umstellung der Statistik noch nicht erfolgte, wurden die Defizitquoten zur Vergleichbarkeit für alle Länder nach ESVG 79 ausgewiesen. — ²⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1998 in US-Dollar.

Quellen: Europäische Zentralbank (Eurostat) 1999 und 2000; Prognose der Institute.

wurde das Defizitziel im Frühjahr auf 2,4 vH heraufgesetzt, was kurzfristig zu Irritationen auf den europäischen Finanzmärkten führte. Nun scheint die Quote aber trotz schlechter Wirtschaftsentwicklung nur reichlich 2 vH zu betragen und dies, obwohl in diesem Jahr die 1997 einmalig erhobene Eurosteuer zu 60 vH zurückgezahlt wird. In Deutschland dürfte die Defizitquote in den Jahren 1999 und 2000 deutlich unter dem von der Bundesregierung in ihrem Stabilitätsprogramm für diese Jahre anvisierten Wert von 2 vH liegen. Die Niederlande und Spanien sind im nächsten Jahr dem Budgetausgleich nicht mehr fern. In Finnland, in Irland und in Luxemburg bestehen bereits deutliche Überschüsse.

Beim Defizit wird häufig zwischen einem konjunkturellen und einem nicht-konjunkturellen Teil unterschieden. In der Praxis stößt die Abgrenzung allerdings auf große Schwierigkeiten, da es erhebliche Unsicherheiten über die Entwicklung des Produktionspotentials und damit des gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrads gibt. Ungeachtet der praktischen Probleme einer entsprechenden Unterscheidungsmöglichkeit wird postuliert, strukturelle Defizite seien abzubauen, konjunkturell bedingte dagegen mehr oder weniger hinzunehmen. Tatsächlich haben nach den OECD-Berechnungen die strukturellen Defizite im Euro-Raum insgesamt seit 1990 erheblich abgenommen, sie liegen gegenwärtig bei etwa 1 vH in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Unter den großen EWU-Ländern weist nach diesen Zahlen Italien die geringste Quote für das strukturelle Defizit und die längerfristig größte Verbesserung auf.

Waren in den vergangenen Jahren oftmals Steuern zur Erreichung der Maastrichtkriterien angehoben worden, sind die konsolidierungspolitischen Strategien der EWU-Länder nunmehr fast ausschließlich auf eine Begrenzung des Ausgabenanstiegs gerichtet. Die dadurch gewonnenen Spielräume sollen zur Senkung der Abgabenquote genutzt werden. Insgesamt wird vor allem im Sozialbereich einschließlich der Altersversorgungssysteme gespart. Auch der öffentliche Verbrauch und die öffentlichen Investitionen werden verschiedentlich gekürzt. Zwar wurden in mehreren Ländern Steuern oder Abgaben eingeführt oder erhöht. Dies diente aber auch zur Finanzierung der Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge, so daß die Abgabenquote insgesamt nicht stieg. Viele Länder haben Reduzierungen der Sätze bei den direkten Steuern bereits durchgeführt oder planen dies für die nächsten Jahre (u. a. Deutschland, Niederlande, Finnland), vielfach verbunden mit einer weiteren Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Der Wunsch, über Steuerensenkungen etwa das Wirtschaftswachstum anzuregen, kann allerdings kurzfristig im Konflikt mit den Erfordernissen der Haushaltskonsolidierung stehen.

Insgesamt ist die Finanzpolitik, gemessen an der Veränderung des strukturellen Haushaltsdefizits, im Jahr 2000 annähernd konjunkturalneutral ausgerichtet. Im Zuge

der wirtschaftlichen Erholung verringert sich das gesamtstaatliche Defizit der EWU-Länder im Prognosezeitraum weiter. Dabei gehen von den automatischen Stabilisatoren leicht dämpfende Wirkungen auf die Konjunktur aus, wie dies für eine Aufschwungphase typisch ist.

Geldpolitik unterstützt konjunkturelle Erholung

Seit der Zinssenkung im April hat die EZB die Leitzinsen nicht verändert. Der Hauptrefinanzierungssatz beträgt 2,5 %. Der Zinssatz für Dreimonatsgeld (Euribor) lag bis Ende September bei etwa 2,7 %. Der in der ersten Oktoberwoche eingetretene sprunghafte Anstieg des Dreimonats-Euribor dürfte die Vorsorge der Marktteilnehmer für eine mögliche Liquiditätsverknappung beim Übergang auf das Jahr 2000 widerspiegeln; aber auch die Erwartung steigender Leitzinsen wirkt derzeit leicht erhöhend auf die Dreimonatszinsen. Gleichwohl gehen vom Niveau der kurzfristigen Zinsen deutlich anregende Impulse auf die Konjunktur aus.

Auf eine expansive Geldpolitik deutet auch die Geldmenge M3¹ hin, die seit April im Vorjahresvergleich um etwa 5 ½ vH expandiert. Damit wurde der Referenzwert der EZB von 4 ½ vH kontinuierlich überschritten.² Möglicherweise hat die Unsicherheit über die Liquiditätsversorgung bei der Umstellung auf das Jahr 2000 die kurzfristige Geldhaltung verstärkt.

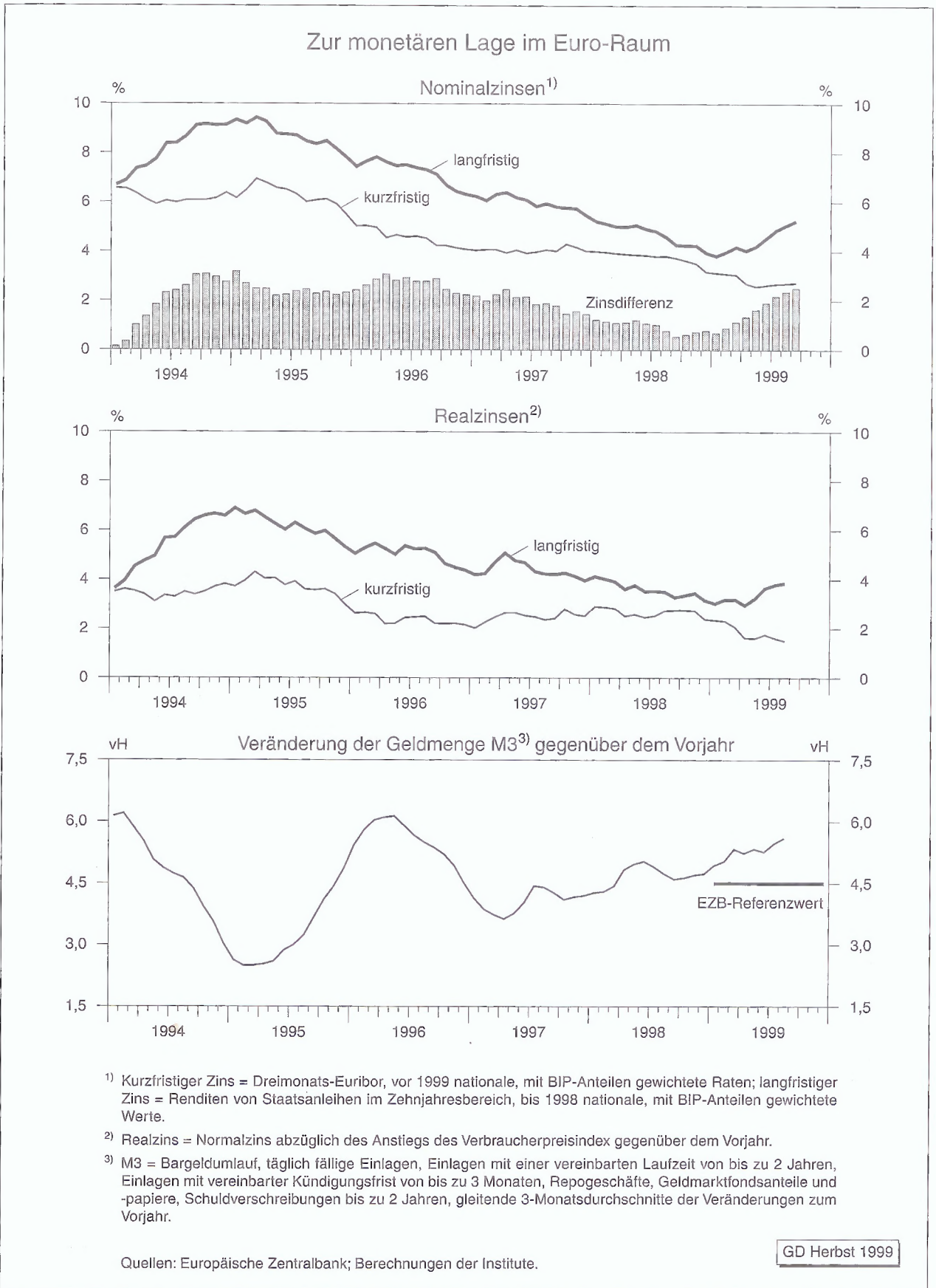
Die Kapitalmarktzinsen im Euro-Raum weisen seit Anfang des Jahres eine steigende Tendenz auf. Die Renditen von Staatspapieren mit zehnjähriger Laufzeit liegen mit über 5 % etwa 1 ½ Prozentpunkte höher als noch zu Beginn des Jahres. Ursächlich für diesen Anstieg waren sowohl außen- als auch binnenwirtschaftliche Faktoren. Neben dem Abzug von Kapital, das als Reaktion auf die Finanzkrise in Ostasien im Euro-Raum angelegt worden war, dürfte vor allem die steigende Kapitalnachfrage im Zuge der weltweiten konjunkturellen Erholung ausschlaggebend gewesen sein. Allerdings stiegen die langfristigen Zinsen im Euro-Raum zuletzt stärker als in den USA. Entscheidend hierfür dürften gefestigte Erwartungen einer deutlichen konjunkturellen Erholung im Euro-Raum von der zweiten Jahreshälfte 1999 an gewesen sein.

Anregend auf die Konjunktur wirkt auch die niedrige Bewertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Maßgeblich hierfür sind das ausgeprägte Konjunkturgefälle zwischen den USA und dem Euro-Raum und die damit ver-

¹ M3 umfaßt den Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen, Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren.

² Die EZB errechnet den Referenzwert für M3 von 4,5 vH aus einem Zuwachs des Produktionspotentials von 2 bis 2,5 vH, einem Aufschlag für die trendmäßige Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes von 0,5 bis 1 vH.

Abbildung 1.3



¹⁾ Kurzfristiger Zins = Dreimonats-Euribor, vor 1999 nationale, mit BIP-Anteilen gewichtete Raten; langfristiger Zins = Renditen von Staatsanleihen im Zehnjahresbereich, bis 1998 nationale, mit BIP-Anteilen gewichtete Werte.

²⁾ Realzins = Nominalzins abzüglich des Anstiegs des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr.

³⁾ M3 = Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen, Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren, gleitende 3-Monatsdurchschnitte der Veränderungen zum Vorjahr.

bundenen Zinserwartungen. Seit dem Tiefstand vom Juli hat sich der Wechselkurs des Euro in Erwartung der konjunkturellen Erholung im Euro-Raum gegenüber dem US-Dollar etwas gefestigt. Er lag Mitte Oktober bei 1,08 US-Dollar je Euro.

Die jahresdurchschnittliche Teuerungsrate wird im nächsten Jahr etwas höher ausfallen als in diesem. Dies ist allerdings zu einem erheblichen Teil Reflex des diesjährigen Ölpreisanstiegs und der Abwertung des Euro. Die Veränderung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) wird auch im nächsten Jahr mit 1,6 vH unter der von der EZB definierten Obergrenze für den Preisniveaustieg von 2 vH bleiben, und die Kerninflationsrate wird bei mäßig zunehmenden Lohnstückkosten nur leicht zunehmen.

Um den Aufbau eines Inflationspotentials zu verhindern, das bei Fortführung des derzeitigen Expansionskurses entstehen könnte, erwarten die Institute für die erste Hälfte des nächsten Jahres eine Anhebung der Leitzinsen um einen halben Prozentpunkt. Damit wirkt die Geldpolitik noch leicht expansiv. Auch für die Kapitalmarktzinsen ist angesichts der konjunkturellen Belebung mit einem weiteren, leichten Anstieg zu erwarten.

Fortsetzung des Aufschwungs

Unter den günstigen wirtschaftspolitischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist mit einer zügigen Fortsetzung des Aufschwungs in der EWU im nächsten Jahr zu rechnen. Deutliche Impulse gehen weiterhin von der Ausfuhr aus. Insbesondere die Exporte nach Ostasien werden rasch steigen. Die Ausfuhr nach Mittel- und Osteuropa, nach Südamerika sowie in die anderen westeuropäischen Länder wird wieder merklich expandieren. Zudem ist ein kräftiger Nachfragesog aus der Golfregion infolge der ölpreisbedingt starken Zunahme der Devisen-

einnahmen zu erwarten. Dagegen steigen die Exporte in die USA infolge der dortigen Konjunkturabschwächung langsamer. Die Ausfuhr der EWU-Länder wird weiter durch den Wechselkurs begünstigt.

Die guten Exportaussichten und eine günstige Ertragslage werden die Investitionsneigung stärken. Auf eine rasche Zunahme insbesondere der privaten Ausrüstungsinvestitionen deuten verschiedene Indikatoren hin: So planen die Unternehmen Befragungen zufolge eine zügige Ausweitung der Investitionen, in der Verarbeitenden Industrie hat sich das Geschäftsklima seit dem Frühjahr deutlich verbessert, und die Absatz- und Ertragserwartungen sind auch im Maschinen- und Anlagenbau wieder gestiegen. Zudem erhöht sich die Auslastung der Kapazitäten. Außerdem bleiben die Finanzierungsbedingungen insgesamt günstig, auch wenn die Kapitalmarktzinsen merklich angezogen haben. Die privaten Bauinvestitionen werden leicht verstärkt aufwärtsgerichtet sein. Die staatlichen Investitionen schließlich steigen nur wenig.

Der private Verbrauch wird weiter zügig expandieren: Die realen verfügbaren Einkommen nehmen infolge erneut spürbar steigender Stundenlöhne, einer wieder günstigeren Beschäftigungsentwicklung sowie vielfach auch infolge von Steuersenkungen beschleunigt zu. Angesichts der etwas verbesserten Lage auf dem Arbeitsmarkt geht überdies die Sparquote leicht zurück. Demgegenüber wird der öffentliche Verbrauch im Zuge der Konsolidierungspolitik weiter nur verhalten ausgeweitet.

Das reale Bruttoinlandsprodukt im Euro-Raum dürfte sich im kommenden Jahr um 2,9 vH erhöhen, nach 2,1 vH in diesem. Dabei wird sich das konjunkturelle Gefälle zwischen den Ländern verringern. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage zunehmend. Die Beschäftigung steigt im Zuge der Erholung im Prognosezeitraum merklich. Im Euro-Raum insgesamt dürfte die Arbeitslo-

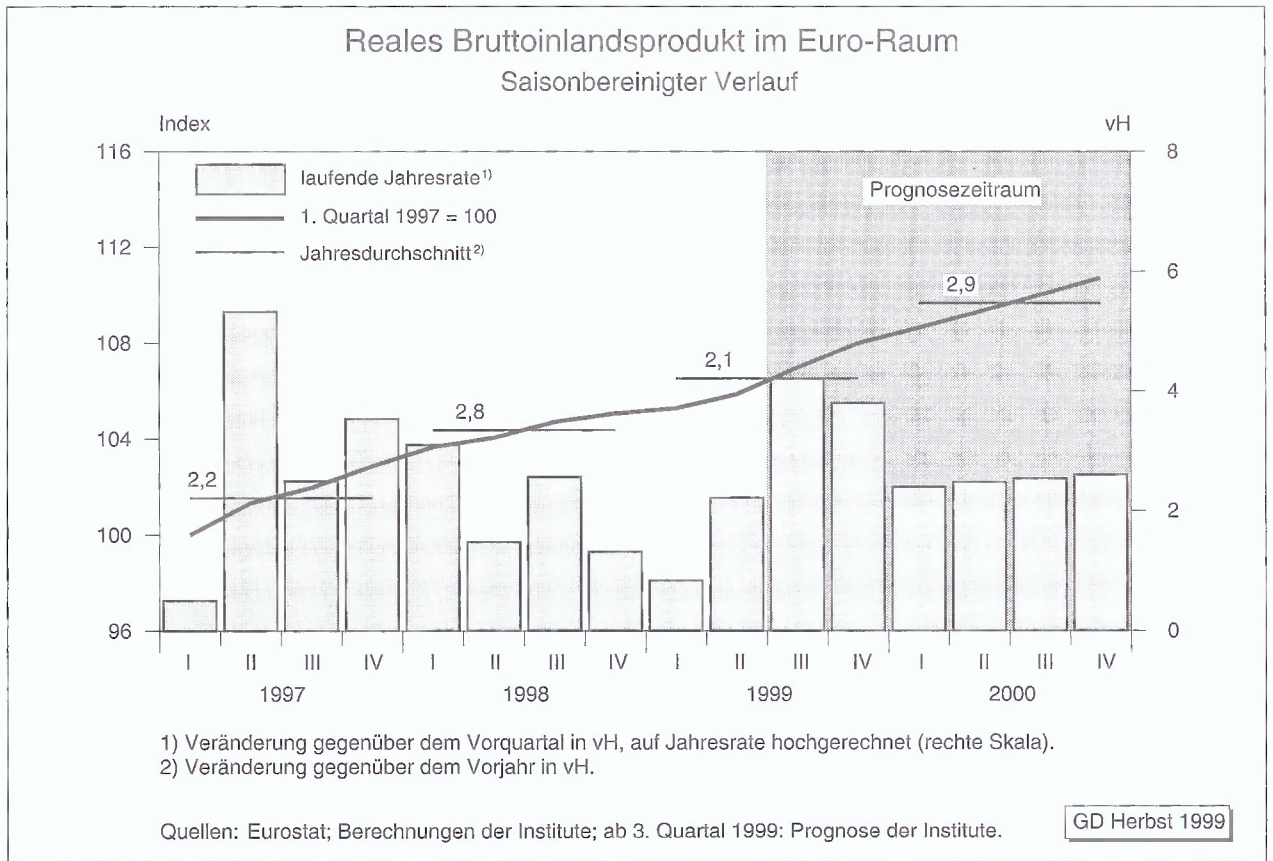
Tabelle 1.5

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum

	1997	1998	1999	2000
	Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr			
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,2	2,8	2,1	2,9
Privater Verbrauch	1,4	2,9	2,4	2,6
Öffentlicher Verbrauch	0,4	1,2	1,4	1,5
Bruttoanlageinvestitionen	2,2	4,3	4,7	5,3
Außenbeitrag ¹⁾	2,6	2,1	1,6	1,8
Verbraucherpreise ²⁾	1,6	1,1	1,1	1,6
	in vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
Budgetsaldo ³⁾	-2,5	-2,1	-1,6	-1,3
Leistungsbilanzsaldo	1,6	1,4	0,7	0,5
	in vH der Erwerbsspersonen			
Arbeitslosenquote ⁴⁾	11,6	10,9	10,2	9,6

¹⁾ In vH des realen Bruttoinlandsprodukts. — ²⁾ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. — ³⁾ Gesamtstaatlich. — ⁴⁾ Standardisiert.
Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

Abbildung 1.4



senquote im Jahr 2000 gegenüber diesem Jahr um reichlich einen halben Prozentpunkt auf 9,6 vH sinken.

Der Verbraucherpreisanstieg bleibt verhalten. Die externen preistreibenden Kräfte lassen nach; insbesondere dürfte sich der Ölpreis nicht mehr erhöhen. Von internen Faktoren gehen keine nennenswerten Anstöße zu einer

Beschleunigung des Preisanstiegs aus. Zwar vergrößern sich die konjunkturbedingten Preiserhöhungsspielräume. Jedoch wirken dem fortgesetzte Liberalisierungen und Deregulierungen sowie der weiter intensive Wettbewerb entgegen. Insgesamt wird die Inflationsrate im Durchschnitt des nächsten Jahres 1,6 vH betragen.

2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Überblick

Die Konjunktur in Deutschland hat seit dem Sommer 1999 merklich an Schwung gewonnen. Die Auftragseingänge nahmen zu, das Geschäftsklima in der Industrie verbesserte sich deutlich, und die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg spürbar. Damit bestätigte sich die Einschätzung der Institute vom Frühjahr, daß der durch die Finanzkrisen in Asien, in Rußland und in Lateinamerika ausgelöste konjunkturelle Rückschlag im Laufe dieses Jahres überwunden werde. Am Arbeitsmarkt, der ein typischer „Nachläufer“ der Konjunktur ist, gibt es jedoch noch keine Anzeichen für eine Erholung. So ist die Zahl der Erwerbstätigen wohl bis zuletzt leicht gesunken, und die Arbeitslosigkeit nahm saisonbereinigt weiter zu. Der Preisanstieg hat sich als Folge außenwirtschaftlich bedingter Impulse etwas verstärkt, ist aber mit 0,7 vH im Vorjahresvergleich weiterhin gering.

Die konjunkturelle Erholung geht — wie die vorangegangene Abschwächung — vom Export aus. Die Nachfrage aus dem Ausland ist schon seit dem Frühjahr wieder deutlich aufwärtsgerichtet. Erheblichen Anteil am Umschwung hatte die Besserung der wirtschaftlichen Lage in den Krisenregionen. Insbesondere die Ausfuhren in die südostasiatischen Schwellenländer erhöhten sich kräftig. Im Sommer zogen die Lieferungen nach Lateinamerika ebenfalls an. Spürbare Nachfrageimpulse kamen auch wieder aus den USA. Bei alledem wurde der Export durch die Abschwächung des Euro begünstigt.

Ein stabilisierender Faktor für die Konjunktur war, daß sich die Binnennachfrage insbesondere aufgrund der günstigen monetären Bedingungen als robust gegenüber den Auswirkungen der Finanzkrisen in den „emerging markets“ erwies. Das gilt insbesondere für die Investitionstätigkeit. Die schwächere Nachfrage nach „klassischen“ Investitionsgütern wie Maschinenbauerzeugnissen wurde durch Steigerungen in anderen Bereichen überspielt, so daß die Ausrüstungsinvestitionen insgesamt trotz der Exportflaute weiterhin kräftig expandierten. Besonders stark war die Zunahme der Nachfrage nach EDV-Produkten, die allerdings wohl auch im Zusammenhang mit dem „Jahr-2000-Problem“ steht.

Im Gefolge des Umschwungs bei den Exporten hat sich die Binnennachfrage weiter gefestigt. Bedingt auch durch lagerzyklische Impulse, wie sie für den Beginn einer Erholungsphase typisch sind, stiegen die Inlandsaufträge bei Vorprodukten deutlich. Zudem hat sich nunmehr die Nachfrage nach „klassischen“ Investitionsgütern belebt. Bei den Bauinvestitionen deutet sich zumindest in Westdeutschland ein Ende des schon mehrere Jahre anhaltenden Rückgangs an; die Auftragseingänge haben insbesondere bei Nichtwohnbauten im Laufe dieses Jahres

spürbar zugenommen. Dagegen hat der private Verbrauch trotz finanzpolitischer Impulse und kräftiger Lohnsteigerungen nur verhalten expandiert; hier wirkt vor allem die ungünstige Entwicklung am Arbeitsmarkt dämpfend.

Die konjunkturelle Erholung ist in Westdeutschland ausgeprägter als in Ostdeutschland. Zwar hat sich auch in den neuen Bundesländern die Produktion in der Industrie im Sommerhalbjahr belebt. Die Entwicklung wird aber weiterhin in erheblichem Maße durch das Schrumpfen der Bautätigkeit belastet, so daß der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion schwächer ist als im Westen. Ausgeprägte Unterschiede gibt es nach wie vor am Arbeitsmarkt. In Westdeutschland geriet der Beschäftigungsaufbau, der im Laufe des vergangenen Jahres eingesetzt hatte, zwar ins Stocken, die Zahl der Arbeitslosen nahm aber weiter leicht ab. In Ostdeutschland hingegen sank die Beschäftigung in diesem Jahr, und die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich. Hier schlug insbesondere zu Buche, daß die Zahl der Beschäftigten am zweiten Arbeitsmarkt, die im vergangenen Jahr wegen der kräftigen Ausweitung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen gestiegen war, merklich zurückging.

Rahmenbedingungen für die Konjunktur weiterhin günstig

Die Bedingungen für eine Fortsetzung der Erholung in Deutschland sind günstig. Wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt, wird sich das außenwirtschaftliche Umfeld weiter aufhellen. So schreitet die Erholung in den südostasiatischen Schwellenländern zügig voran, und auch in Lateinamerika gibt es Anzeichen einer allmählichen Besserung. In den USA bahnt sich zwar eine Verlangsamung der immer noch sehr kräftigen Expansion an; die Institute rechnen aber nicht mit einem Einbruch. Überdies wird sich in Europa, dem nach wie vor wichtigsten deutschen Exportmarkt, die Konjunktur festigen.

Von der Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfeldes sind weiterhin erhebliche Impulse für die Ausfuhr zu erwarten, zumal die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter hoch bleiben wird. Zwar tendierte der Euro zuletzt etwas fester, die vorherige Abwertung wird die Exporte aber wegen der üblichen Wirkungsverzögerungen noch einige Zeit anregen. Auch dürften sich im kommenden Jahr die Lohnstückkosten in Deutschland etwas günstiger entwickeln als in den anderen EWU-Ländern.

Von der Geldpolitik gehen derzeit merklich expansive Impulse aus. Infolge der Festigung der Konjunktur in der

EWU wird die EZB die geldpolitischen Zügel in der ersten Hälfte des Jahres 2000 leicht straffen, um den Aufbau eines Inflationspotentials zu verhindern. Sie wird dabei aber wohl lediglich die im Frühjahr dieses Jahres zur Stützung der Konjunktur vorgenommene Zinssenkung zurücknehmen; damit dürfte die Geldpolitik immer noch leicht expansiv sein. Die Kapitalmarktzinsen haben sich seit dem Frühjahr spürbar erhöht. Dazu haben neben einer weltweit gestiegenen Nachfrage nach Kapital Rückflüsse aus den Industrieländern in die Schwellenländer beigetragen; insoweit stellt die Zinsentwicklung eine Normalisierung dar. Überdies dürften sich die Inflationserwartungen tendenziell geändert haben; so führte das Anziehen der Preise im Gefolge der drastischen Ölverteuerung, aber auch die bessere Konjunktur zu der Erwartung, die Preise könnten wieder etwas rascher steigen.

Mit anhaltender Expansion der Weltwirtschaft werden sich die Kapitalmarktzinsen weiter leicht erhöhen. Der Anstieg ist nicht zuletzt Reflex besserer Renditeaussichten, so daß er eine Festigung der Konjunktur in Europa nicht hemmen dürfte. Die gegenwärtige Zinsentwicklung zeigt gewisse Parallelen zu der im Jahr 1994. Allerdings erhöhte sich damals der Realzins im Jahresverlauf mit reichlich 2 ½ Prozentpunkten weitaus stärker. Überdies folgte auf den Zinsanstieg, anders als derzeit, eine deutliche Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, ausgelöst durch eine kräftige Aufwertung der D-Mark und noch verstärkt durch hohe Lohnsteigerungen.

Von der Finanzpolitik gehen in diesem Jahr leicht dämpfende Einflüsse auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aus; die Entlastungen für die privaten Haushalte durch Abgabensenkungen und Kindergelderhöhung werden durch die Ökosteuern und höhere Belastungen für Unternehmen mehr als ausgeglichen. Für das kommende Jahr sind zwar weitere Erleichterungen für Familien vorgesehen. Gleichzeitig ist jedoch ein Sparpaket auf den Weg gebracht worden, das — bei Umsetzung im vorgesehenen Rahmen — bei den öffentlichen Haushalten zu unmittelbaren Einsparungen von reichlich 20 Mrd. DM führen dürfte. Damit wirkt die Finanzpolitik auch im nächsten Jahr leicht restriktiv.

Der Anstieg der Tariflöhne hat sich in diesem Jahr deutlich verstärkt; im Jahresdurchschnitt werden sie um fast 3 vH über dem Vorjahresniveau liegen. Angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der weiterhin niedrigen Preissteigerungsraten werden die Abschlüsse in der kommenden Tarifrunde aber wahrscheinlich wieder etwas geringer ausfallen, so daß die diesjährige Entwicklung keine Abkehr von einer moderaten Lohnpolitik bedeutet. Da gleichzeitig die Produktivität auslastungsbedingt stärker steigt, werden die Lohnstückkosten im Jahr 2000 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt geringfügig sinken.

Die insgesamt recht günstigen Rahmenbedingungen sprechen dafür, daß sich die konjunkturelle Erholung in Deutschland im Prognosezeitraum festigt. Der Export bleibt eine wichtige Stütze, mehr und mehr gewinnt aber auch die Binnennachfrage an Kraft. Mit fortschreitender Erholung wird die Kapazitätsauslastung merklich zunehmen; sie nähert sich dem langfristigen Durchschnitt. Vom „Jahr-2000-Problem“ sind für das nächste Jahr nur kurzfristig dämpfende Einflüsse zu erwarten, da — allerdings nur in geringem Maße — Produktion in das Jahresendquartal 1999 vorgezogen wird. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich verbessern. Die Preissteigerungsrate wird vor allem als Folge außenwirtschaftlicher Impulse etwas höher sein als in diesem Jahr.

Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die ihrerseits zumeist auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im einzelnen ist angenommen:

- Die Erholung der Weltwirtschaft setzt sich, wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt, fort und gewinnt an Breite. Der Welthandel wird in diesem Jahr um 4 vH, im Jahr 2000 um 6 ½ bis 7 vH zunehmen.
- Der Rohölpreis wird im Durchschnitt dieses Jahres bei 18 US-Dollar je Barrel, im kommenden Jahr bei 20 US-Dollar je Barrel liegen. Die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe werden um 10 vH höher sein als 1999.
- Der reale effektive Außenwert des Euro bleibt im Prognosezeitraum konstant.
- Die Europäische Zentralbank hebt die Leitzinsen im ersten Halbjahr 2000 um einen halben Prozentpunkt an. Die Kapitalmarktzinsen werden mit fortschreitender konjunktureller Erholung leicht steigen.
- Die Tariflöhne erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt im kommenden Jahr mit 2 ¼ vH etwas weniger als 1999 (knapp 3 vH).
- Von der Finanzpolitik gehen in diesem Jahr aufgrund der kräftig steigenden Abgabenbelastung dämpfende Wirkungen aus. Für das nächste Jahr sind zwar Entlastungen für Familien beschlossen, gleichzeitig wurde aber ein Sparpaket mit einem unmittelbaren Einsparvolumen von reichlich 20 Mrd. DM aufgelegt. Insgesamt wird die Finanzpolitik leicht kontraktiv wirken.
- Das „Jahr-2000-Problem“ führt zu keiner Beeinträchtigung der Konjunktur.

Deutliche Steigerung der Exporte

Die Erholung der Ausfuhr wurde maßgeblich von der schwungvollen Belebung der Weltkonjunktur getragen. Zudem schwächte sich der Außenwert des Euro in den vergangenen zwölf Monaten merklich ab, so daß sich die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter gegenüber Konkurrenten außerhalb des Euro-Raums erheblich verbesserte. Als Folge der günstigen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind die Exporte seit dem Frühjahr wieder kräftig gestiegen. So haben insbesondere die Lieferungen nach Südostasien, nach dem Einbruch im vergangenen Jahr, deutlich zugenommen; inzwischen ist bereits reichlich ein Drittel des vorangegangenen Rückgangs wettgemacht worden (Abbildung 2.1). Aber auch die Ausfuhren in die Industrieländer haben sich belebt, zunächst vor allem die in die USA. In den vergangenen Monaten sind schließlich die Lieferungen nach Westeuropa aufgrund der dortigen konjunkturellen Erholung spürbar gestiegen.

Im kommenden Jahr wird die Ausfuhr weiter von der Belebung der Weltwirtschaft profitieren. Die Abwertung des Euro wird noch einige Zeit nachwirken. Zudem wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter, die sich in den letzten Jahren merklich verbessert hatte, durch die wieder günstigere Kostenentwicklung gestärkt. In den europäischen Industrieländern, den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands (Tabelle 2.1), wird sich die konjunkturelle Erholung fortsetzen. Dabei wird den heimischen Anbietern insbesondere die steigende Investitionsgüternachfrage zugute kommen. Die Ausfuhren nach Asien dürften weiter zügig steigen, so daß die während der Krise erlittenen Exportverluste mehr und mehr

wettgemacht werden. Hingegen werden die Lieferungen nach Nordamerika infolge der dortigen konjunkturellen Abkühlung eher schwächer expandieren. Die in der ersten Jahreshälfte 1999 rückläufigen Exporte in die mitteleuropäischen Reformländer werden zwar wieder zunehmen, aber nicht so stark wie in den vergangenen Jahren.

Alles in allem dürfte die reale Warenausfuhr im Prognosezeitraum etwas schneller als der Welthandel wachsen. Einschließlich der Dienstleistungen wird der Anstieg der Exporte in diesem Jahr, angesichts des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn, lediglich knapp 3 vH betragen und im nächsten Jahr knapp 7 vH. Da der Wettbewerbsdruck auf den Weltmärkten hoch bleibt, werden sich die Ausfuhrpreise nur leicht erhöhen.

Hohe Zuwächse bei den Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen steigen seit dem vergangenen Jahr sehr kräftig. Dies deutet darauf hin, daß viele Investoren die konjunkturelle Abschwächung als temporär einschätzten und langfristige Investitionsvorhaben planmäßig realisiert haben. Zudem könnte die Erwartung steigender Zinsen zu Vorzieheffekten geführt haben. In der Industrie hat der schwächere Export zwar vorübergehend die Investitionstätigkeit gedämpft. Dies wurde jedoch durch die anhaltende Dynamik in den übrigen Sektoren, und hier insbesondere in den Dienstleistungsbereichen, kompensiert, in denen rund zwei Drittel der Ausrüstungsinvestitionen getätigt werden.

Der allgemein zunehmende Einsatz von EDV und auch die Vorbereitungen auf den Jahrtausendwechsel haben den Ausrüstungsinvestitionen zusätzlichen Auftrieb gege-

Tabelle 2.1

Regionale Entwicklung des deutschen Exports

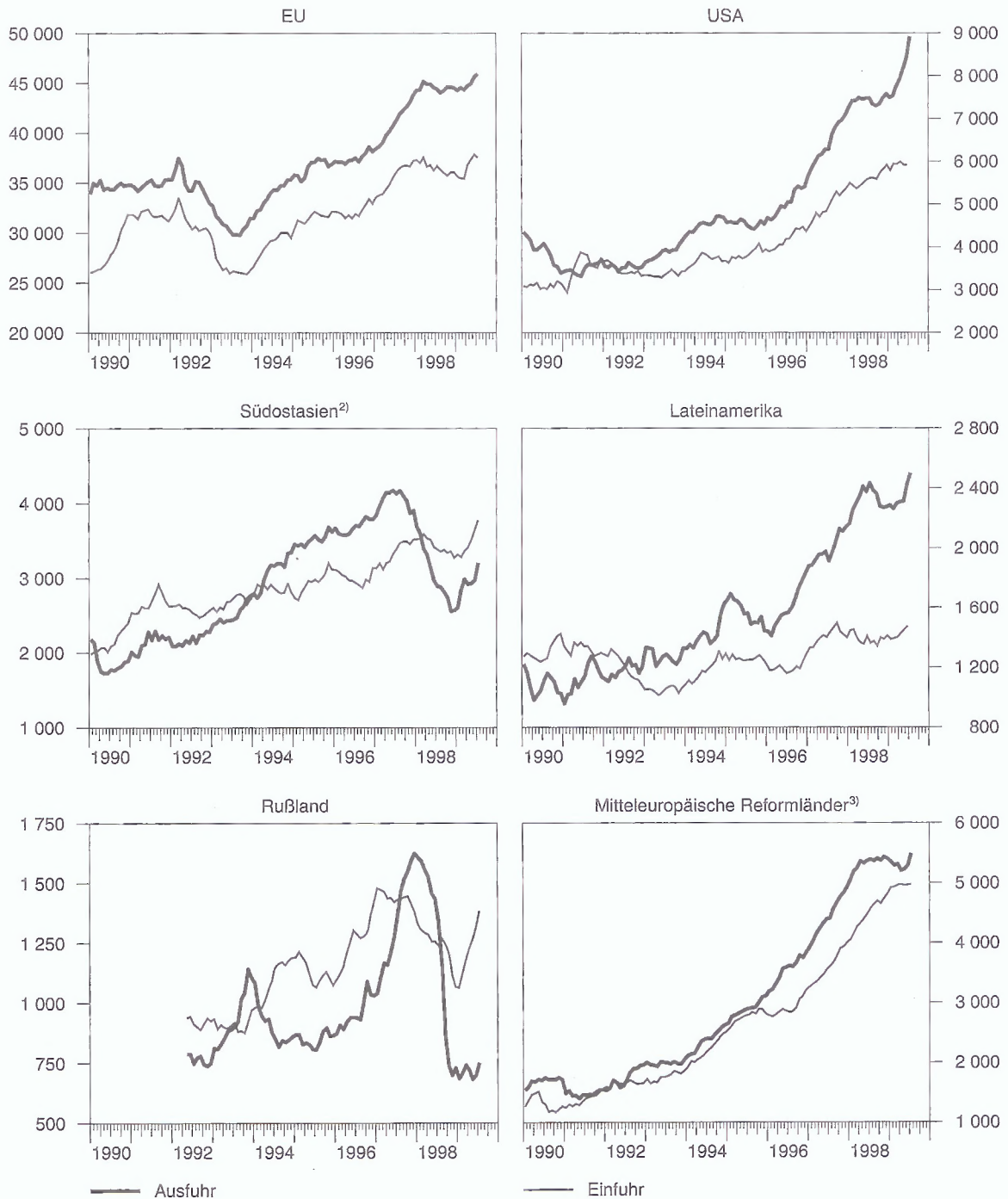
Ländergruppe	Export (Spezialhandel), nominal								
	1997			1998			1999 (1. Halbjahr)		
	Mrd. DM	Anteile in vH	in vH vom BIP ¹⁾	Mrd. DM	Anteile in vH	in vH vom BIP ¹⁾	Mrd. DM	Anteile in vH	in vH vom BIP ¹⁾
Insgesamt	889	100,0	24,2	950	100,0	25,1	473	100,0	25,2
EU	494	55,5	13,5	535	56,4	14,2	274	58,0	14,6
EFTA ²⁾	48	5,4	1,3	52	5,5	1,4	26	5,5	1,4
NAFTA ³⁾	89	10,0	2,4	103	10,9	2,7	54	11,4	2,9
Ostasien ⁴⁾	79	8,9	2,2	67	7,0	1,8	33	6,9	1,7
MOE ⁵⁾	78	8,8	2,1	88	9,3	2,3	39	8,3	2,1
Übrige ⁶⁾	100	11,3	2,7	104	10,9	2,7	47	9,9	2,5

¹⁾ Anteil des Exports am nominalen Bruttoinlandsprodukt. — ²⁾ Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein. — ³⁾ USA, Kanada, Mexiko. — ⁴⁾ Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. — ⁵⁾ Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Rußland, Ukraine, Weißrußland. — ⁶⁾ Lateinamerika (ohne Mexiko), Afrika, Australien und Ozeanien, übriges Asien.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

Abbildung 2.1

Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen¹⁾ in Mill. DM



1) Spezialhandel, saisonbereinigte und geglättete Monatswerte.

2) Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand.

3) Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

GD Herbst 1999

ben. Dies wird an den im neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) ausgewiesenen „Sonstigen Anlagen“ deutlich, die zum überwiegenden Teil Investitionen in Software enthalten. Hier wurde die schon in den vergangenen Jahren hohe Dynamik im ersten Halbjahr 1999 mit einer laufenden Jahresrate von über 20 vH noch übertroffen.

Die Bedingungen für eine weiterhin kräftige Ausweitung der Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum sind günstig. So hellen sich die Absatzerwartungen der Unternehmen angesichts der anziehenden Weltkonjunktur und der Festigung der Binnennachfrage weiter auf. Die Lohnstückkosten werden leicht sinken. Damit verbessern sich die Ertragserwartungen der Unternehmen. Die nur wenig steigenden Zinsen wirken kaum dämpfend. Zudem kommt es bei den Ausrüstungsinvestitionen zu Vorzieheffekten wegen der im Rahmen der Reform der Unternehmensbesteuerung im Jahr 2001 vorgesehenen Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen. Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr wegen des hohen Niveaus zum Jahreswechsel um reichlich 8 vH, im kommenden Jahr um etwas mehr als 7 vH steigen. Die Investitionen in Sonstige Anlagen werden etwa doppelt so stark expandieren.

Zögerliche Wende bei den Bauinvestitionen

Im Bausektor zeichnet sich eine leichte Besserung ab. Bei den Wohnungsbauinvestitionen insgesamt kam es im ersten Halbjahr 1999, nach jahrelangem Rückgang, zu einer Erholung. Ausschlaggebend dafür war der Eigenheimbau, der durch die niedrigen Hypothekenzinsen und die gedrückten Baupreise angeregt wurde. Im Geschößwohnungsbau hielt dagegen die Schwäche an: Im freifinanzierten Mietwohnungsbau dämpften Angebotsüberhänge die Bautätigkeit; der soziale Wohnungsbau wurde infolge des rückläufigen Fördervolumens weiter eingeschränkt. Diese Schwäche wird sich im Prognosezeitraum fortsetzen, wobei Ostdeutschland stärker betroffen

ist als Westdeutschland. Die Umstellung der Förderung von Sonderabschreibungen zur weniger günstigen Investitionszulage beeinträchtigt dort den Mehrgeschößwohnungsbau zusätzlich. Der Eigenheimbau wird im Jahr 2000 bei steigenden Realeinkommen weiter zunehmen und den anhaltenden Rückgang beim Mehrgeschößwohnungsbau ausgleichen. Alles in allem werden die Wohnungsbauinvestitionen im Durchschnitt dieses Jahres nochmals knapp unter dem Vorjahresniveau bleiben, im nächsten Jahr indes leicht steigen (Tabelle 2.2).

Auch bei den gewerblichen Bauinvestitionen deutet vieles darauf hin, daß der Tiefpunkt überwunden ist. Bereits seit Anfang des vorigen Jahres nehmen die Baugenehmigungen wieder zu. Bei steigender Kapazitätsauslastung der Unternehmen werden die Wirtschaftsbauinvestitionen im Prognosezeitraum weiter expandieren. Wegen der vor allem in Ostdeutschland noch bestehenden Angebotsüberhänge wird die Erholung allerdings moderat ausfallen. Die öffentlichen Bauinvestitionen sind in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich gesunken. Mit einer Zunahme von 4,8 vH im ersten Halbjahr 1999 gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutet sich jedoch eine, wenn auch durch die zurückgehenden Grundstücksverkäufe des Staates überzeichnete, Trendwende an. Insgesamt nehmen die Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 1999 nochmals geringfügig ab; im nächsten Jahr werden sie — erstmals seit 1994 — wieder steigen, und zwar um reichlich 1 vH.

Privater Konsum gewinnt allmählich an Schwung

Der private Konsum entwickelt sich bisher nur verhalten; in den ersten drei Quartalen 1999 betrug der Anstieg lediglich 1 vH (laufende Jahresrate). Zwar wurden am Jahresanfang die Verbraucherbudgets bei der Einkommensteuer entlastet (Senkung des Eingangsteuersatzes und Erhöhung des Grundfreibetrags), und das Kindergeld für das erste und zweite Kind wurde erhöht. Zudem fielen die Lohnabschlüsse höher als im Vorjahr aus, und

Tabelle 2.2

Reale Bauinvestitionen¹⁾ in Deutschland

	Anteile in vH	Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr		
	1998	1998	1999	2000
Wohnbauten	57,5	-3,6	-0,4	0,7
Nichtwohnbauten	42,5	-4,2	0,1	1,6
gewerbliche Bauten	30,5	-3,3	-1,1	1,8
öffentliche Bauten	12,0	-6,7	3,2	1,2
Bauinvestitionen	100,0	-3,9	-0,2	1,1

¹⁾ In Preisen von 1995.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

der Beitragssatz zur Rentenversicherung wurde im Rahmen der Ökosteuerreform zurückgenommen. Da sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt aber leicht verschlechterte, war die Expansion der Arbeitseinkommen insgesamt nur mäßig. Auch die übrigen Primäreinkommen der privaten Haushalte (Selbständigeneinkommen und Vermögenseinkommen) stiegen im Gefolge der gedämpften Konjunktur schwach. Zudem schmälern seit dem Frühjahr steigende Energiepreise die Realeinkommen der Verbraucher.

Im Jahr 2000 wird die Verbrauchskonjunktur angesichts beschleunigt zunehmender verfügbarer Einkommen an Schwung gewinnen. Auch wenn die Tarifverdienste wieder etwas langsamer erhöht werden als im Vorjahr, dürften die Bruttolöhne und -gehälter — bedingt durch die steigende Beschäftigung — ähnlich stark zunehmen wie im Vorjahr. Die übrigen Primäreinkommen der privaten Haushalte dürften im Zuge der besseren Konjunktur kräftig ausgeweitet werden. Expansive Impulse gehen zudem von der erneuten Verringerung der Abgabenbelastung der privaten Haushalte aus. Bei der Einkommensteuer werden der Grundfreibetrag weiter angehoben und der Eingangs- und der Spitzensteuersatz gesenkt. Zudem dürfte der Beitragssatz zur Rentenversicherung im Zuge der ökologischen Steuerreform leicht verringert werden.

Die von den privaten Haushalten empfangenen Transfers werden dagegen im Jahr 2000 deutlich geringer zunehmen. Zwar wird das Kindergeld zur Verbesserung des Familienleistungsausgleichs erneut aufgestockt, doch stehen dem weitreichende Einsparungen im Rahmen des Sparpakets gegenüber. So werden die gesetzlichen Altersrenten und auch sonstige Sozialtransfers lediglich im Ausmaß der diesjährigen Preissteigerungsrate angehoben.

Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2000 um 3,6 vH zunehmen; real gerechnet beläuft sich der Anstieg — auch wegen der höheren Ökosteuern — nur auf 2,3 vH. Wie üblich bei einer konjunkturellen Verbesserung wird die Sparquote leicht anziehen. Insgesamt wird der private Konsum im Jahr 2000 um 2,1 vH ausgeweitet, nach 1,7 vH in diesem Jahr.

Moderater Anstieg der Verbraucherpreise

Die Verbraucherpreise sind im Sommerhalbjahr 1999 leicht beschleunigt gestiegen. Maßgeblich hierfür war die spürbare Verteuerung von Energieträgern. Die Weltmarktpreise für Rohöl und Mineralölzerzeugnisse hatten infolge der Mengenbeschränkung der OPEC-Mitgliedsländer kräftig angezogen; zudem wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar ab. Außerdem wurden im April die Mineralölsteuer erhöht und eine Steuer auf Strom eingeführt. Aufgrund des verschärften Wettbewerbs kam es dagegen zu Preissenkungen bei Telekommunikations-

dienstleistungen sowie in einzelnen Bereichen des Einzelhandels.

Im nächsten Jahr wird sich die Preissteigerungsrate nur wenig beschleunigen. Mit der kräftigeren Konjunktur nimmt der Preiserhöhungsspielraum der Unternehmen zu. Darüber hinaus wird zu Jahresbeginn die zweite Stufe der Ökosteuerreform in Kraft treten; dies wird zusammen mit den Nachwirkungen der ersten Stufe das Verbraucherpreisniveau für sich genommen um 0,3 Prozentpunkte erhöhen. Preisdämpfend wirkt demgegenüber, daß die Lohnstückkosten nach dem diesjährigen Anstieg wieder etwas sinken, weil die Tarifabschlüsse geringer als der Produktivitätsanstieg ausfallen werden. Darüber hinaus dürfte es zu Preissenkungen im Gefolge der Liberalisierung des Strommarktes kommen. Insgesamt wird die Teuerungsrate im Durchschnitt des Jahres 2000 bei 1,2 vH liegen, nach 0,6 vH im Jahr 1999.

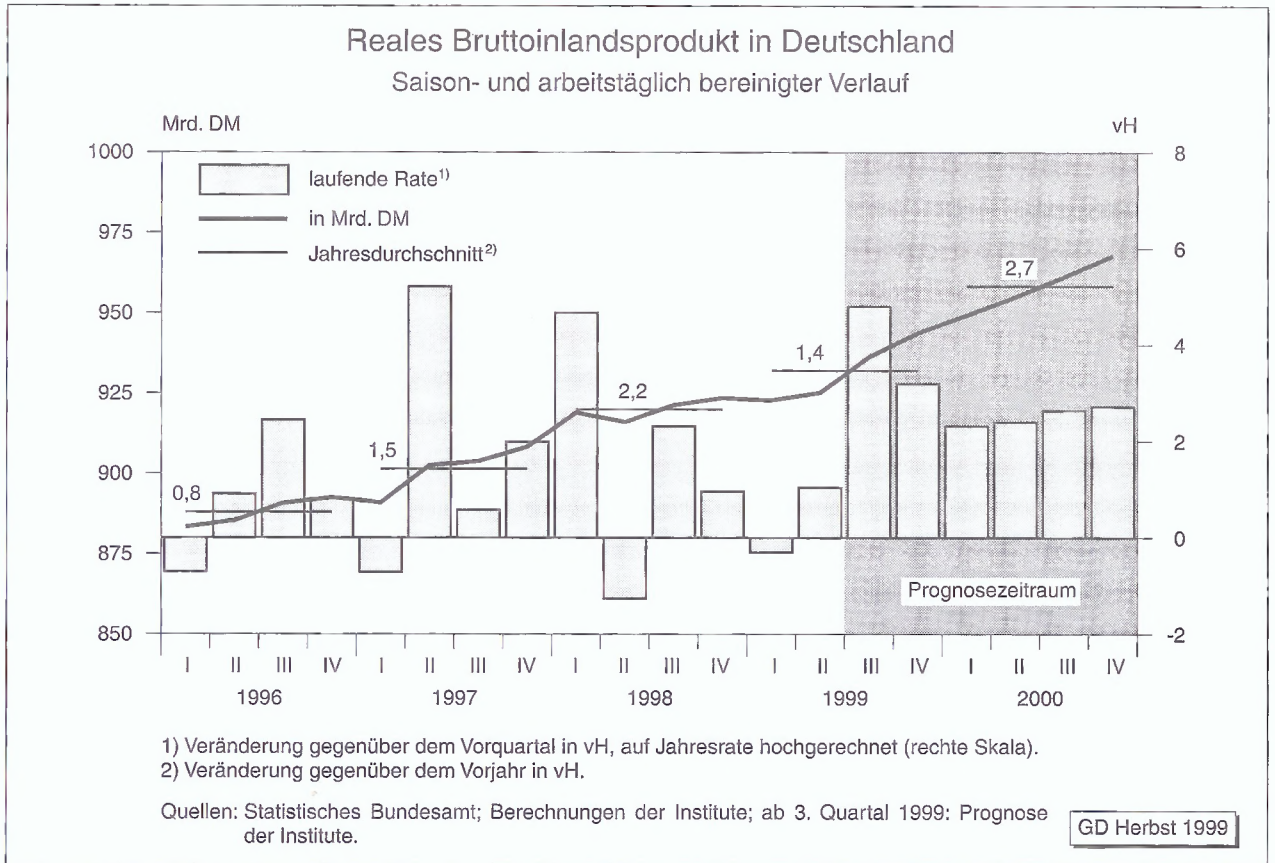
Produktion überwindet Schwächephase

Die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat merklich an Tempo gewonnen; im Verlauf des Sommerhalbjahres expandierte sie mit einer Jahresrate von reichlich 2½ vH (Abbildung 2.2). Maßgeblich für die Beschleunigung war die Zunahme der Industrieproduktion im Gefolge der wieder anziehenden Nachfrage aus dem Ausland. Kräftige Zuwachsraten verzeichneten vor allem die Hersteller von Vorleistungsgütern. Der lebhaftere Auftragseingang läßt auch auf einen zunehmenden Lageraufbau im In- und Ausland schließen. Im Investitionsgütergewerbe nahm die Produktion zunächst weniger stark zu, da sich die Nachfrage nach Maschinenbauerzeugnissen erst sehr spät belebte. Im Automobilbau und im Bereich der Elektro-, EDV- und Nachrichtentechnik stieg die Fertigung sehr schwungvoll. Im Baugewerbe stagnierte die Produktion im Jahresverlauf, sieht man von witterungsbedingten Einflüssen ab, während sich im tertiären Sektor — und hier insbesondere bei Unternehmensdienstleistern — die Zunahme verstärkte. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Rest des Jahres 1999 stark steigen, im Jahresdurchschnitt wird die Zuwachsrate wegen der Schwäche im ersten Halbjahr jedoch nur 1,4 vH betragen (Tabelle 2.3).³

Eine Zuwachsrate von 1,4 vH im Jahr 1999 impliziert angesichts der Konjunkturschwäche im ersten Halbjahr eine starke Beschleunigung in der zweiten Jahreshälfte. In den meisten vorliegenden Indikatoren deutet sich zwar eine kräftige Belebung an. Dies könnte sogar auf einen noch höheren Zuwachs hinweisen, als er hier prognostiziert

³ Die vorliegende Prognose basiert, anders als die vom Frühjahr 1999, auf dem neuen Europäischen System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVF 95). Die Prognosezahlen sind deshalb mit denen vom Frühjahr nur eingeschränkt vergleichbar.

Abbildung 2.2



ziert wird. Es ist aber auch nicht auszuschließen, daß das Tempo der Erholung durch die vorlaufenden Indikatoren überzeichnet wird.

Im Jahr 2000 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion bei insgesamt günstigen Rahmenbedingungen weiter zügig zunehmen. Die Auslandsnachfrage bleibt lebhaft, und die Inlandsnachfrage wird verstärkt expandieren. Damit gewinnt der Aufschwung an Breite. Die Industrieproduktion erhöht sich merklich; hier dürfte das Niveau vom Vorjahr um $3\frac{1}{2}$ vH überschritten werden, nach knapp 1 vH im laufenden Jahr. Die Bauproduktion wird leicht steigen. Im tertiären Sektor ist im Gefolge der Expansion im Produzierenden Gewerbe und der anhaltend kräftigen Investitionstätigkeit bei Unternehmensdienstleistern sowie im Bereich Verkehr und Nachrichtentechnik mit einem verstärkten Zuwachs zu rechnen. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Verlauf des Jahres 2000 um 2,5 vH, im Jahresdurchschnitt um 2,7 vH zunehmen.

Nur geringfügige Besserung in Ostdeutschland

Seit der Umstellung auf das ESGV 95 stehen Angaben zur gesamtwirtschaftlichen Produktion Ostdeutschlands

nur noch auf Halbjahresbasis zur Verfügung. Nach der vorliegenden Schätzung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ für das erste Halbjahr 1999 erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt in den ostdeutschen Flächenländern im Vorjahresvergleich um 0,7 vH, während es in Westdeutschland (einschließlich Berlin) um 0,8 vH stieg.⁴

Das etwas schwächere Wachstum der ostdeutschen Produktion geht zu einem großen Teil auf die sinkende Bautätigkeit zurück. Im Bauhauptgewerbe, das in Ostdeutschland immer noch einen Anteil von knapp einem Drittel am Produzierenden Gewerbe hat (Westdeutschland 10 vH), sank die Produktion im Durchschnitt der ersten Jahreshälfte um mehr als 4 vH, im früheren Bundesgebiet dagegen nur um 1 vH. Das Verarbeitende Gewerbe, dessen Ausfuhranteil in Ostdeutschland mit 18 vH nur etwa halb so hoch ist wie in Westdeutschland, wurde von der Exportschwäche entsprechend weniger beeinflusst. So stieg die Fertigung im ersten Halbjahr um 3,4 vH, während sie in den alten Ländern um 0,8 vH sank. Im tertiären

⁴ Ordnet man Berlin, für das keine nach West und Ost getrennten Ergebnisse mehr berechnet werden, den neuen Bundesländern zu, so betragen die Wachstumsraten 0,3 vH (Ost) bzw. 0,9 vH (West).

Tabelle 2.3

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	1996	1997	1998	1999	2000
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	0,8	1,5	2,2	1,4	2,7
Erwerbstätige ²⁾ (1 000 Personen)	36 151	35 864	35 999	36 115	36 230
Westdeutschland	29 366	29 198	29 378	29 515	29 665
Ostdeutschland	6 725	6 604	6 557	6 535	6 500
Arbeitslose (1 000 Personen)	3 965	4 384	4 279	4 105	3 900
Westdeutschland	2 796	3 021	2 904	2 755	2 570
Ostdeutschland	1 169	1 364	1 375	1 350	1 330
Arbeitslosenquote ³⁾ (in vH)	9,9	10,9	10,6	10,2	9,7
Westdeutschland	8,7	9,4	9,0	8,5	8,0
Ostdeutschland	14,8	17,1	17,3	17,1	17,0
Verbraucherpreise ⁴⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	1,4	1,9	1,0	0,6	1,2
Lohnstückkosten ⁵⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	0,5	-1,1	-0,6	0,6	-0,4
Finanzierungssaldo des Staates ⁶⁾ (in Mrd. DM)	-121,2	-96,5	-64,5	-55,0	-48,0
Nachrichtlich: Finanzierungssaldo des Staates ⁷⁾ (in vH)	-3,4	-2,6	-1,7	-1,4	-1,2
Leistungsbilanzsaldo ⁸⁾ (in Mrd. DM)	-8,4	-2,4	-7,4	-9,0	5,0

¹⁾ In Preisen von 1995. — ²⁾ Im Inland; West- und Ostdeutschland: Inländer. — ³⁾ Arbeitslose in vH der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept); West- und Ostdeutschland: geschätzte Erwerbstätige nach Mikrozensus zuzüglich registrierte Arbeitslose. — ⁴⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — ⁵⁾ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995. — ⁶⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). — ⁷⁾ In vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts. — ⁸⁾ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

ren Sektor Ostdeutschlands, über den keine aktuellen amtlichen Daten vorliegen, dürfte die Entwicklung im Handel Umfragen zufolge ungünstiger als in Westdeutschland gewesen sein, in den übrigen Bereichen dagegen nicht.

Auch im zweiten Halbjahr 1999 wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland etwas schwächer als in Westdeutschland (einschließlich Berlin) steigen. Die Erzeugung der Industrie nimmt zwar weiterhin stärker zu als im Westen. Für das Bauhauptgewerbe ist aber angesichts des hohen Leerstandes an Wohn- und Geschäftsgebäuden erneut ein Rückgang zu erwarten. In den privaten Dienstleistungssparten wird die Wertschöpfung — wie schon in den vergangenen Jahren — vermutlich nicht schneller expandieren als im früheren Bundesgebiet.

Im Jahresergebnis 1999 ist in der Industrie mit einem Anstieg von 4 bis 5 vH zu rechnen, im Bauhauptgewerbe mit einem Rückgang um 4 ½ vH. Im Jahr 2000 dürfte die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland nicht mehr geringer sein als in Westdeutschland. Im Bauhauptgewerbe ist zwar nochmals ein

Rückgang — um etwa 2 vH — zu erwarten, doch nimmt die Industrieproduktion um 5 bis 6 vH zu. Im tertiären Sektor gleichen sich die Raten, außer beim Staat, weitgehend an; bei verschiedenen Unternehmensdienstleistern könnten sie sogar höher sein als in Westdeutschland.

Leichte Belegung auf dem Arbeitsmarkt

Infolge der konjunkturellen Schwäche hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt seit dem Frühjahr eingetrübt; die Zahl der Arbeitslosen ist leicht gestiegen, die der Beschäftigten⁵⁾ dürfte gesunken sein. Dabei zeigen sich zwei

⁵⁾ Die Zahl der Beschäftigten mußte für die ersten zwei Quartale dieses Jahres geschätzt werden, da wegen des geänderten Meldeverfahrens zur Erfassung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer noch keine amtlichen Zahlen vorliegen. Hierzu wurden neben den Daten des Statistischen Bundesamtes über die Zahl der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe die Angaben der Bundesanstalt für Arbeit über die registrierten Arbeitslosen, die Kurzarbeiter und die offenen Stellen sowie die primär auf demographischen Größen basierende Schätzung des Arbeitsangebots herangezogen.

schen Ost- und Westdeutschland deutliche Unterschiede: Während in den neuen Bundesländern die Zahl der Arbeitslosen kräftig zu- und die der Beschäftigten eher abnahm, expandierte die Beschäftigung in den alten Bundesländern geringfügig, während die Arbeitslosigkeit sank.

Insgesamt ist die Erwerbstätigkeit im Verlauf des Sommerhalbjahres leicht gesunken; die beträchtlichen Beschäftigungsverluste in den neuen Bundesländern konnten durch die Zunahme im früheren Bundesgebiet nicht ausgeglichen werden (Tabelle 2.4). Insbesondere in der Industrie ging die Beschäftigtenzahl während der ersten Jahreshälfte deutlich — um 40 000 — zurück. Ähnlich stark war der Personalabbau im Baugewerbe. Die Erwerbstätigkeit dürfte lediglich im Dienstleistungssektor gestiegen sein.

Im April 1999 hat der Gesetzgeber die Bedingungen für die Aufnahme von „630-Mark-Jobs“ verschlechtert. Die Attraktivität derartiger Arbeitsverhältnisse hat dadurch abgenommen, und die Zahl der Beschäftigten in diesem Segment des Arbeitsmarktes wird deshalb zurückgehen. So sank im ersten Halbjahr 1999 in einzelnen Bereichen, wie dem Einzelhandel und dem Gastgewerbe, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten. Insgesamt dürfte sich die Gesetzesänderung in der Erwerbstätigenstatistik allerdings nur in geringem Umfang niederschlagen. Etwa die Hälfte der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse — Schätzungen zufolge sind dies etwa 3 Mill. — wird stärker als zuvor fiskalisch belastet. Allerdings handelt es sich bei dem überwiegenden Teil der von der Verschlechterung betroffenen Fälle um Nebenjobs, die zusätzlich zu einem regulären sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis

Tabelle 2.4

Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	1996	1997	1998	1999	2000
Deutschland					
Erwerbstätige Inländer	36 091	35 802	35 935	36 050	36 165
Selbständige	3 839	3 914	3 994	4 025	4 065
Arbeitnehmer	32 252	31 888	31 941	32 025	32 100
Pendlersaldo	60	62	64	65	65
Erwerbstätige im Inland	36 151	35 864	35 999	36 115	36 230
Erwerbslose (nach Definition der ILO ¹⁾)	3 498	3 907	3 710	3 575	3 365
Erwerbslosenquote ²⁾	8,8	9,8	9,4	9,0	8,5
Arbeitslose (nationale Definition)	3 965	4 384	4 279	4 105	3 900
Arbeitslosenquote ³⁾	9,9	10,9	10,6	10,2	9,7
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Kurzarbeit	277	182	115	125	110
Arbeitsbeschaffung	261	213	211	240	225
Strukturanpassung ⁴⁾	92	88	175	200	190
Berufliche Vollzeitweiterbildung ⁵⁾	455	360	328	345	325
Westdeutschland					
Erwerbstätige (Inländerkonzept) ⁶⁾	29 366	29 198	29 378	29 515	29 665
Arbeitslose (nationale Definition)	2 796	3 021	2 904	2 755	2 570
Arbeitslosenquote ⁷⁾	8,7	9,4	9,0	8,5	8,0
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Kurzarbeit	206	133	81	95	80
Arbeitsbeschaffung	70	59	59	70	70
Strukturanpassung ⁴⁾	6	8	12	15	15
Berufliche Vollzeitweiterbildung ⁵⁾	248	201	179	200	190
Ostdeutschland					
Erwerbstätige (Inländerkonzept) ⁶⁾	6 725	6 604	6 557	6 535	6 500
Arbeitslose (nationale Definition)	1 169	1 364	1 375	1 350	1 330
Arbeitslosenquote ⁷⁾	14,8	17,1	17,3	17,1	17,0
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Kurzarbeit	71	49	34	30	30
Arbeitsbeschaffung	191	154	152	170	155
Strukturanpassung ⁴⁾	86	80	163	185	175
Berufliche Vollzeitweiterbildung ⁵⁾	207	159	149	145	135

¹⁾ International Labour Organization. — ²⁾ Erwerbslose in vH der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). — ³⁾ Arbeitslose in vH der inländischen Erwerbspersonen. — ⁴⁾ SGB III, §§ 272–279, 415, vor 1998 unter der Bezeichnung „Produktive Lohnkostenzuschüsse“ (AFG, §§ 242s, 249h). — ⁵⁾ Vor 1998 korrigiert und an die Abgrenzung des SGB III angepaßt, das heißt u. a. ohne Einarbeitungsmaßnahmen und ohne zweckmäßige Förderung. — ⁶⁾ Schätzung auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus. — ⁷⁾ Arbeitslose in vH der inländischen Erwerbspersonen (geschätzte Erwerbstätige nach Mikrozensus zuzüglich registrierte Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; 1999 und 2000: Prognose der Institute, Angaben gerundet.

nis ausgeübt werden. Sofern die betroffenen Personen ihren Hauptarbeitsplatz behalten, verändert sich die Zahl der Beschäftigten nicht. Ein Rückgang der Nebenjobs kann sich allerdings in der Summe der geleisteten Arbeitsstunden niederschlagen. Ebenfalls in geringem Umfang dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen von der veränderten gesetzlichen Regelung betroffen sein, da Personen, die vorher keiner sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgingen, nur einen geringen Anreiz haben, sich als arbeitslos registrieren zu lassen. Derzeit ist allerdings noch unklar, welche Anpassungsreaktionen die Neuregelung im Bereich der „630-Mark-Jobs“ auf die Erwerbstätigenzahl und das Arbeitsvolumen hat. Es ist damit zu rechnen, daß weniger dieser Beschäftigungsverhältnisse eingegangen werden, doch läßt sich der Rückgang schwer quantifizieren. Jedoch können sich aber auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen, etwa weil zuvor sozialversicherungsfreie „Minijobs“ durch sozialversicherungspflichtige Teil- oder Vollzeitbeschäftigte ersetzt werden.

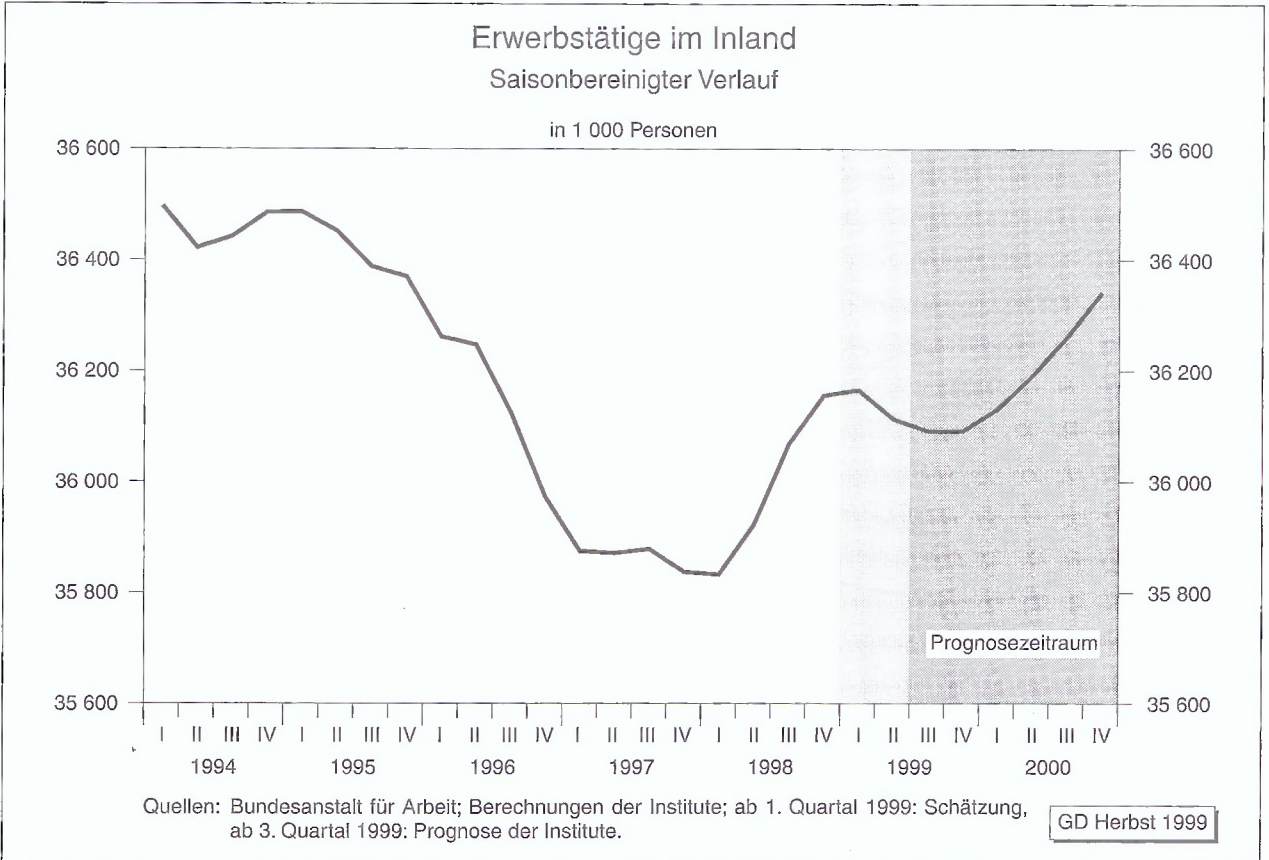
Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Verlauf des Sommerhalbjahres saisonbereinigt um 28 000. In Westdeutschland nahm sie dabei um 50 000 ab; in Ostdeutschland nahm sie hingegen kräftig zu. Neben dem anhaltenden Beschäftigungsabbau in der Bauwirtschaft, im Handel und beim

Staat wirkte sich der verringerte Einsatz von Beschäftigungsmaßnahmen aus. Während deren Teilnehmerzahl im Sommerhalbjahr 1998 um 200 000 ausgeweitet worden war, ging sie im gleichen Zeitraum dieses Jahres um 70 000 zurück. Entspannend auf den Arbeitsmarkt wirkte hingegen das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit; im September nahmen 106 000 Personen an diesem Programm teil. Insgesamt war die Zahl der Arbeitslosen im dritten Quartal mit knapp 4 Mill. um 90 000 niedriger als im Vorjahr; in der Abgrenzung des ESVG 95 betrug die Zahl der Erwerbslosen 3,49 Mill.

Im Prognosezeitraum wird die Erwerbstätigkeit leicht steigen (Abbildung 2.3). Die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Industrie dürfte nach den Auftragssteigerungen in den vergangenen Monaten kaum mehr sinken und im Dienstleistungssektor weiter zunehmen. Im Verlauf dieses Jahres ergibt sich noch eine Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen um über 60 000, im Durchschnitt von 1999 hingegen erhöht sie sich wegen des zu Jahresbeginn noch hohen Niveaus um rund 115 000. Einen Zuwachs gibt es jedoch nur in Westdeutschland; in Ostdeutschland geht sie um 20 000 zurück.

Im Jahr 2000 werden die Unternehmen die Produktion immer weniger durch eine Reduzierung von Kurzarbeit oder durch eine Ausdehnung der Arbeitszeit steigern

Abbildung 2.3



können, so daß die Erwerbstätigkeit wieder zunehmen wird. Träger des Beschäftigungsaufschwungs bleibt der tertiäre Sektor, insbesondere die Unternehmensdienstleister sowie der Bereich Verkehr und Nachrichtentechnik. In der Industrie erfolgt der Beschäftigungsaufbau erst allmählich, im Baugewerbe läßt der Stellenabbau nach. Alles in allem wird sich die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresverlauf um 250 000 erhöhen; dies entspricht einer Steigerung um 115 000 Personen bzw. 0,3 vH im Jahresdurchschnitt. Allerdings wird es dabei in Ostdeutschland zu einer weiteren Reduzierung um etwa 35 000 Personen kommen, hiervon rund 25 000 auf dem zweiten Arbeitsmarkt.

Die Zahl der Arbeitslosen geht im Prognosezeitraum stärker zurück, als die der Erwerbstätigen steigt (Abbildungen 2.4 und 2.5). Dies ist hauptsächlich auf die weitere demographisch bzw. wanderungsbedingte Verminderung des Erwerbspersonenpotentials und — in Ostdeutschland — auf den Rückgang der Erwerbsbeteiligung zurückzuführen. In diesem Jahr dürfte die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt um reichlich 170 000 auf 4,11 Mill. abnehmen; in Westdeutschland sinkt sie um knapp 150 000 auf 2,76 Mill., in Ostdeutschland auf 1,35 Mill. Für das Jahr 2000 ist ein beschleunigter Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Der Einsatz der aktiven Ar-

beitsmarktpolitik wird auf hohem Niveau fortgeführt, und das Programm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit soll bis zum Jahr 2001 verlängert werden. Unter diesen Voraussetzungen und unter Berücksichtigung der hier unterstellten Abnahme des Erwerbspersonenpotentials⁶ wird sich die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2000 um knapp 210 000 verringern.

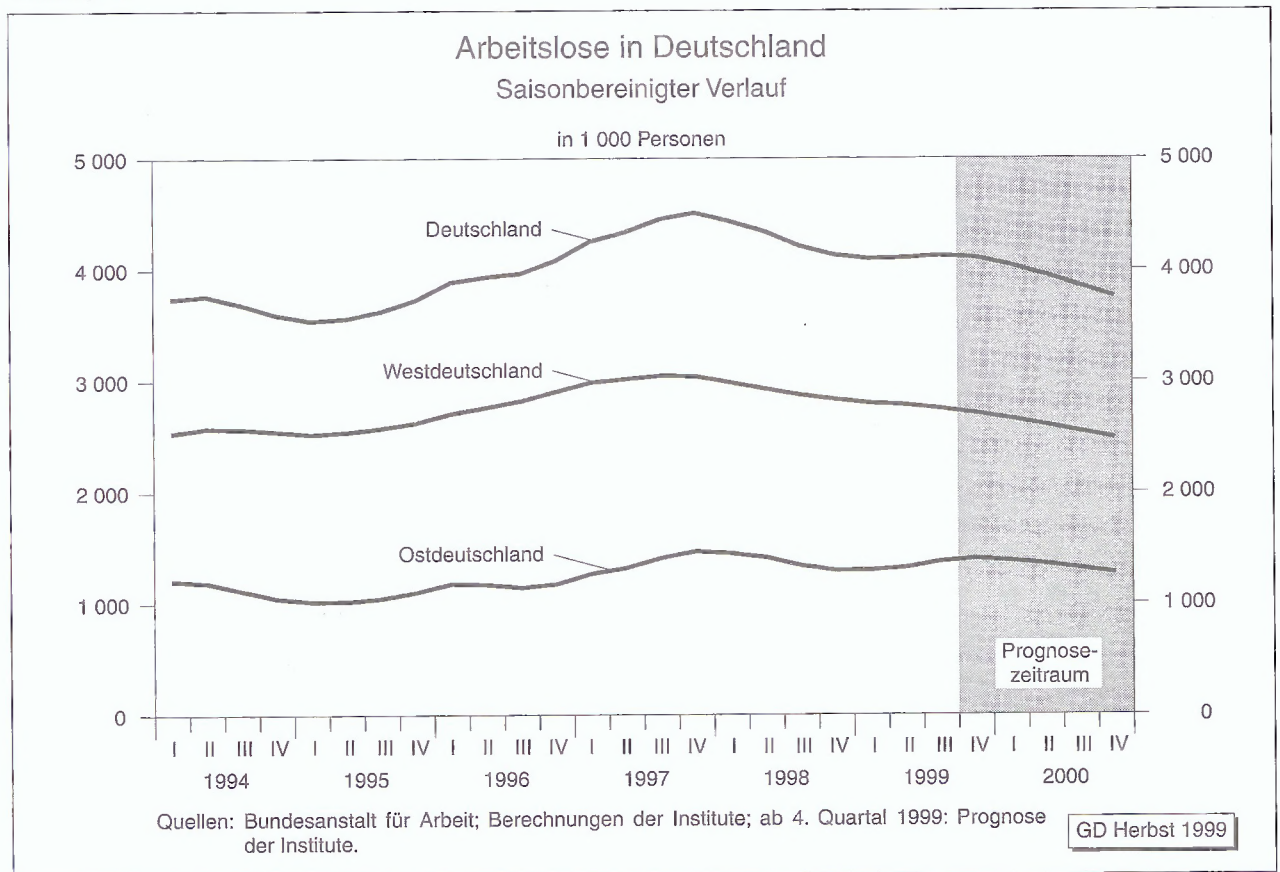
Leistungsbilanz aktiviert sich

Die reale Wareneinfuhr wurde im bisherigen Jahresverlauf kräftig ausgeweitet. Ihre Expansion wird sich im Prognosezeitraum aufgrund der konjunkturellen Aufwärtsbewegung fortsetzen. Im Jahresdurchschnitt nimmt die reale Wareneinfuhr in diesem Jahr um 4 ½ vH und im kommenden um 5 ½ vH zu. Die Importpreise sind im bisherigen Jahresverlauf kräftig gestiegen, und trotz erwarteter Abflachung des Anstiegs werden sie sich auch im Prognosezeitraum stärker erhöhen als die Ausfuhrpreise.

Der Überschuß in der Handelsbilanz wird weiter zunehmen, auf 137 Mrd. DM in diesem und knapp 160 Mrd. DM

⁶ Für 1999 wurde ein Rückgang um 170 000 Personen unterstellt, für 2000 um 275 000.

Abbildung 2.4



im nächsten Jahr (1998: 126 Mrd. DM). Allerdings werden sich die Fehlbeträge im Dienstleistungsverkehr und bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen ausweiten. In diesem Jahr wird das Defizit in der Leistungsbilanz mit 9 Mrd. DM ähnlich hoch sein wie im vergangenen Jahr (-7,4 Mrd. DM). Im nächsten Jahr dürfte sich die Leistungsbilanz aktivieren; es ist mit einem geringen Überschuß (5 Mrd. DM) zu rechnen.

Rückführung des staatlichen Budgetdefizits kommt voran

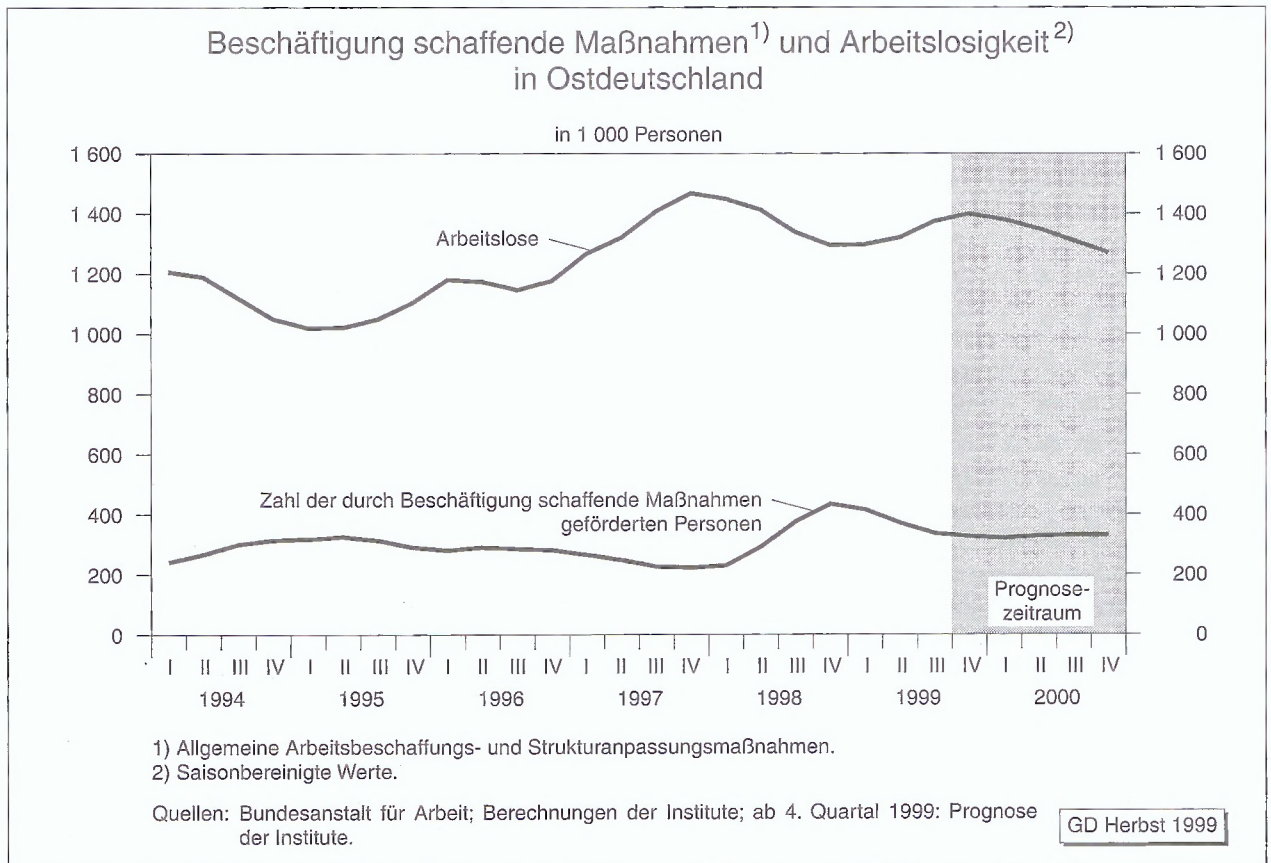
Die Bundesregierung hatte unmittelbar nach den Wahlen im Herbst 1998 den Konsolidierungskurs etwas gelockert. So wurden Staatsausgaben, wie das Kindergeld (um 5,8 Mrd. DM) und die Aufwendungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik (um 6,3 Mrd. DM), ausgeweitet und Sparmaßnahmen der alten Regierung, insbesondere die Einführung des demographischen Faktors bei der Rentenberechnung und die Erhöhung der Zuzahlung bei Arzneimittelkäufen in der gesetzlichen Krankenversicherung, zurückgenommen. Ausgabensteigernd wirkt im Jahr 1999 auch, daß der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst erheblich höher ausgefallen ist als in den Vorjahren und der

Beitragssatz für die Zusatzversorgung der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst angehoben wurde. Außerdem muß der Bund die bei den Pensionskassen der Post-Nachfolgeunternehmen aufgelaufenen Haushaltsfehlbeträge (8,2 Mrd. DM) und die im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt entstehenden Mehraufwendungen tragen. Die öffentlichen Investitionen werden — begünstigt durch die verbesserte Finanzlage der Gemeinden — erstmals seit 1992 wieder ausgeweitet. Dagegen entlasten die weitere Reduzierung des Personalbestandes, die niedrigere durchschnittliche Verzinsung der Staatsschuld sowie die — im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 1998 — geringere Zahl der Arbeitslosen die öffentlichen Haushalte. Insgesamt nehmen die Staatsausgaben in diesem Jahr mit 2,7 vH stärker zu als in den Vorjahren.

Im kommenden Jahr stellt die Bundesregierung die Rückführung der Haushaltsfehlbeträge in den Mittelpunkt ihrer Finanzpolitik. Dazu hat sie ein Sparpaket beschlossen, das durch ein umfassendes Bündel von Maßnahmen den Bundeshaushalt im Jahr 2000 um 30 Mrd. DM und in den Folgejahren um noch höhere Beträge entlasten soll.⁷ Dieses Paket enthält allerdings, wie im Exkurs unten im

⁷ Für die nächsten vier Jahre ist insgesamt ein Entlastungsbeitrag von reichlich 160 Mrd. DM geplant.

Abbildung 2.5



einzelnen ausgeführt wird, eine Reihe von „Luftbuchungen“. Zudem wird ein Teil der Ausgaben auf andere öffentliche Haushalte verschoben, und es ist noch offen, in welchem Maße diese hierauf mit einer Intensivierung der Einsparbemühungen bzw. mit einer Ausweitung ihrer Defizite reagieren. Freilich profitieren die Sozialversicherung von der im Rahmen des Sparpakets geplanten Begrenzung der Rentenerhöhung auf den Inflationsausgleich und die Länder und Gemeinden von der Begrenzung der Erhöhung der Beamtengehälter sowie — entsprechend ihres Anteils am Steueraufkommen — vom Abbau von Steuervergünstigungen. Das direkte Einsparvolumen bei Bund, Ländern und Gemeinden sowie der Sozialversicherung beläuft sich im Jahr 2000 nach den Berechnungen der Institute auf knapp 21 Mrd. DM.

Der Anstieg der Staatsausgaben wird sich im nächsten Jahr infolge des Sparpakets abflachen. Allerdings kommt es auch zu Mehrausgaben, vor allem durch die weitere Aufstockung des Kindergeldes (3,8 Mrd. DM) sowie durch die deutsche Beteiligung am Stabilitätspakt für Osteuropa (2,3 Mrd. DM). Insgesamt wird die Zunahme der Staatsausgaben im Jahr 2000 mit 1 ½ vH — anders als 1999 — deutlich hinter dem Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsprodukts (von reichlich 3 ½ vH) zurückbleiben. Damit wird die Staatsquote von 48,5 vH (1999) auf 47,5 vH (2000) zurückgeführt. Der im „Deutschen Stabilitätsprogramm“ für das Jahr 2002 anvisierte Zielwert beträgt 45 vH.

Während die Rückführung der Staatsquote vorankommt, steigt die gesamtwirtschaftliche Steuer- und Abgabenbelastung. Den Entlastungen bei direkten Steuern und Sozialabgaben stehen in den Jahren 1999 und 2000 höhere Belastungen insbesondere aus der Anhebung der Mineralöl- und der Stromsteuer sowie der Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlagen gegenüber. Infolge von Rechtsänderungen dürften die Steuern und Sozialabgaben in diesem und im kommenden Jahr per saldo um 14 bzw. 16 Mrd. DM höher ausfallen als im Jahr 1998 (Tabelle 2.5). Die für das Jahr 2000 geplante steuerliche Entlastung der Unternehmen wird um ein Jahr hinausgeschoben, obwohl sie angesichts der im Rahmen der dreistufigen Steuerreform 1999/2000/2002 gestiegenen Belastung als besonders dringlich angesehen wurde.

Die Staatseinnahmen steigen 1999 um 3 ½ vH. Der Zuwachs ist neben den aus Rechtsänderungen resultierenden Mehreinnahmen auch darauf zurückzuführen, daß aufkommensmindernde Faktoren im Zusammenhang mit der Investitionsförderung in Ostdeutschland weiter an Gewicht verlieren. Die Zunahme der Steuereinnahmen beträgt knapp 7 vH. Damit erhöht sich die gesamtwirtschaftliche Steuerquote um einen Prozentpunkt auf 24,1 vH. Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen werden lediglich um ½ vH zunehmen. Dazu trägt vor allem bei, daß der Beitragssatz zur Rentenversicherung zum 1.4.1999 im Rahmen der Ökosteuereform von 20,3 auf 19,5 vH gesenkt wurde. Aufkommenssteigernd wirkt, daß die

Sozialversicherungspflicht auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und auf „Scheinselbständige“ ausgeweitet wurde.

Im Jahr 2000 dürften die Staatseinnahmen insgesamt um knapp 2 vH zunehmen. Die aus Rechtsänderungen resultierenden zusätzlichen Mehreinnahmen fallen erheblich geringer aus als im laufenden Jahr. Der Anstieg des Steueraufkommens wird knapp 3 ½ vH betragen. Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen werden sich auch im kommenden Jahr mit 1 vH deutlich schwächer erhöhen als die Bruttolöhne und -gehälter. Dazu trägt vor allem bei, daß der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung weiter auf 19,3 vH zurückgeführt werden dürfte und im Zuge des Sparpakets die Beiträge für Arbeitslosenhilfempfänger kräftig gesenkt werden.

Alles in allem wird sich die Finanzlage des Staates im Jahr 1999 trotz der in der ersten Jahreshälfte etwas schwächeren Konjunktur weiter verbessern. Nicht zuletzt aufgrund der erhöhten Steuereinnahmen dürfte das Budgetdefizit (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen in der Abgrenzung des ESVG 95) von 65 auf 55 Mrd. DM sinken. Bei wieder besserer Konjunktur und Umsetzung des Sparpakets kann für das nächste Jahr mit einem weiteren Abbau der Haushaltsfehlbeträge auf knapp 50 Mrd. DM gerechnet werden. Die Defizitquote verringert sich damit von 1,7 vH (1998) über 1,4 vH im Jahr 1999 auf 1,2 vH im Jahr 2000; sie liegt damit um 0,6 bzw. 0,8 Prozentpunkte unter der von der Bundesregierung in ihrem Stabilitätsprogramm für diese Jahre anvisierten Quote von jeweils 2 vH. Das für das Jahr 2003 angestrebte Ziel von 1 vH wird so schon im kommenden Jahr fast erreicht.

Die Nettokreditaufnahme des Bundes (in finanzstatistischer Abgrenzung) dürfte im Jahr 1999 mit 47,5 Mrd. DM deutlich unter dem im Haushaltsplan angesetzten Wert (53,5 Mrd. DM) liegen. Entscheidend dafür sind die im Vergleich zu den Haushaltsansätzen höheren Steuereinnahmen sowie der geringere Zuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit. Im Jahr 2000 dürfte die Neuverschuldung des Bundes weiter auf 42 Mrd. DM sinken. Sie würde damit deutlich geringer ausfallen als die Investitionsausgaben des Bundes, die im Haushaltsplan mit einem Volumen von 57,6 Mrd. DM angesetzt sind und die nach Artikel 115 Grundgesetz die Obergrenze für die Nettokreditaufnahme bilden.

Exkurs: Zum Sparpaket der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat für den Bundeshaushalt 2000 ein umfangreiches Sparpaket beschlossen, das in der Summe zu Einsparungen in Höhe von 30 Mrd. DM führen soll. Bei näherer Betrachtung zeigt sich, daß die Einspar-effekte geringer ausfallen, als sie von der Bundesregierung beziffert werden. Das Programm enthält eine Reihe von Maßnahmen, die keine echten Einsparun-

Tabelle 2.5

Veränderungen bei Steuern und Sozialabgaben gegenüber 1998
Haushaltsentlastung bzw. -belastung (–) in Mrd. DM

	1999	2000	2001	2002
Steuern	18,71	26,14	22,06	10,01
Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums ab 1. 1. 1999 (Jahressteuergesetz 1996)	–4,38	–4,45	–4,52	–4,60
Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zum 1. 4. 1998	6,00 ^{a)}	6,86 ^{a)}	7,60 ^{a)}	8,40 ^{a)}
Unternehmenssteuerreform vom 29. 10. 1997	2,60 ^{a)}	2,30 ^{a)}	0,00	0,00
Steueränderungsgesetz 1998, Steuerentlastungsgesetz 1999, Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 ¹⁾	6,40	3,81	5,27	–12,79
– Steuersatzsenkungen	–4,40	–20,47	–26,69	–49,21
– Verbreiterung der Bemessungsgrundlage	10,80	24,28	31,96	36,42
Ökologische Steuerreform (einschließlich der Umsatzsteuermehreinnahmen)	9,74	20,23	26,48	32,61
– 1. Stufe	9,74	14,31	14,30	14,28
– zukünftige Stufen	–	5,92	12,18	18,33
Steuerbefreiung von Entgelten aus geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen	–1,65	–2,50	–2,50	–2,50
Neuordnung des Familienleistungsausgleichs ¹⁾	–	–	–1,54	–1,73 ^{b)}
Maßnahmen im Rahmen des Steuerbereinigungsgesetzes	–	–0,23	–1,20	–2,08
Senkung der Einkommenshöchstgrenze bei der Eigenheimzulage	–	0,12	0,47	0,70
Unternehmenssteuerreform 2001	–	–	–8,00	–8,00
Sozialabgaben	–4,50	–10,00	–11,60	–13,00
Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 20,3 auf 19,5 vH (1. 4. 1999), auf 19,3 vH (1. 1. 2000), 19,2 vH (1. 1. 2001) und 19,1 vH (1. 1. 2002)	–8,50	–16,00	–17,60	–19,00
Einführung der Beitragspflicht für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und Scheinselbständige	4,00	6,00	6,00	6,00
Saldo	14,21	16,14	10,46	–2,99
nachrichtlich: Erhöhung des Kindesgeldes im Rahmen				
– des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002	–6,40	–5,80	–5,80	–5,80
– der Neuordnung des Familienleistungsausgleichs	–	–3,80	–3,80	–3,80

¹⁾ Ohne Änderungen beim Kindergeld; das Kindergeld wird in der ESVG als Sozialleistung, in der Finanzstatistik als negatives Steueraufkommen gebucht. — ^{a)} Die zu erwartenden Mindereinnahmen durch die steuerliche Berücksichtigung des zum Kinderexistenzminimum gehörenden Erziehungsbedarfs von 2002 an werden wegen der ausstehenden Entscheidung der Bundesregierung nicht berücksichtigt.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen der Institute.

gen sind, weil sie als Differenz zu unrealistisch hohen Ausgangswerten ermittelt wurden. Hierzu zählen u. a. Ausgaben, die vermutlich nicht im genannten Umfang getätigt worden wären. So wird im Sparpaket die Streichung der Zuschüsse an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) als Einsparung gewertet. Tatsächlich sind diese Zuschüsse gar nicht mehr erforderlich, weil sich die BvS seit Jahren aus Privatisierungserlösen und Kapitalrücklagen selbst finanziert. Ähn-

lich zu bewerten sind Kürzungen solcher Mittel, die zwar im Finanzplan enthalten sind, aber in der Vergangenheit nicht voll abgerufen wurden. Hierzu zählen beispielsweise das Programm für das Meister-BAföG, die Eigenkapitalhilfeprogramme für neue Unternehmen und die Zinszuschüsse an das ERP-Sondervermögen.

Darüber hinaus stellen die erwarteten Minderausgaben von Personalverstärkungsmitteln durch eine begrenzte Besoldungsanpassung für Beamte und Versorgungsemp-

Tabelle 2.6

Auswirkungen des Sparpakets der Bundesregierung auf die öffentlichen Haushalte im Jahr 2000
in Mill. DM

	Ein- sparungen	Überwäl- zungen ¹⁾	Haushalts- entlastung, Haushalts- belastung (-)	Zweifelhafte („Luft- buchungen“)	Sparpaket insgesamt
Bund	14 391	11 547	25 938	4 142	30 080
Auswärtiges	271		271		271
Verteidigung	3 494		3 494		3 494
dar.: Globale Minderausgabe	2 228		2 228		2 228
Arbeitsförderung	3 700	8 800	12 500		12 500
Senkung SV-Beiträge für Arbeitslosenhilfe- empfänger		4 500	4 500		4 500
Wegfall originärer Arbeitslosenhilfe	500	500	1 000		1 000
Einsparung von ABM-Ost	800		800		800
Kürzung Bundeszuschuß Rentenversicherung		3 800	3 800		3 800
Globale Minderausgabe	2 400		2 400		2 400
Soziales	387	492	879		879
Aufwendungen für Unterhaltsvorschuß		218	218		218
Zivildienst	387	274	661		661
Wirtschaftsförderung	560		560		560
Zuwendungen an BvS			0	915	915
Landwirtschaft	857		857		857
Verkehr	606		606		606
Sonstige Baumaßnahmen	64		64		64
Wohngeld		2 255	2 255		2 255
Personalverstärkungsmittel	327		327	1 673	2 000
ERP, Lastenausgleich			0	615	615
Umstellung BAföG-Darlehen			0	500 ^{a)}	500
Eigenheimförderung	73		73	379	452
Hochschulen, Forschung	609		609		609
Internationale Zusammenarbeit	577		577		577
Veräußerung von Liegenschaften			0	60	60
Erstattung Personalkosten Bahnpolizei	250		250		250
Sonstige globale Minderausgaben	370		370		370
Sonstiges	2 246		2 246		2 246
nachr.: Globale Minderausgaben insgesamt	4 998				
Länder und Gemeinden	1 900	-3 247	-1 347		-1 347
Übernahme Bundesanteil Wohngeld		-2 255	-2 255		-2 255
Wegfall originärer Arbeitslosenhilfe		-500	-500		-500
Aufwendungen für Unterhaltsvorschuß		-218	-218		-218
Zivildienst		-274	-274		-274
Begrenzung des Einkommenszuwachses für Beamte	1 400		1 400		1 400
Minderausgaben Sozialhilfe wegen Kindergeld- erhöhung	500		500		500
Sozialversicherungen	4 500	-8 300	-3 800		-3 800
Senkung der Rentenanpassung auf Inflationsrate	4 500		4 500		4 500
Kürzung Bundeszuschuß Rentenversicherung		-3 800	-3 800		-3 800
Senkung SV-Beiträge für Arbeitslosenhilfe- empfänger		-4 500	-4 500		-4 500
Staat insgesamt	20 791	0	20 791	4 142	24 933

^{a)} Die Umstellung der BAföG-Staatsdarlehen auf Bankdarlehen wurde den „Luftbuchungen“ zugeordnet, weil bei Darlehen den Ausgaben bei der Vergabe Einnahmen bei der Rückzahlung folgen, so daß der Bundeshaushalt durch diese Umstellung auf lange Sicht nicht entlastet wird. — ¹⁾ Überwälzung von Lasten des Bundes auf nachgelagerte Haushalte, Belastung nachgelagerter Haushalte infolge der Überwälzung (—).

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen der Institute.

fänger — sie werden im Sparpaket mit 2 Mrd. DM angesetzt — nur zu einem Teil echte Einsparungen dar. Lediglich die Differenz zwischen der beabsichtigten geringeren Anpassung der Besoldung für die Beamten und den in den Tarifverhandlungen für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes noch zu vereinbarenden Abschlüssen kann als Einsparung angesetzt werden, weil sich im allgemeinen die Erhöhung der Beamtengehälter an diesen Abschlüssen orientiert. Legt man die von den Instituten erwartete Gehaltssteigerung im öffentlichen Dienst von 2 vH zugrunde, dann kann beim Bund als Einsparung bei den Personalverstärkungsmitteln ein Betrag von 327 Mill. DM angesetzt werden. Der Differenzbetrag (1,673 Mrd. DM) erscheint daher in der Tabelle 2.6 als Luftbuchung. Auch die Abschaffung des Vorkostenabzugs bei der Eigenheimförderung wird im Sparpaket als zusätzliche Einsparung gewertet, obwohl sie bereits als Sparmaßnahme im Steuerentlastungsgesetz beschlossen worden war. Ferner wird ein gewichtiger Teil der geplanten Einsparungen im Sparpaket als globale Minder Ausgaben ausgewiesen (5 Mrd. DM); es ist noch offen, ob sie in vollem Umfang realisiert werden.

Neben den Luftbuchungen findet sich im Sparpaket eine Reihe von Maßnahmen, die zwar zu Einsparungen im Bundeshaushalt, nicht aber beim Staat führen, da Ausgaben vom Bund auf Länder-, Gemeinde- oder Sozialversicherungshaushalte überwältzt werden. Dies gilt z. B. für die beabsichtigte Reduzierung der Bemessungsgrundlage der Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitslosenhilfempfänger (4,5 Mrd. DM); im Endeffekt entstehen da-

durch Einnahmeverluste bei der Sozialversicherung. Aus dem Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe resultieren zusätzliche Ausgaben bei den Kommunen.

Besonders stark belastet werden die Gemeinden, da sie künftig den Anteil des Bundes am Wohngeld für Sozialhilfeempfänger (2 ½ Mrd. DM) bestreiten müssen. Von der Verschiebung der Lasten sind darüber hinaus neben den Gemeinde- und Sozialversicherungshaushalten weitere, nicht zum Staat rechnende Institutionen betroffen: Die geplanten Einsparungen im Zivildienst führen zu Mehrbelastungen bei Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, während die Kürzungen von Erstattungen für die Bahnpolizei künftig von der Deutsche Bahn AG getragen werden müssen.

Entscheidend für die konjunkturellen Wirkungen des Sparpakets ist die Frage, inwieweit die Maßnahmen zu echten Einsparungen führen. Wichtig ist auch, wie diejenigen Haushalte, die von Überwälzungen betroffen sind, hierauf reagieren. Die Einsparungen aller öffentlichen Haushalte als direkte Folge des Sparpakets können mit knapp 21 Mrd. DM veranschlagt werden. Zudem dürften die von den Überwälzungen des Bundes betroffenen Haushalte auf die höheren Lasten mit zusätzlichen Konsolidierungsanstrengungen reagieren, so daß sich das Einsparvolumen insgesamt auf rund 23 Mrd. DM belaufen dürfte. Unterstellt man ferner, daß von einem Teil der — im Vergleich zur Finanzplanung ermittelten — Minder Ausgaben keine kontraktiven Nachfrageeffekte zu erwarten sind, dann dürfte der restriktive Konjunkturimpuls des Sparpakets bei 16 bis 17 Mrd. DM bzw. 0,4 vH des Bruttoinlandsprodukts liegen.

3. Zur Wirtschaftspolitik

Die deutsche Wirtschaft dürfte die Konjunkturschwäche bald überwunden haben. Maßgeblich dafür sind die Verbesserung der weltwirtschaftlichen Lage und die günstigen monetären Rahmenbedingungen. Entscheidend ist nun, daß die Aufwärtsbewegung, die nach 1994 immer wieder unterbrochen wurde, sich auf längere Frist fortsetzt. Zwar sind externe Störungen, wie die jüngsten Krisen in wichtigen Teilen der Welt, auch in Zukunft nicht auszuschließen. Doch kann die Wirtschaftspolitik das Ihre tun, um die internen Voraussetzungen für einen langanhaltenden und spannungsfreien Aufschwung zu verbessern und damit die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken. Aus dem diagnostizierten Wiederanspringen der Konjunktur läßt sich jedenfalls nicht schließen, daß sich die fundamentalen Probleme nun auflösen.

Insbesondere ist der Trend des Wirtschaftswachstums niedriger als in früheren Jahrzehnten, und die Arbeitslosigkeit bleibt hartnäckig hoch. In beiderlei Hinsicht schneidet Deutschland im Vergleich zu den USA, aber auch zu einer Reihe von europäischen Ländern schlecht ab. In jüngster Zeit sind zwar einige Ansätze für eine stärker wachstums- und beschäftigungsorientierte Politik zu erkennen; einige Maßnahmen, die durchgeführt wurden oder derzeit diskutiert werden, sind aber kontraproduktiv im Hinblick auf Wachstum und Beschäftigung. Die Institute plädieren für eine offensive Strategie. Der Wachstumstrend wird gegenwärtig von vielen Institutionen auf knapp 2 vH geschätzt. Die wirtschaftspolitischen Instanzen sollten auf eine deutliche Verstärkung hinwirken; die Institute halten eine Rate von 3 vH auf die mittlere Frist für erreichbar. Insbesondere sollten Maßnahmen darauf ausgerichtet sein, die Zahl der Beschäftigten um jährlich 1 bis 2 vH steigen zu lassen. Solche Ziele sind zwar ehrgeizig, aber keineswegs unrealistisch, wie ein Blick auf das Ausland zeigt. Allerdings läßt sich eine höhere Wachstums- und Beschäftigungsdynamik nicht sofort erreichen; vielmehr braucht eine entsprechende Politik Zeit, bis die erwünschten Wirkungen voll zum Tragen kommen. Jedoch spricht alles dafür, die Weichen für eine langanhaltende kräftige Aufwärtsentwicklung jetzt zu stellen, damit — für alle erkennbar — schon frühzeitig Fortschritte auf dem Weg dorthin erzielt werden.

Die Bedingungen für einen solchen Neustart in der Wirtschaftspolitik sind angesichts des beginnenden Aufschwungs günstig. Allerdings ist Mut zu offensiven Maßnahmen notwendig. Die aktuelle Diskussion der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger läßt vielfach ein defensives Denken erkennen. So spielt in der Lohnpolitik die Verkürzung der Arbeitszeit und die Umverteilung der Arbeit eine zentrale Rolle, nicht aber die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Eine offensive Strategie dagegen würde nicht zuletzt die Probleme der Sozialversicherung min-

dern, weil das Beitragsvolumen infolge einer höheren Beschäftigung steigt. Vor diesem Hintergrund sind alle gutgemeinten Pläne zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit kontraproduktiv, da sie die Beschäftigten mehr belasten. Eine offensive Strategie würde nicht zuletzt die Chancen erhöhen, daß in Ostdeutschland wieder mehr wirtschaftliche Dynamik entsteht.

Der Finanzpolitik kommt die wesentliche Aufgabe zu, die Weichen für mehr Wachstum zu stellen. In den vergangenen Jahren spielte im Hinblick auf die EWU die Orientierung an den Budgetdefiziten eine zentrale Rolle. Die Defizite wurden auch tatsächlich reduziert; doch wurde dies teilweise über eine höhere Belastung mit Steuern und Abgaben erreicht, ferner wurden die Ausgaben gekürzt, auch zu Lasten zukunftssträchtiger Investitionen. Diese Politik hat die Lage der öffentlichen Haushalte kurzfristig zwar verbessert, die Wachstumsperspektiven wurden aber beeinträchtigt, und die Konjunktur wurde gedämpft. Mit den derzeitigen Ausgabenplänen ist die Bundesregierung, was die globale Ausrichtung betrifft, auf dem richtigen Weg. Das Sparpaket für das Jahr 2000 ist ein Anfang. Das Ziel, die Ausgaben darüber hinaus mittelfristig, also über einen Konjunkturzyklus hinweg, nur wenig steigen zu lassen, ist zu begrüßen; denn in der Folge würde die Staatsquote deutlich sinken. Allerdings setzt dies voraus, daß sich alle öffentlichen Haushalte an eine solche Leitlinie halten. Zudem muß sichergestellt werden, daß der Kurs nicht verlassen wird, wenn die Steuerquellen lebhafter sprudeln.

Bei einer sparsamen Ausgabenpolitik kann mittelfristig mehr wirtschaftliche Dynamik entstehen. Ausgabenkürzungen bedeuten nämlich jetzt oder später niedrigere Abgabensätze und damit gestärkte Leistungs- und Investitionsanreize; auf mittlere Frist entstehen dann mehr Angebot und mehr Nachfrage in der Volkswirtschaft. Ferner kommt es darauf an, an welcher Stelle gespart wird und welche Ausgaben möglicherweise aufgestockt werden. Das Prinzip sollte sein, die Ausgaben für weniger produktive Leistungen zurückzuführen; so besteht insbesondere bei den Subventionen ein erhebliches Sparpotential, das im Rahmen des Sparpakets nur zu einem Bruchteil ausgeschöpft wird. Eine Umschichtung zugunsten investiver Ausgaben und der Bildung von Humankapital würde dazu beitragen, die wirtschaftliche Dynamik zu stärken und die Beschäftigungschancen zu verbessern.

Bei dem derzeit absehbaren Pfad der Staatsausgaben dürfte das Defizit in den öffentlichen Haushalten stärker zurückgeführt werden, als es im Stabilitätsprogramm der Bundesregierung vorgesehen ist. Damit vergrößert sich der Spielraum für Abgabensenkungen. Ein erhebliches Potential hierfür ergäbe sich in den kommenden Jahren, wenn die Staatsausgaben in realer Rechnung — wie im

Rahmen dieser Wachstumsstrategie unterstellt und auch von der Bundesregierung geplant — in etwa konstant bleiben. Es wäre dann möglich, die von den Instituten immer wieder geforderte mutige Steuerreform und Senkung der Sozialabgaben anzugehen, die mit einer deutlichen Entlastung verbunden sind. Die derzeitigen Pläne der Bundesregierung reichen in dieser Hinsicht bei weitem nicht aus.

Die Institute sprechen sich auch dafür aus, die Pläne zur Unternehmenssteuerreform zu ändern. Zwar zielen sie insofern in die richtige Richtung, als die Steuersätze gesenkt und die Bemessungsgrundlage verbreitert werden sollen. Doch wird bei der Entlastung der Einkommen und der Gewinne zu selektiv vorgegangen. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung kann nicht unterschieden werden zwischen „guter“ und „schlechter“ Verwendung der Einkommen und Gewinne. Es ist nicht Sache des Staates, durch eine unterschiedliche Besteuerung auf eine bestimmte Verwendung zu zielen. Dadurch werden nicht nur neue Verzerrungen im Steuersystem geschaffen, auch wird das Steuerrecht unnötig kompliziert. Für eine starke Spreizung dieser Steuersätze gibt es keine guten ökonomischen Gründe. Eine positive Wirkung auf die Wachstumsdynamik würde hingegen von einer Senkung der Steuersätze auf breiter Front ausgehen. Dabei sollten alle Steuersätze deutlich gesenkt werden.

Umfangreiche Steuerentlastungen lassen sich nicht in einem Jahr realisieren, denn es sind die Grenzen zu beachten, die sich die Bundesregierung im Rahmen des Stabilitätsprogramms gesetzt hat. Eine „Selbstfinanzierung“ einer Steuersenkung, also eine verbesserte Einnahmensituation sowie eine Verringerung arbeitsmarktbedingter Ausgaben aufgrund des daraus entstehenden zusätzlichen Wachstums, ist empirischen Berechnungen zufolge kurzfristig nicht sehr groß. Daher könnte auch eine Steuerreform nur in mehreren Schritten verwirklicht werden. Wichtig ist aber, dieses Vorhaben frühzeitig anzukündigen und entsprechende gesetzgeberische Schritte einzuleiten. Damit entstünde bei den Steuerzahlern die Erwartung einer dauerhaft niedrigeren Belastung. Bei einem solchen Kurs in der Finanzpolitik würde es zu einer echten Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kommen: Der Staatsanteil würde zurückgeführt zugunsten einer stärkeren Entlastung bei den Steuern und Abgaben. Infolge der höheren Leistungsanreize würde es zu einer größeren Wachstumsdynamik kommen, in deren Zuge auch mehr Arbeitsplätze entstünden.

Für die Lösung des Arbeitsmarktproblems ist es wichtig, daß sich das Arbeitsvolumen vergrößert. Vor diesem Hintergrund sind alle Vorschläge zur forcierten Verkürzung der Arbeitszeit und zum frühzeitigen Ruhestand („Rente mit 60“) zu beurteilen. Sie sind nur unter unrealistischen Annahmen beschäftigungsneutral; wahrscheinlich mindern sie die Beschäftigung und die gesamtwirtschaftliche Produktion, und sie sind in der Regel mit zu-

sätzlichen Kosten für die Volkswirtschaft verbunden, die entweder von den Unternehmen, von den Beschäftigten oder allgemein den Steuerzahlern getragen werden müssen. Zu der notwendigen Erhöhung der Beschäftigungsdynamik tragen sie nichts bei.

Das Hin und Her in der Rentenpolitik hat zu einer zusätzlichen Verunsicherung geführt. Mit der Rücknahme der von der vorherigen Regierung beschlossenen Reform, welche eine demographische Komponente bei der Rentenanpassung vorgesehen hatte, ist zunächst der Eindruck entstanden, eine grundlegende Reform der Alterssicherung sei nicht notwendig. Kurze Zeit später sah sich die Regierung gezwungen, unter dem Druck der leeren Kassen die Rentenformel, nach der die Renten mit den Nettolöhnen steigen, auszusetzen und den Rentnern lediglich einen Inflationsausgleich zu gewähren; versprochen wurde eine Rückkehr zur alten Rentenformel im Jahr 2002. Damit ist die Rentenpolitik in eine Sackgasse geraten. Kehrt man nämlich wieder zu der alten Formel zurück, dann müssen in den Folgejahren, wenn die Nettolöhne wegen der Steuerentlastungen besonders kräftig steigen, die Renten entsprechend erhöht werden; in der Folge steigen dann wieder die Rentenbeiträge und damit auch die Kosten des Faktors Arbeit. Aus beschäftigungspolitischer Sicht wäre es daher sinnvoll, generell Steuerreformeffekte nicht automatisch auf die Renten durchschlagen zu lassen; dies erfordert eine Modifizierung der Rentenformel und müßte den Rentnern schon jetzt vermittelt werden.

Aber auch bei einer derart modifizierten Rentenformel sind die drängenden Fragen bei der Rentenpolitik nicht gelöst. Notwendig bleibt eine umfassende Reform der Alterssicherung. Diese ist an die zukünftigen demographischen Veränderungen anzupassen mit dem Ziel, daß die Beitragssätze der gesetzlichen Rentenversicherung und damit die Lohnnebenkosten möglichst wenig steigen. Dies impliziert, daß das effektive Renteneintrittsalter sich erhöhen muß und die Rente in Relation zum Arbeitseinkommen sinkt. Es bedeutet nicht, daß die realen Renten zurückgehen müssen. Sie werden auch weiterhin vom volkswirtschaftlichen Produktivitätszuwachs profitieren. Je früher eine derartige Reform beschlossen wird, umso eher ist es den Betroffenen möglich, die notwendige Eigenvorsorge zu treffen. Die Politik hat hier eine Bringeschuld, die endlich einzulösen ist.

Damit eine bestimmte Wachstumsrate der Volkswirtschaft mit mehr Beschäftigung einhergeht, müssen sich die Löhne an den Marktgegebenheiten orientieren. In der Lohnpolitik dürfte es im kommenden Jahr zu niedrigeren Anhebungen der Tariflöhne kommen als in diesem Jahr. Die Institute halten dies im Interesse einer höheren Beschäftigungsdynamik auch für erforderlich. Dieser Kurs der moderaten Lohnpolitik sollte auf mittlere Frist beibehalten werden, damit bei den Unternehmen mehr Planungssicherheit entsteht. Darüber hinaus ist eine größe-

re Differenzierung bei den Tariflohnanhebungen notwendig, um der unterschiedlichen Produktivitätsentwicklung Rechnung zu tragen und um die Beschäftigungschancen der Arbeitslosen zu erhöhen.

Die Europäische Zentralbank hat mit der Zinssenkung vom April dieses Jahres der Konjunktur in Europa und damit auch in Deutschland einen zusätzlichen Schub gegeben. Mit dem Wiederanspringen der Konjunktur steht die EZB vor der Frage, ob und wann sie die Zinsen erhöhen soll. Im April waren Befürchtungen eines deutlichen konjunkturellen Abschwungs und eines merklichen Unterschreitens der Zielvorgabe für die Inflation der Hauptgrund für die Zinssenkung gewesen. Diese Befürchtung gibt es nun nicht mehr; insofern könnte erwogen werden, die Zinsen sofort anzuheben. Allerdings halten die Institute es nicht für ratsam, in Hektik zu verfallen. Vielmehr muß sich die EZB bei ihren Entscheidungen nach den beiden Säulen ihrer geldpolitischen Strategie richten, also dem Referenzwert für die Geldmenge und den Inflationsspektiven für die EWU.

Die in diesem Jahr zu beobachtende Überschreitung des Referenzwerts für M3 bedeutet vermutlich nicht, daß ein nennenswerter Liquiditätsüberhang besteht. Daher ergibt sich daraus kein akuter Handlungsbedarf, zumal eine gewisse Unsicherheit über die Qualität dieses Indikators in der Startphase der Währungsunion besteht. Doch kann dieses Argument nicht auf Dauer verwendet werden. Eine Verfehlung über längere Zeit sollte die EZB nicht hinnehmen, es sei denn, sie kann hinreichend begründen, daß der Referenzpfad selbst zu niedrig angesetzt wurde. Ließe sie hingegen zu, daß der von ihr für richtig gehaltene Pfad nachhaltig überschritten wird, würde die Glaubwürdigkeit ihrer Stabilitätsorientierung leiden. Denn die EZB hat immer wieder, gestützt auf zahlreiche empirische Untersuchungen, betont, daß die Geldmenge für sie ein besonders wichtiger Indikator für die zukünftige Inflation ist.

Die Inflationsprognose der EZB bildet die zweite Säule der Strategie, bei der neben monetären Indikatoren andere Indikatoren der Nachfrage- und der Kostenseite berücksichtigt werden. Nach der Prognose der Institute wird die Inflation im Euro-Raum im kommenden Jahr bei der sich festigenden Konjunktur leicht anziehen, und zwar selbst unter Ausschluß der volatilen Preise für Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel. Dies ist ein Grund, weshalb die Leitzinsen vermutlich angehoben werden. Die Geldpolitik wird die Konjunktur auch dann immer noch leicht anregen. Weitere Zinsschritte sind abhängig davon, ob sich die Preissteigerungsrate dem Inflationsziel schneller nähert als erwartet oder es sogar zu überschreiten droht. Die EZB würde, wenn ihre Prognose dies ergäbe, die Zinsen nochmals anheben müssen, auch um ihre Glaubwürdigkeit zu wahren. Täte sie es nicht, könnte es zu gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklungen kommen, welche die Konjunktur destabilisieren. Dies wäre

beispielsweise der Fall, wenn eine höhere Inflationsrate in die Lohnabschlüsse der Tarifpartner eingeht; darauf müßte die EZB mit Zinserhöhungen reagieren. Um ihre Entscheidungen generell transparenter zu machen, wäre es sinnvoll, wenn die Inflationsspektiven nicht nur wie bisher in den Monatsberichten der Notenbank beschrieben würden. Die EZB sollte vielmehr dazu übergehen, ihre Inflationsprognosen auch zu veröffentlichen, sobald es die empirische Basis zuläßt. Dies würde die Politik besser nachvollziehbar machen und die Reputation der EZB stärken.

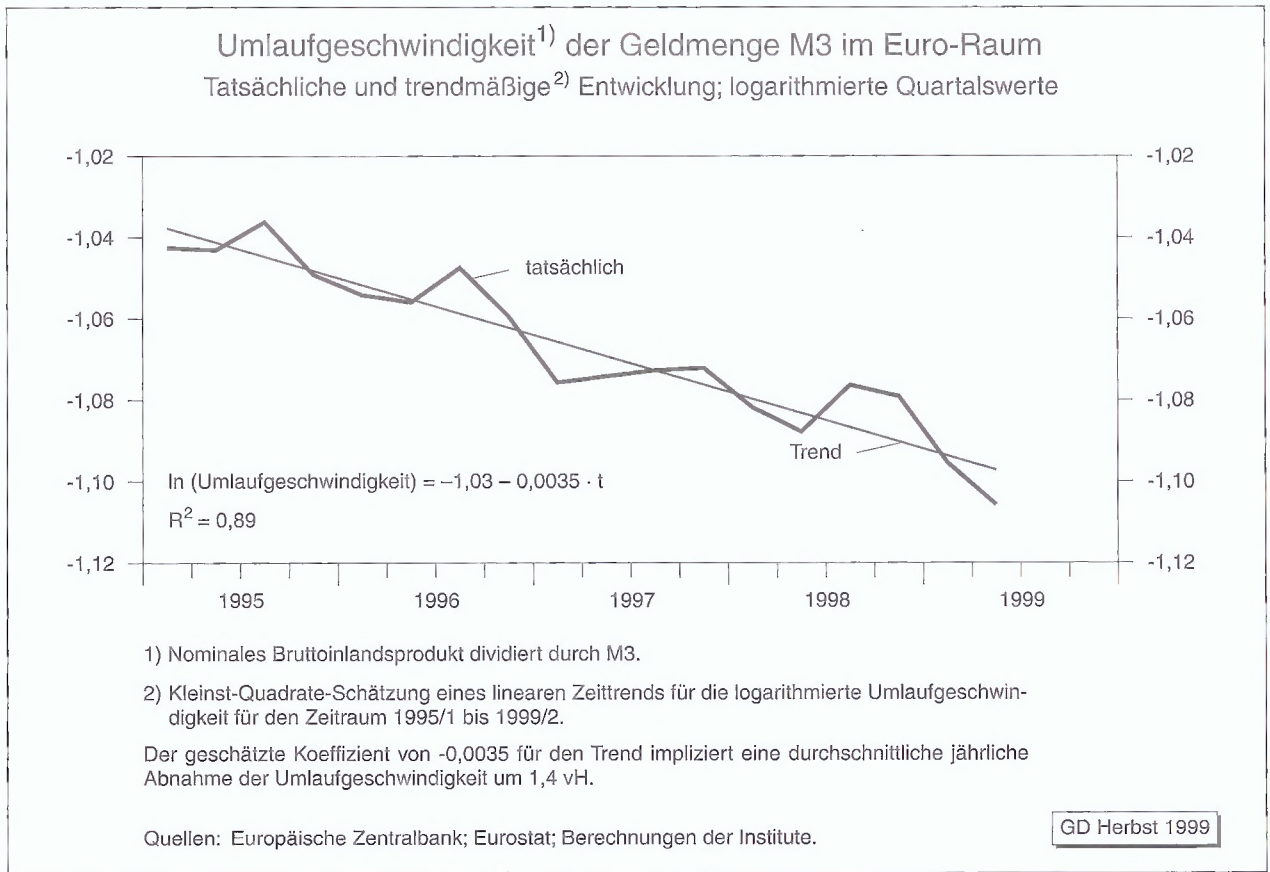
Geldpolitik

Der geldpolitische Kurs der Europäischen Zentralbank ist seit der Senkung der Leitzinsen Anfang April dieses Jahres expansiver geworden. Damit hatte die Zentralbank auf die Konjunkturschwäche in der EWU reagiert. Mit der von den Instituten prognostizierten Belebung der Konjunktur in diesem und deren Festigung im nächsten Jahr stellt sich für die Geldpolitik die Frage, ob und wie lange der gegenwärtige Kurs beibehalten werden sollte. Die Antwort ist vor allem deshalb nicht einfach, weil sich mit dem Beginn der Währungsunion die ökonomischen Rahmenbedingungen fundamental geändert haben und insofern nicht ohne weiteres auf Erfahrungen aus der Vergangenheit zurückgegriffen werden kann.

Die Institute rechnen damit, daß die EZB die Leitzinsen in der ersten Hälfte des kommenden Jahres um einen halben Prozentpunkt anheben wird. In dieser Erwartung spiegelt sich die Vermutung, daß die EZB symmetrisch auf die wirtschaftliche Entwicklung reagiert. Mit der Festigung der Konjunktur im Laufe des ersten Halbjahres 2000 entfielen der Grund für die Zinssenkung.

Angesichts der Unsicherheiten, die sich durch den Übergang zur EWU ergeben, ist die Vorsicht der EZB bei der Interpretation der von ihr selbst gesetzten Maßstäbe verständlich und gerechtfertigt. Als erste Säule ihrer geldpolitischen Strategie zieht sie die Zuwachsraten der Geldmenge M3, die einen Indikator der zukünftigen Nachfrageentwicklung darstellt, im Vergleich zu einem Referenzpfad in Betracht. Dieses Aggregat weist seit Jahresbeginn Zuwachsraten auf, die leicht über dem Referenzwert der EZB in Höhe von 4 ½ vH liegen. Zuletzt hat die Differenz etwas zugenommen, der gleitende Dreimonatsdurchschnitt für die Monate Juni bis August betrug 5,6 vH. Allerdings spricht einiges dafür, daß die bisherige Geldmengenerweiterung gleichwohl nicht auf den Aufbau eines Inflationspotentials hindeutet. So dürften die geringen Opportunitätskosten der Geldhaltung bzw. die Erwartung steigender Kapitalmarktzinsen liquide Geldanlagen begünstigt haben, so daß die zu beobachtende Geldmengenerweiterung die Entwicklung der nachfragewirksamen Liquidität tendenziell überzeichnet hat. Zudem könnte die

Abbildung 3.1



Geldhaltung bereits aufgrund der Unsicherheit über die Liquiditätsversorgung beim Übergang auf das Jahr 2000 gestiegen sein. Auch der geld- und währungspolitische Regimewechsel mahnt zu einer zurückhaltenden Interpretation. Für eine vorsichtige Handhabung spricht außerdem, daß das M3-Aggregat bislang vor allem am aktuellen Rand häufig revidiert wird.

Auch erscheint der von der EZB gewählte Referenzpfad für 1999 von 4 ½ vH etwas zu niedrig. Die EZB errechnet den Referenzwert für M3 von 4 ½ vH aus einem Zuwachs des Produktionspotentials von 2 bis 2 ½ vH, einem Aufschlag für die trendmäßige Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes von ½ bis 1 vH und einer Obergrenze des Preisniveauanstiegs von 2 vH. Für das Jahr 2000 empfehlen dagegen die Institute — wie für 1999 — einen Referenzwert für das Geldmengenwachstum von 5 vH. Dabei ist ein Wachstum des Produktionspotentials im Euro-Raum zwischen 2 und 2 ½ vH unterstellt.⁸ Für die trendmäßige Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit haben die Institute eine Spannweite von 1 bis 1 ½ vH errechnet (Abbildung 3.1); dieses Intervall liegt über dem, das die EZB Ende vergangenen Jahres der Berechnung ihres Referenzwertes zugrunde gelegt hat. Preisniveaustabilität setzen die Institute, wie implizit auch die EZB, mit einem Anstieg des Harmonisierten Verbrau-

cherpreisindex (HVPI) von 1 ½ vH an. Die bisher beobachteten Zuwachsraten von M3 lagen nur wenig über dem empfohlenen Referenzwert. Somit spricht die aktuelle Geldmengenentwicklung nicht für einen akuten Handlungsbedarf. Eine Straffung würde im Verlauf des kommenden Jahres notwendig, wenn die transaktionsbedingte zusätzliche Nachfrage im Zuge der konjunkturellen Erholung in einer weiteren Beschleunigung des Geldmengenwachstums mündete. Diese Beschleunigung ist jedoch nicht zwangsläufig.

Die zweite Säule der geldpolitischen Strategie der EZB besteht in einer Analyse der Bestimmungsfaktoren der künftigen Entwicklung des Preisniveaus. Trotz der erheblichen Rohölverteuerung und anziehender Preise für nichtenergetische Rohstoffe wird die Veränderung des HVPI mit 1 vH in diesem und 1 ½ vH im nächsten Jahr im Rahmen der Zielvorstellungen der EZB bleiben. Dabei wirkt die Erhöhung der Rohstoffpreise nur temporär auf den Verbraucherpreisanstieg. Die mittelfristige Inflationsrate — hier approximiert durch die Kerninflationsrate, bei der die volatilen Preise für unverarbeitete Nahrungsmittel

⁸ Der IWF schätzt für den Zeitraum von 1990 bis 1998 das Potentialwachstum auf 2,4 vH. Vgl. IWF, World Economic Outlook, Oktober 1999.

und Energie herausgerechnet werden (Abbildung 3.2) — wird nur eine leichte Beschleunigung aufweisen. Dämpfend wirkt insbesondere die moderate Lohnsteigerung, die bei auslastungsbedingt höheren Produktivitätszuwächsen im Verlauf des Prognosezeitraums zu einer Verlangsamung des Lohnstückkostenanstiegs führen wird. Die leichte Zunahme der Kerninflationsrate ergibt sich maßgeblich aus einem etwas erweiterten Preiserhöhungsspielraum der Unternehmen im Zuge der konjunkturellen Erholung, der allerdings vor dem Hintergrund des ausgeprägten internationalen Wettbewerbs begrenzt bleiben dürfte. Folglich besteht aus heutiger Sicht kein Grund für eine merkliche Erhöhung der Leitzinsen.

Eine hohe Bedeutung für die Beurteilung der Geldpolitik kommt auch den kurzfristigen Realzinsen zu, da sie einen wesentlichen Übertragungskanal geldpolitischer Impulse darstellen. Eine Einschätzung der Geldpolitik erfordert einen Vergleich mit langfristigen Durchschnittswerten. Diese werden für den Euro-Raum und Deutschland für jeweils drei verschiedene Zeiträume berechnet. Die Ergebnisse unterscheiden sich für die beiden Währungsräume hinsichtlich ihres Niveaus deutlich (Tabelle 3.1). Ein Vergleich der aktuellen Realzinsen im Euro-Raum mit den langfristigen Durchschnittswerten deutet darauf hin, daß die Geldpolitik derzeit expansiv ausge-

richtet ist. Mit Werten von 1,6% werden die kurzfristigen Realzinsen 1999 deutlich unter ihrem langfristigen Durchschnittswert für Deutschland liegen, die hier wegen der monetären Ankerfunktion⁹ Deutschlands zunächst einmal als Maßstab für die EWU verwendet werden.

Im Jahr 2000 werden die kurzfristigen Realzinsen trotz der prognostizierten Anhebung der Leitzinsen auf dem im langjährigen Vergleich sehr niedrigen Vorjahresniveau bleiben, da auch die Inflationserwartungen wieder zunehmen dürften. Der Kurs der Geldpolitik wird diesem Indikator zufolge also im kommenden Jahr ähnlich expansiv sein wie 1999.

Als Indikator der Ausrichtung der Geldpolitik wird vielfach auch die Taylor-Regel vorgeschlagen. Danach bestimmt sich der von einer Zentralbank zur Wahrung der

⁹ In den meisten Ländern des heutigen Euro-Raums lagen die Nominalzinsen in den vergangenen Jahren zum Teil deutlich über dem deutschen Niveau. Dies reflektierte hauptsächlich höhere Inflationserwartungen bzw. daraus resultierende Erwartungen einer Abwertung der jeweiligen Währung gegenüber der D-Mark. Mit der Übernahme der geldpolitischen Kontrolle durch die EZB und der unwiderruflichen Fixierung der Wechselkurse dürften diese Erwartungen kaum noch bestehen. Insofern erscheint es gerechtfertigt, das Realzinsniveau in Deutschland dem längerfristigen Durchschnitt zugrunde zu legen.

Abbildung 3.2



Tabelle 3.1

Kurz- und langfristige Realzinsen in Deutschland und im Euro-Raum¹⁾

	Dreimonatsgeldmarktsätze		Staatsanleihen mit 10jähr. Laufzeit	
	Nominal	Real	Nominal	Real
Deutschland				
1969–1998	6,5	3,0	7,5	4,0
1980–1998	6,4	3,6	7,2	4,4
1990–1998	5,9	3,5	6,8	4,4
Euro-Raum				
1980–1998	9,1	4,4	9,7	5,0
1990–1998	7,3	4,2	8,1	5,0
1999 ^{a)}	2,8	1,6	4,5	3,2
2000 ^{a)}	3,2	1,6	5,5	3,9

¹⁾ Zinsen für den Euro-Raum vor 1994 sind berechnet als gewogene Durchschnitte für alle Teilnehmerländer gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Landes von 1996 und 1997. Nominale Zinsen werden durch Abzug der geschätzten erwarteten Veränderungsrate der Verbraucherpreise in reale umgerechnet, wobei für die Staatsanleihen die Inflationserwartungen durch einen zentrierten gleitenden Durchschnitt über die vergangenen zwölf Monate, den laufenden Monat und die zukünftigen zwölf Monate approximiert wurden, während für die Geldmarktzinsen das gleiche Verfahren allerdings mit jeweils drei Monaten verwendet wird, um den unterschiedlichen Anlagehorizonten Rechnung zu tragen. Am aktuellen Rand werden für die Zukunftswerte Ergebnisse aus der laufenden Prognose eingesetzt. — ^{a)} Prognose der Institute.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Europäische Zentralbank; Berechnungen der Institute.

Geldwertstabilität anzustrebende kurzfristige Zinssatz als gewichtete Summe aus der Produktionslücke (relative Abweichung des Bruttoinlandsprodukts vom Produktionspotential) und der Abweichung der Preissteigerungsrate vom Inflationsziel, zuzüglich des Gleichgewichtswerts des realen kurzfristigen Zinses und der erwarteten Inflationsrate. Für die Produktionslücke in der EWU haben die Institute auf Grundlage von OECD-Schätzungen einen Wert von $-1,2$ vH in diesem und $-0,9$ vH im nächsten Jahr verwendet.¹⁰ Mit einem an Deutschland angelehnten durchschnittlichen kurzfristigen Realzins von $3,5\%$ und einer Gleichgewichtung beider Faktoren ergäbe sich für 1999 ein anzustrebender Zinssatz von $3\frac{3}{4}\%$ und für 2000 von $4\frac{1}{2}\%$. Der Dreimonats-Euribor von $2,7\%$ im Sommerhalbjahr dieses Jahres wäre nach dieser Regel also deutlich zu niedrig. Allerdings birgt die Taylor-Formel einige konzeptionelle Schwächen. So ist die häufig verwendete Gleichgewichtung beider Faktoren — wie auch jede andere Gewichtung — angreifbar. Auch die Festlegung auf den langfristigen Durchschnitt des Realzinses in Deutschland ist in dem veränderten europäischen Umfeld problematisch. Nimmt man an, daß in Zukunft die Inflationserwartungen geringer sein werden als in der Vergangenheit, dann dürfte die im Realzins enthaltene Risikoprämie und damit auch der Gleichgewichtszinssatz niedriger sein. Dann ergibt sich bei der Anwendung der Taylor-Regel ein niedrigerer Zins. Angesichts der Unsicherheiten über das Niveau erscheint daher die Betrachtung der Veränderung des Taylor-Zinses geeigneter, denn sie gibt Richtung und Ausmaß der Veränderung der Geldpolitik an. Danach müßte der kurzfristige Zinssatz im nächsten Jahr um etwa $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte steigen, was geringfügig über die von den Instituten erwartete Erhöhung hinausgeht.

Insgesamt deuten die hier diskutierten Indikatoren darauf hin, daß die Geldpolitik in der EWU derzeit expansiv ist. Bei der Frage, ob und wann die Leitzinsen erhöht werden müssen, sollte die EZB sich an den beiden Säulen ihrer geldpolitischen Strategie orientieren. Eine merkliche Erhöhung der Leitzinsen wäre nur notwendig, wenn sich im Verlauf des Prognosezeitraums eine Verletzung des Preisstabilitätsziels abzeichnete.

Finanzpolitik

In der Finanzpolitik hat sich die Bundesregierung vor allem zwei Ziele gesetzt: Zum einen soll mit einem konsequenten Sparkurs das Defizit im Bundeshaushalt in den nächsten Jahren deutlich reduziert und bis zum Jahr 2006 vollständig beseitigt werden. Damit werden auch die Schuldenquote und die Zinssteuerquote des Staates wieder zurückgehen; diese waren in den neunziger Jahren, insbesondere als Folge der Finanzierung der deutschen Einheit, stark gestiegen. Zum anderen sollen die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessert werden. Hier ist neben der schon beschlossenen Reform der Einkommensteuer, die stufenweise bis 2002 in Kraft tritt, und der Fortsetzung der ökologischen Steuerreform (Erhöhung der Steuern auf Energie zur Senkung

¹⁰ Die OECD weist bei einer Prognose des Bruttoinlandsprodukts von $2,1$ vH für 1999 eine Produktionslücke von $-1,2$ vH aus und für 2000 bei einer Prognose von $2,6$ vH eine Lücke von $-1,0$ vH. Da die Prognose der Institute für das Bruttoinlandsprodukt mit $2,8$ vH für nächstes Jahr geringfügig über der Prognose der OECD (Economic Outlook, Juni 1999) liegt, wurde die Lücke entsprechend niedriger angesetzt.

der Beiträge zur Rentenversicherung) ab 2001 eine Reform der Unternehmensbesteuerung geplant.

Zur Sparpolitik

Für den derzeitigen staatlichen Sparkurs gibt es gute Gründe. So muß sichergestellt werden, daß der Bundeshaushalt nicht mit Artikel 115 Grundgesetz in Konflikt gerät, wonach die Nettokreditaufnahme nicht höher sein darf als die Investitionsausgaben; eine Überschreitung dieser Grenze ist nur zur Abwehr eines gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichts erlaubt. Ferner ist Vorsorge für wirtschaftliche Schwächephasen zu treffen; der nicht konjunkturbedingte Teil des Defizits ist daher so weit zu senken, daß bei einem künftigen Abschwung, wenn konjunkturbedingt Mindereinnahmen und Mehrausgaben entstehen, die im Vertrag von Maastricht sowie im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Höchstgrenze für die Defizitquote (3 vH) nicht überschritten wird. Der Konsolidierungskurs soll auch dazu führen, daß die Schuldenquote, die gegenwärtig noch leicht über der im Vertrag von Maastricht festgelegten Obergrenze von 60 vH liegt, sinkt. In der Phase der Defizitrückführung ist allerdings die Flexibilität der öffentlichen Haushalte eingeschränkt.

Beim Bund dürfte die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr um etwa 6 Mrd. DM und im nächsten Jahr um rund 15 Mrd. DM geringer sein, als die Obergrenze nach Artikel 115 Grundgesetz zuläßt. Die Defizitquote des Staates insgesamt in der Abgrenzung des ESVG 95 sinkt von 1,7 vH im Jahr 1998 über 1,4 vH im Jahr 1999 auf 1,2 vH im Jahr 2000. Das für 2002 angestrebte Defizitziel (1 vH) wird danach also schon im kommenden Jahr fast erreicht. Der Abstand zu der Defizitobergrenze von 3 vH steigt auf beinahe 2 Prozentpunkte; dies dürfte ausreichend sein, um bei einem etwaigen Abschwung und einem konjunkturbedingten Anstieg des Defizits diese Grenze einzuhalten.¹¹ Auch wird die Schuldenquote wieder sinken.

Gemessen an den fiskalischen Zielen dürfte der derzeitige Sparkurs also erfolgreich sein. Angesichts des vergrößerten Spielraums können und sollten in Zukunft die öffentlichen Haushalte der gesamtwirtschaftlichen Lage wieder besser Rechnung tragen. Dies bedeutet, daß in Boomphasen die konjunkturbedingten Mehreinnahmen nicht verausgabt, sondern zur Schuldentilgung verwendet werden, während in Abschwungphasen ein konjunkturbedingter Anstieg des Defizits hingenommen wird. Auf diese Weise könnten die automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte in Zukunft wieder voll wirken, und die Konjunktur würde verstetigt. Dies war in der Vergangenheit häufig nicht der Fall. Der derzeitige Sparkurs schafft also wieder bessere Bedingungen für ein konjunkturgeRechtes Verhalten der Finanzpolitik.

Da sich der Rückgang des staatlichen Budgetdefizits nach der Prognose der Institute schneller vollzieht als im „Deutschen Stabilitätsprogramm“ der Bundesregierung

vorgesehen, gibt es mehrere Optionen für die Finanzpolitik. Eine Option besteht darin, auf dem bisherigen Weg fortzufahren und das Defizit und die Schuldenquote schneller zu verringern. Eine zweite Option wäre, den vergrößerten Spielraum für eine deutliche Senkung der Abgaben zu nutzen. Eine dritte Option bestünde darin, den Sparkurs zu lockern. Sie verstößt aber gegen das Ziel der Bundesregierung, die Staatsausgabenquote mittelfristig auf 45 vH des Bruttoinlandsprodukts zu senken; sie liegt trotz des Sparkurses im nächsten Jahr noch bei 47 ½ vH. Diese von der Regierung beabsichtigte Rückführung der Ausgabenquote impliziert, daß — bei normaler Konjunkturentwicklung — die Staatsausgaben in den nächsten Jahren real etwa konstant bleiben. Wenn einem höheren Bedarf in einzelnen zukunftsorientierten Aufgabenbereichen Rechnung getragen werden muß, ist dies durch entsprechende Kürzungen in anderen Bereichen auszugleichen.

Die Wahl zwischen den ersten beiden Optionen, dem schnelleren Defizitabbau und der Senkung der Abgabenquote, sollte sich daran orientieren, bei welcher die Chancen für mehr Wachstum und Beschäftigung am größten sind. Dies ist nach Auffassung der Institute bei der zweiten Option der Fall. Zwar verbessern sich bei der ersten Option, dem schnelleren Abbau des Finanzierungsdefizits, — bei allerdings kurzfristig restriktiven Effekten — die mittelfristigen Wachstumschancen, vor allem weil die Wirtschaftssubjekte auf Dauer eine geringere Abgabenbelastung erwarten können. Nach Auffassung der Institute sind aber die Wachstums- und Beschäftigungseffekte bei einer rascheren Senkung der Abgabenquote weit größer. Bei der ersten Option müßte durch die schnellere Defizitrückführung der induzierte Zinsimpuls schon eine beachtliche Größenordnung erreichen, um die kontraktiven Nachfragewirkungen auszugleichen; damit ist jedoch angesichts zunehmend liberalisierter Kapitalmärkte kaum zu rechnen. Auch ist wohl nicht davon auszugehen, daß sich die Erwartungen von Investoren und Konsumenten derart aufhellen, daß sie im Vorgriff auf die zu erwartenden Abgabentlastungen ihre Nachfrage nachhaltig steigern.

Bei einer Rückführung der Staatsquote und der Abgabenquote um jeweils 2 ½ Prozentpunkte in den nächsten vier Jahren würde die staatliche Defizitquote bei dem derzeitigen Niveau von 1 bis 1 ½ vH liegen. Das mittelfristige Defizitziel der Bundesregierung wäre nicht in Frage gestellt. Die Institute empfehlen mit dieser Strategie also keinen grundsätzlich anderen finanzpolitischen Kurs, wohl aber eine konsequentere Abgabensenkung, bei der die notwendigen Entlastungen schneller realisiert werden, als dies bislang beabsichtigt ist. Auf diese Weise ließe sich ein zusätzliches und schrittweise zu realisieren-

¹¹ In früheren Rezessionsphasen stieg der konjunkturbedingte Teil der Defizitquote um nicht mehr als 1 bis 2 Prozentpunkte.

des Entlastungspaket konzipieren, das nach voller Wirksamkeit den Privaten eine Nettoentlastung von rund 50 Mrd. DM bescheren würde.

Die Senkung der Abgabenquote läßt sich über eine Verringerung der Sozialabgaben oder der Steuern bzw. über eine Kombination aus beidem erreichen. Würde man beispielsweise diesen Entlastungsbetrag voll zur Finanzierung einer Steuerreform benutzen, dann stünden bei einem weiteren Abbau von Steuervergünstigungen in Höhe von 30 Mrd. DM¹² insgesamt 80 Mrd. DM für die Senkung der Steuersätze zur Verfügung. Mit diesem Finanzierungsvolumen könnten zum einen die Unternehmenssteuersätze auf das von der Bundesregierung geplante Niveau gesenkt werden (Körperschaftsteuer und Einkommensteuer auf gewerbliche Einkünfte auf jeweils 25 vH). Darüber hinaus könnte beim Einkommensteuertarif der Eingangsteuersatz deutlich unter 20 vH und der Spitzensteuersatz unter 40 vH gesenkt werden. Damit wären die Unternehmenssteuersätze einschließlich der Gewerbesteuer ähnlich hoch wie der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer. Verwendet man dagegen einen Teil des bei diesem Sparkurs entstehenden Finanzierungsspielraums für eine Senkung der Sozialabgaben, dann stehen entsprechend weniger Mittel für die Steuerreform zur Verfügung.

Auf welche Weise man auch immer die Abgaben senkt, die positiven Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung sind beträchtlich. Die Anreize, mehr zu arbeiten, nehmen zu, so daß die Beschäftigung steigt. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und die Binnennachfrage erhöhen sich. Auch verliert die Schwarzarbeit an Attraktivität. Schließlich kommt die Senkung der Abgaben auch der Ersparnis zugute.

Zur geplanten Unternehmensteuerreform

Die Bundesregierung hat die Grundzüge einer Reform der Unternehmensbesteuerung beschlossen. Diese soll zu einer Nettoentlastung der Unternehmen von jährlich rund 8 Mrd. DM ab 2001 führen. Im einzelnen ist vorgesehen, daß der Steuersatz auf thesaurierte Gewinne der Kapitalgesellschaften von derzeit 40 vH auf 25 vH gesenkt wird. Zusammen mit der Belastung durch die Gewerbebeertragsteuer ergäbe sich für einbehaltene Gewinne bei Zugrundelegung eines Gewerbesteuerhebesatzes von 400 vH eine Belastung von 37,5 vH und — einschließlich des Solidaritätszuschlags — von 38,7 vH. Vorgesehen ist auch, den Sondertarif bei der Einkommensteuer für gewerbliche Einkünfte, der 1994 eingeführt wurde, wieder abzuschaffen. Diese Einkünfte (die Gewinne der Einzelunternehmer und Mitunternehmer) sollen im Falle der Thesaurierung wie bei den Kapitalgesellschaften mit 25 vH besteuert werden; hinzu kommen die Gewerbebeertragsteuer und der Solidaritätszuschlag, so daß sich auch hier eine Gesamtbelastung von 38,7 vH ergibt.¹³ Die Belastung einbehaltener Gewinne nähme infolge der Reform bei allen Unternehmen also deutlich ab.

Bei der Dividendenbesteuerung wird das gegenwärtige Vollarrechnungsverfahren, nach dem die Ausschüttungen der Unternehmen letztlich mit dem persönlichen Einkommensteuersatz des Anteilseigners (und nicht mit der auf der Unternehmensebene bezahlten Körperschaftsteuer) belastet werden, durch das sogenannte Halbeinkünfteverfahren ersetzt. Dabei wird die Dividende mit dem Unternehmenssteuersatz und der Hälfte des persönlichen Einkommensteuersatzes belastet. Im Endergebnis führt dies dazu, daß die Dividenden an Einkommensteuerpflichtige, die dem Spitzensatz unterliegen, deutlich niedriger als im geltenden System, jene an Personen mit geringen Einkommen dagegen stärker belastet werden.

Ausgeschüttete Gewinne der Personengesellschaften und Einzelunternehmen, die sogenannten Entnahmen, sollen (nach der gegenwärtig wahrscheinlichsten Reformvariante) wie die Dividenden der Kapitalgesellschaften nach dem Halbeinkünfteverfahren besteuert werden. Die Gesamtbelastung der erwirtschafteten Gewinne dieser Unternehmen hängt damit vom Anteil der Entnahmen am Gesamtgewinn und von der Höhe des persönlichen Einkommens des Unternehmers ab.¹⁴

Da der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer auch nach dem Inkrafttreten aller bisher beschlossenen Reformschritte deutlich höher ist als die Belastung der einbehaltenen Gewinne, führt diese Reform zu großen Belastungsunterschieden bei unterschiedlicher Gewinnverwendung sowie zwischen den einbehaltenen gewerblichen und den nicht gewerblichen Einkünften (Tabelle 3.2).

Um die Steuermindereinnahmen infolge der Reduzierung der Steuersätze zu begrenzen, soll gleichzeitig die Bemessungsgrundlage weiter verbreitert werden, insbesondere durch eine Verminderung der Abschreibungssätze. Im einzelnen ist vorgesehen, den linearen Abschreibungssatz für Betriebsgebäude von 4 auf 3 vH zu verringern und den Anfangssatz der degressiven Abschreibung für bewegliche Anlagegüter von 30 auf 20 vH; ferner sollen — entsprechend dem Urteil des Bundesfinanzhofs — die steuerlichen Nutzungsdauern für bewegliche Anlagegüter deutlich verlängert werden.

¹² Gedacht ist hier an die Kürzungsvorschläge, wie sie beispielsweise im Gutachten der Boreis-Kommission und in den Petersberger Beschlüssen enthalten sind.

¹³ Es wird auch erwogen, Gewerbetreibenden (nicht aber Selbständigen) das Recht einzuräumen, sich nach den Regeln für Körperschaften besteuern zu lassen.

¹⁴ Nach einer zweiten Variante des Reformplans wäre die steuerliche Belastung der Gewinne auf Unternehmensebene bei der Bemessung der persönlichen Einkommensteuer anzurechnen, so daß sich letztendlich die steuerliche Belastung entnommener Gewinne nach dem persönlichen Grenzsteuersatz des Unternehmers richtet.

Tabelle 3.2

Gewinnsteuerbelastung¹⁾ in Abhängigkeit von der Rechtsform und der Art der Gewinnverwendung (vH)

	1998	1999	2000	2001	2002
Kapitalgesellschaft					
Gewinnthesaurierung	56,2	51,8	51,8	38,7 ^{a)}	38,7 ^{a)}
Vollausschüttung an einen anrechnungsbe- rechtigten Anteilseigner mit einem Steuersatz von 53 vH/51 vH/48,5 vH (jeweils Spitzensatz)	63,1	63,0	61,3	55,2 ^{a)}	54,4 ^{a)}
0 vH	19,2	19,0	19,0	38,7 ^{a)}	38,7 ^{a)}
Einzelunternehmen oder Mitunternehmer					
Gewinnthesaurierung	58,0 ^{b)}	56,2 ^{b)}	54,5 ^{b)}	38,7 ^{a)}	38,7 ^{a)}
Vollausschüttung	58,0 ^{b)}	56,2 ^{b)}	54,5 ^{b)}	55,2 ^{a)}	54,4 ^{a)}
Selbständige ²⁾	55,9 ^{c)}	55,9 ^{c)}	53,8 ^{c)}	53,8 ^{c)}	51,2 ^{c)}
nachrichtlich:					
Maximaler Einkommensteuersatz	53,0	53,0	51,0	51,0	48,5
Solidaritätszuschlag	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5

¹⁾ Ohne Berücksichtigung von Maßnahmen zur Änderung der Bemessungsgrundlagen der Gewerbeertrag-, der Einkommen- und der Körperschaftsteuer. — ²⁾ Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit. — ^{a)} Bei einem Körperschaftsteuersatz bzw. einem einheitlichen Steuersatz für einbehaltene Gewinne von 25 vH. — ^{b)} Annahme: Belastung durch den maximalen Steuersatz für gewerbliche Einkünfte. — ^{c)} Annahme: Belastung durch den Spitzensteuersatz der Einkommensteuer.

Quelle: Berechnungen der Institute.

Die Senkung der Steuersätze ist für sich gesehen positiv zu bewerten, weil dadurch das Steuersystem die Kapitalallokation weniger verzerrt als bisher. Die Verringerung der steuerlichen Abschreibungen wirkt in die gleiche Richtung, allerdings nur insoweit, als dadurch — im Vergleich zu der tatsächlichen Abnutzung der Anlage — „zu günstige“ Abschreibungsregeln beseitigt werden. Allerdings darf man bei der Verschlechterung der steuerlichen Abschreibungen auch nicht zu weit gehen, sonst trifft dies auch die aus marktwirtschaftlicher Sicht rentablen Investitionen.

Ein Investitionsschub ist von dieser Reform nicht zu erwarten, eher sogar eine Investitionsdämpfung. Dies liegt daran, daß die Senkung der Steuersätze und der Abschreibungssätze zusammengenommen die relativen Kapitalkosten erhöht. Durch die verringerten Abschreibungen werden die Sachinvestitionen im Vergleich zu den Finanzinvestitionen weniger attraktiv. Die Senkung der Steuersätze erhöht nicht nur die Nettoerträge der Sachinvestitionen, sondern auch die der Finanzinvestitionen. Wegen der insgesamt großzügigen Abschreibungsregeln, die hierzulande bislang galten, ist der Entlastungseffekt der Steuersenkung bei den Erträgen aus Sachinvestitionen sogar geringer als bei den Erträgen aus Finanzinvestitionen. Der Vorteil dieser Reform besteht also lediglich darin, daß das Steuersystem neutraler wird. Sachinvestitionen, die aus rein marktwirtschaftlichem Kalkül unrentabel waren und nur wegen günstiger Abschreibungsregelungen getätigt wurden, werden in Zukunft weniger attraktiv.

Negativ zu bewerten an dieser Reform ist vor allem die vergrößerte Spreizung zwischen dem Unternehmens-

steuersatz für thesaurierte Gewinne und dem Einkommensteuersatz für ausgeschüttete Gewinne. Die Begünstigung der Gewinnthesaurierung gegenüber Gewinnausschüttungen führt zu Verzerrungen bei der Allokation von Kapital infolge des „lock-in“-Effekts. Die steuerliche Unterscheidung in „gutes thesauriertes Kapital“ und „schlechtes ausgeschüttetes Kapital“ macht ökonomisch wenig Sinn. Wie oben erwähnt ist nicht zu erwarten, daß das im Betrieb eingeschlossene Kapital automatisch für Sachinvestitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet wird, denn Finanzinvestitionen werden jetzt für die Unternehmen noch rentabler. Ferner ist zu berücksichtigen, daß auch ausgeschüttetes Kapital eventuell wieder investiert wird, und zwar dort, wo die Renditeerwartungen am größten sind.

Die Hoffnung, daß durch die bisherigen steuerlichen Maßnahmen einschließlich dieser Steuerreform die gewünschte Wachstums- und Beschäftigungsdynamik entsteht, dürfte sich nach Einschätzung der Institute nicht erfüllen. Zur Vitalisierung der deutschen Volkswirtschaft ist eine durchgreifende allgemeine Abgabentlastung notwendig, bei der nicht nur die einbehaltenen Gewinne, sondern die Einkommen generell deutlich entlastet werden. Nur wenn neben den Unternehmenseinkommen auch die Arbeitseinkommen weniger belastet werden, wird die Beschäftigung steigen, da sich die Bedingungen für Angebot und Nachfrage verbessern. Während der gegenwärtige Reformplan der Regierung auf eine weitere Komplizierung des Steuersystems hinausläuft, würde der Steuerreformvorschlag der Institute nicht nur die Wachstums- und Beschäftigungsdynamik erhöhen, sondern auch das Steuersystem erheblich vereinfachen.

Lohnpolitik

Nach mehreren Jahren der Zurückhaltung kam es in diesem Jahr in Deutschland zu deutlich höheren Tarifabschlüssen, so daß sich der Lohnanstieg spürbar beschleunigte. Dies bedeutet aber nach Einschätzung der Institute noch keine Abkehr von einer moderaten Lohnpolitik. Sie halten es angesichts der hohen Arbeitslosigkeit für wahrscheinlich, daß es im kommenden Jahr wieder zu niedrigeren Anhebungen der Tariflöhne kommen wird, zumal auch das Argument des Nachholbedarfs kaum noch eine Rolle spielt.

Mit fortschreitender konjunktureller Erholung wird sich auch die Lage am Arbeitsmarkt bessern; die Arbeitslosigkeit dürfte zudem aus demographischen Gründen spürbar zurückgehen. Dies darf aber nicht zum Anlaß für deutlich höhere Lohnabschlüsse genommen werden. Ebenso sollte die außenwirtschaftlich und steuerlich bedingte Erhöhung des Verbraucherpreisniveaus nicht zu entsprechend höheren Lohnzuwächsen führen. Im Interesse einer größeren Beschäftigungsdynamik halten die Institute weiterhin maßvolle Lohnsteigerungen für erforderlich.

Ein anhaltend kräftiger Aufschwung wird zweifellos deutliche Beschäftigungssteigerungen mit sich bringen. Noch mehr könnte erreicht werden, wenn die Lohnpolitik eine stärkere Differenzierung nach Branchen, Regionen und Qualifikationen zuließe, so daß der Teil der Arbeitslosigkeit, der faktisch aus der Existenz von Mindestlöhnen entsteht, vermindert wird. Denn neben dem Wirtschaftswachstum ist der relative Preis des Faktors Arbeit entscheidend für seinen Einsatz. Steigt er zu stark, besteht bei den Unternehmen ein Anreiz, den Arbeitseinsatz zu vermindern, und es entsteht Arbeitslosigkeit. Dies hat in der Vergangenheit insbesondere diejenigen Arbeitnehmer betroffen, die gering qualifiziert sind. Aber in einigen Branchen — so in der Bauwirtschaft — gingen die Lohnerhöhungen auch über den Produktivitätsanstieg hinaus, was zu einem Rückgang der Beschäftigung geführt hat. In der Folge hat sich die Tendenz, aus dem Tarifkartell auszuscheren und betriebsinterne Vereinbarungen über Löhne zu treffen, in letzter Zeit verstärkt, insbesondere in Ostdeutschland. Vielfach war es nur so — nämlich über eine stärkere Lohnspreizung — möglich, den Verlust von weiteren Arbeitsplätzen zu verhindern.

Nach wie vor setzt die Bundesregierung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf korporatistische Lösungen im Rahmen des Bündnisses für Arbeit. Wenn es einen positiven Beitrag für die Lösung des Arbeitsmarktproblems liefern kann, dann durch eine Festlegung der Tarifparteien auf einen Kurs der moderaten Lohnanhebungen für die mittlere Frist. Damit würde mehr Planungssicherheit geschaffen. Auch würde damit das Risiko vermindert, daß es zu einem Konflikt mit der Geldpolitik kommt.

Jüngster Streitpunkt im Rahmen des Bündnisses für Arbeit ist die vom Bundesarbeitsminister unterstützte For-

derung der IG Metall nach einer „Rente mit 60“, die Arbeitnehmern für eine begrenzte Zeit ermöglichen soll, ohne Abschläge mit 60 Jahren in Rente zu gehen. Die Gewerkschaften versprechen sich davon eine spürbare Entlastung am Arbeitsmarkt. Doch wird damit in Kauf genommen, daß alle Beschäftigten einen Beitrag leisten müssen, aber nur vergleichsweise wenige von dieser zeitlich begrenzten Maßnahme profitieren. Die Mittel sollen von den Tarifparteien aufgebracht werden, so daß die Rentenversicherung nicht belastet wird.

Nach den bisherigen Erfahrungen werden die Arbeitsplätze der aus Altersgründen vorzeitig ausscheidenden Arbeitnehmer allerdings noch nicht einmal zur Hälfte neu besetzt, so daß die unmittelbaren Beschäftigungseffekte nicht groß sein dürften. Vor allem erhöhen sich per saldo die Arbeitskosten, da die Beiträge zum Fonds zur Hälfte von den Unternehmen beigesteuert werden sollen. Durch die Beiträge für die vorgezogene Rente würde bereits ein beachtlicher Teil des Produktivitätsanstiegs ausgeschöpft und könnte somit nicht mehr — wie von den Tarifparteien im Bündnis für Arbeit vereinbart — zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze verwendet werden. Gleichzeitig wird auch der Spielraum für Lohnsteigerungen eingeschränkt.

Ostdeutschland: Aufholprozeß am Ende?

Die ostdeutsche Wirtschaft befindet sich im zehnten Jahr nach der Einführung der Marktwirtschaft in einer hartnäckigen Schwächephase. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wächst zwar weiterhin, die wirtschaftliche Dynamik hat jedoch trotz der enormen Fortschritte bei der Modernisierung des Kapitalstocks in den vergangenen Jahren deutlich nachgelassen. Seit Mitte der neunziger Jahre sind die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts kräftig gesunken, seit 1997 sind sie sogar geringer als in Westdeutschland. Die Erwerbstätigkeit ist seit der Vereinigung — mit einer kurzen Unterbrechung im Jahr 1995 — rückläufig; die Unterbeschäftigung bleibt mit knapp zwei Millionen Personen hoch. Der Aufholprozeß stockt seit nunmehr drei Jahren. Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, verharrt die nominale Wertschöpfung seit 1996 bei 57 vH des westdeutschen Niveaus. Auch der Produktivitätsabstand hat sich nicht mehr verringert. Die ostdeutsche Wirtschaft erreicht im Durchschnitt nur etwa 60 vH des Produktivitätsniveaus in Westdeutschland. An diesem Gesamtbild wird sich auch im Prognosezeitraum nicht viel ändern.

Ist damit der Aufholprozeß in Ostdeutschland bereits zum Erliegen gekommen? Dies wird oft mit dem Verweis auf Friktionen beim Wechsel der Auftriebskräfte verneint. An die Stelle des Baugewerbes, das bis 1994 das hohe Wachstum in den neuen Ländern getragen hatte, sei das Verarbeitende Gewerbe getreten, das künftig für die Fortsetzung einer kräftigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung sorgen werde. Der Wechsel habe sich allerdings

nicht synchron gestaltet, so daß es vorübergehend zur Abschwächung des gesamtwirtschaftlichen Produktionszuwachses gekommen sei.

In der Tat bremst das Baugewerbe die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland bereits seit vier Jahren. Aufgrund der Übersteigerungen der Investitionen in gewerbliche Bauten in den ersten Jahren der Transformation der Wirtschaft und infolge der Einschränkung der Förderung im Wohnungsbau, die angesichts der entstandenen Überhänge auch geboten war, geht die Baunachfrage und mit ihr die Bauleistung seit 1996 deutlich zurück. Kapazitätsabbau prägt seitdem die Entwicklung beim einstigen Wachstumsträger. Im Verarbeitenden Gewerbe hielt dagegen der Auftrieb an; dies wirkte sich zugleich günstig auf die Entwicklung der produktionsnahen Dienstleistungsbereiche aus. Obwohl sich das Wachstumstempo der Industrieproduktion nach 1996 sogar erhöhte und 1998 die Zuwachsrate auf reichlich 10 vH stieg, reichte dies bei weitem nicht aus, um den Rückgang der Bauproduktion wettzumachen.

Die Erwartung einer erneuten Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Produktion gründet sich auf ein baldiges Ende des Schrumpfungsprozesses in der Bauwirtschaft und auf die Fortschritte, die in der Industrie erreicht worden sind. So expandierte die industrielle Produktion in Ostdeutschland bis Ende vergangenen Jahres weitaus stärker als in Westdeutschland. Der Anteil der neuen Länder am gesamtdeutschen Industrieumsatz stieg auf 7 vH. Ostdeutsche Industrieunternehmen schafften es in zunehmendem Maße, in Märkte einzudringen und Marktanteile zu gewinnen. Vor allem die Ausfuhr — bislang ein Schwachpunkt der unternehmerischen Aktivitäten in den neuen Bundesländern — legte kräftig zu, und die Exportquote der Industrie erhöhte sich sprunghaft auf rund 18 vH. Die in den neuen Ländern gefertigte Produktpalette findet aber auch zunehmend in den alten Ländern Absatz. All dies zeugt von einer deutlich gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen. Die Produktivität im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe hat weiter kräftig zugenommen, und die Löhne wurden erheblich langsamer angehoben als in den Jahren zuvor. Die nominale Wertschöpfung pro Erwerbstätigen stieg 1998 auf knapp 65 vH des westdeutschen Niveaus, die Lohnkosten pro Beschäftigten verharrten bei 69 vH. Erstmals seit Einführung der Marktwirtschaft ist im vergangenen Jahr die Industrieproduktion Ostdeutschlands nicht allein durch die Erschließung von Produktivitätsreserven gewachsen; per saldo wurde die Beschäftigung in diesem Sektor leicht aufgestockt.

Trotzdem gibt es für die ostdeutsche Industrie keine Garantie für ein Anhalten der kräftigen Expansion. So wurde auch sie im laufenden Jahr vom Nachfrageschock aus dem Ausland deutlich getroffen. Zudem ist die Investitionstätigkeit seit einigen Jahren rückläufig. Es bleibt also Skepsis angebracht. Eine Fortsetzung des Aufhol-

prozesses ist nur möglich, wenn die Bedingungen erhalten bleiben, unter denen sich in der Industrie ein kräftiger Aufschwung entfalten konnte. In ihrem Frühjahrsgutachten 1998 hatten die Institute als Voraussetzungen dafür eine zurückhaltende Lohnpolitik, eine gezieltere öffentliche Förderung der Investitionstätigkeit und den raschen Ausbau der Infrastruktur genannt. Angesichts der Tatsache, daß wesentlich mehr Mittel für Ostdeutschland in den nächsten Jahren wohl nicht zur Verfügung stünden, hatten sie gefordert, die Hilfen für Ostdeutschland auf wenige zentrale Bereiche zu konzentrieren. Dies ist im wesentlichen mit den Vorhaben der Bundesregierung zur Stärkung der industriellen Basis, zur Förderung und Festigung von Existenzgründungen und zum Ausbau der Infrastruktur geschehen. Jetzt kommt es darauf an, diesen Kurs auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung durchzuhalten und Jahr für Jahr in effiziente Maßnahmen umzusetzen.

Nicht nur der Staat bleibt in der Pflicht, die Wiederbelebung des Aufholprozesses zu begleiten. Auch die Tarifparteien haben ihren Beitrag zu leisten. In diesem Jahr wird erstmals im Durchschnitt der Industrie der Gleichstand mit Westdeutschland bei den Lohnstückkosten erreicht, während sie zuvor immer höher lagen. Dies ist jedoch nur ein Etappenziel, um im Aufholprozeß voranzukommen. Wenn auch künftig Lohnzurückhaltung geübt wird, können von den Produktivitätssteigerungen und den darauf beruhenden Ertragsaussichten wieder Impulse auf die Investitionstätigkeit und die Beschäftigung ausgehen.

In den Bereichen außerhalb der Industrie sind die Ausgangsbedingungen für ein Aufholen zum Teil ungünstiger. Das Baugewerbe reicht zwar bei den Lohnstückkosten seit längerem an westdeutsche Verhältnisse heran, es steht aber noch einige Zeit unter Anpassungsdruck aufgrund der rückläufigen Nachfrage. Dagegen fällt der Lohnstückkostenvergleich im Dienstleistungssektor weiterhin deutlich zum Nachteil Ostdeutschlands aus. Die Produktivität liegt im Sektor Handel und Verkehr bei 57 vH und in den Dienstleistungsunternehmen bei nur 54 vH des westdeutschen Niveaus, während die Lohnkosten pro Kopf bereits 75 vH erreichen. Hier ist der Anschluß an westdeutsche Lohnstückkostenniveaus noch nicht in Sichtweite. Eine Sonderstellung nimmt der öffentliche Sektor ein, in dem die Pro-Kopf-Verdienste 86 vH des westdeutschen Standes erreicht haben. Auch hier ist vor einer raschen Lohnangleichung zu warnen. Dies würde die Finanzlage der neuen Länder verschlechtern mit negativen Folgen für den Ausbau der Infrastruktur. Außerdem würde davon erneut ein falsches Signal für die Tarifverhandlungen in der privaten Wirtschaft ausgehen.

Vordringlich bleibt der weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere im kommunalen Bereich, um die Standortqualität zu verbessern. Abwegig wäre es aber,

dort weiter zu fördern, wo es bereits Überkapazitäten durch staatliche Anreize gibt. Generell ist es notwendig, günstige Bedingungen für Existenzgründungen zu schaffen. Allerdings wird in dem Maße, wie die wirtschaftlich starken Regionen Ostdeutschlands aufholen, die Notwendigkeit einer Sonderbehandlung Ostdeutschlands schwinden; die flächendeckende Förderung wird früher

oder später in eine selektive Regionalförderung zu überführen sein.

Alle Beteiligten, besonders die Tarifparteien und der Staat, sollten darauf hinwirken, daß der Aufholprozeß wieder in Gang kommt. Allen sollte dabei klar sein, daß er in jedem Fall noch einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen wird.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für die Jahre 1999 und 2000
 Bundesrepublik Deutschland

	1998	1999	2000	1999		2000	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
 Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,4	0,3	0,3	0,7	-0,1	0,1	0,6
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,3	-0,9	0,2	-1,3	-0,5	-1,0	1,5
Arbeitstage	0,7	0,5	-0,9	0,6	0,4	0,8	-2,5
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,8	-0,1	-0,4	0,0	-0,2	-0,2	-0,5
Produktivität ¹⁾	1,4	1,5	3,1	0,8	2,2	3,3	2,9
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	2,2	1,4	2,7	0,8	2,0	3,1	2,3

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen
 a) Mrd.DM

Konsumausgaben	2 894,1	2 965,9	3 051,1	1 436,7	1 529,2	1 479,9	1 571,2
Private Haushalte ²⁾	2 174,7	2 229,5	2 306,0	1 085,0	1 144,5	1 124,0	1 182,0
Staat	719,4	736,4	745,1	351,7	384,7	355,9	389,2
Anlageinvestitionen	797,2	822,3	858,3	388,2	434,1	405,7	452,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	336,5	365,9	396,9	171,2	194,6	185,9	211,0
Bauten	460,7	456,4	461,4	217,0	239,4	219,9	241,6
Vorratsveränderungen ³⁾	29,6	32,1	32,3	26,7	5,4	27,4	5,0
Inlandsnachfrage	3 720,9	3 820,2	3 941,6	1 851,6	1 968,7	1 913,0	2 028,7
Außenbeitrag	63,3	52,8	70,4	23,9	29,0	34,1	36,4
Export	1 092,1	1 122,7	1 221,9	538,5	584,1	599,5	622,4
Import	1 028,9	1 069,9	1 151,5	514,7	555,2	565,5	586,0
Bruttoinlandsprodukt	3 784,2	3 873,0	4 012,0	1 875,4	1 997,6	1 947,0	2 065,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,6	2,5	2,9	2,5	2,4	3,0	2,7
Private Haushalte ²⁾	3,2	2,5	3,4	2,5	2,5	3,6	3,3
Staat	0,7	2,4	1,2	2,5	2,2	1,2	1,2
Anlageinvestitionen	1,6	3,1	4,4	2,3	3,9	4,5	4,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	10,3	8,7	8,5	9,2	8,3	8,5	8,4
Bauten	-4,0	-0,9	1,1	-2,6	0,7	1,3	0,9
Inlandsnachfrage	3,0	2,7	3,2	2,5	2,9	3,3	3,0
Export	7,0	2,8	8,8	-0,8	6,3	11,3	6,5
Import	6,4	4,0	7,6	0,7	7,2	9,9	5,6
Bruttoinlandsprodukt	3,2	2,3	3,6	2,0	2,7	3,8	3,4

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995
 a) Mrd.DM

Konsumausgaben	2 786,7	2 824,6	2 871,5	1 384,0	1 440,6	1 408,3	1 463,3
Private Haushalte ²⁾	2 078,8	2 114,4	2 159,1	1 031,7	1 082,7	1 054,8	1 104,3
Staat	708,0	710,2	712,4	352,3	357,9	353,5	359,0
Anlageinvestitionen	796,7	827,8	863,0	390,5	437,3	408,7	454,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	331,0	362,8	393,0	169,8	193,0	184,4	208,6
Bauten	465,7	465,0	470,0	220,7	244,3	224,3	245,7
Vorratsveränderungen ³⁾	34,7	34,2	33,3	27,4	6,7	27,0	6,3
Inlandsnachfrage	3 618,1	3 686,5	3 767,7	1 801,9	1 884,6	1 843,9	1 923,8
Außenbeitrag	60,5	43,6	63,3	16,4	27,2	30,6	32,7
Export	1 075,6	1 105,8	1 181,8	534,2	571,5	582,9	598,9
Import	1 015,0	1 062,2	1 118,5	517,9	544,3	552,3	566,2
Bruttoinlandsprodukt	3 678,6	3 730,0	3 831,0	1 818,2	1 911,8	1 874,5	1 956,5
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	3 651,3	3 703,2	3 805,6	1 801,0	1 902,2	1 858,9	1 946,7

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,8	1,4	1,7	1,4	1,3	1,8	1,6
Private Haushalte ²⁾	2,3	1,7	2,1	1,8	1,6	2,2	2,0
Staat	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Anlageinvestitionen	1,4	3,9	4,3	3,1	4,7	4,7	3,9
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,9	9,6	8,3	10,4	8,9	8,6	8,1
Bauten	-3,9	-0,2	1,1	-2,0	1,6	1,6	0,6
Inlandsnachfrage	2,5	1,9	2,2	1,9	1,9	2,3	2,1
Export	7,0	2,8	6,9	0,1	5,4	9,1	4,8
Import	8,5	4,6	5,3	3,9	5,3	6,7	4,0
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,4	2,7	0,8	2,0	3,1	2,3
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	1,8	1,4	2,8	0,8	2,0	3,2	2,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für die Jahre 1999 und 2000
 Bundesrepublik Deutschland

	1998	1999	2000	1999		2000	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995 = 100) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben ²⁾	0,9	0,8	1,3	0,7	0,9	1,3	1,3
Konsumausgaben des Staates	0,3	2,0	0,9	2,2	1,9	0,9	0,8
Anlageinvestitionen	0,1	-0,7	0,1	-0,8	-0,7	-0,1	0,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,3	-0,8	0,2	-1,1	-0,6	0,0	0,3
Bauten	-0,1	-0,8	0,0	-0,7	-0,9	-0,3	0,3
Export	0,0	0,0	1,8	-0,9	0,8	2,0	1,7
Import	-2,0	-0,6	2,2	-3,1	1,8	3,0	1,5
Bruttoinlandsprodukt	1,0	0,9	0,9	1,2	0,7	0,7	1,0

5. Einkommensenstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²⁾	2 815,6	2 868,3	2 962,8	1 388,8	1 479,4	1 435,5	1 527,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	396,0	401,5	410,0	190,4	211,0	194,6	215,4
Bruttolöhne und -gehälter	1 605,8	1 642,0	1 680,0	767,4	874,6	783,8	896,3
Übrige Primäreinkommen ⁴⁾	813,8	824,8	872,8	431,0	393,8	457,2	415,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	376,9	401,6	432,7	183,4	218,2	202,8	229,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 192,5	3 269,8	3 395,4	1 572,2	1 697,6	1 638,3	1 757,1
Abschreibungen	561,5	574,0	588,5	285,1	288,9	292,0	296,5
Bruttonationaleinkommen nachrichtlich:	3 754,1	3 843,8	3 983,9	1 857,3	1 986,5	1 930,3	2 053,6
Volkseinkommen	2 823,2	2 876,7	2 982,9	1 375,9	1 500,8	1 431,7	1 551,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	821,4	833,3	893,0	418,1	415,2	453,3	439,7
Arbeitnehmerentgelt	2 001,8	2 043,5	2 090,0	957,8	1 085,7	978,4	1 111,6

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²⁾	2,9	1,9	3,3	1,6	2,1	3,4	3,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,2	1,4	2,1	1,5	1,3	2,2	2,0
Bruttolöhne und -gehälter	1,6	2,3	2,3	2,2	2,3	2,1	2,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,5	2,0	2,1	1,5	2,5	2,2	2,0
Übrige Primäreinkommen ⁴⁾	6,5	1,4	5,8	0,6	2,2	6,1	5,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	2,6	6,5	7,7	6,0	7,0	10,6	5,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,9	2,4	3,8	2,1	2,7	4,2	3,5
Abschreibungen	2,8	2,2	2,5	2,1	2,4	2,4	2,6
Bruttonationaleinkommen nachrichtlich:	2,9	2,4	3,6	2,1	2,7	3,9	3,4
Volkseinkommen	2,6	1,9	3,7	1,5	2,3	4,1	3,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	5,3	1,4	7,2	0,2	2,7	8,4	5,9
Arbeitnehmerentgelt	1,6	2,1	2,3	2,0	2,1	2,1	2,4

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²⁾
a) Mrd. DM

Primäreinkommen	2 815,6	2 868,3	2 962,8	1 388,8	1 479,4	1 435,5	1 527,3
Monetäre Sozialleistungen	760,8	786,2	797,7	392,4	393,8	400,5	397,2
Sonstige Transfers	117,8	117,8	119,5	58,6	59,2	59,5	60,0
Abzüge:							
Einkommen- und Vermögensteuern	377,7	403,5	413,3	188,0	215,6	193,4	219,9
Sozialbeiträge	800,4	809,1	818,2	388,7	420,5	393,6	424,7
Monetäre und sonstige Transfers, geleistet	123,3	123,6	123,9	61,4	62,2	61,5	62,4
Verfügbares Einkommen	2 392,8	2 436,0	2 524,5	1 201,9	1 234,2	1 247,0	1 277,5
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	23,8	24,1	24,5	11,3	12,8	11,5	13,0
Konsumausgaben	2 174,7	2 229,5	2 306,0	1 085,0	1 144,5	1 124,0	1 182,0
Sparen	241,9	230,6	243,0	128,1	102,5	134,5	108,5
Sparquote (vH) ⁵⁾	10,0	9,4	9,5	10,6	8,2	10,7	8,4

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen	2,9	1,9	3,3	1,6	2,1	3,4	3,2
Monetäre Sozialleistungen	1,3	3,3	1,5	3,1	3,6	2,1	0,9
Sonstige Transfers	2,2	0,0	1,4	-0,4	0,4	1,5	1,4
Abzüge:							
Einkommen- und Vermögensteuern	5,4	6,8	2,4	9,3	4,8	2,9	2,0
Sozialbeiträge	0,9	1,1	1,1	1,3	0,9	1,3	1,0
Monetäre und sonstige Transfers, geleistet	0,4	0,2	0,2	0,1	0,4	0,2	0,3
Verfügbares Einkommen	2,8	1,8	3,6	1,0	2,6	3,8	3,5
Konsumausgaben	3,2	2,5	3,4	2,5	2,5	3,6	3,3
Sparen	-1,1	-4,7	5,4	-9,9	2,9	5,0	5,9

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1999 und 2000

Bundesrepublik Deutschland

	1998	1999	2000	1999		2000	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁶⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	872,9	933,1	963,5	448,9	484,2	463,9	499,6
Sozialbeiträge	726,1	730,7	737,6	350,7	380,0	354,7	383,0
Vermögenseinkommen	35,7	31,9	28,5	21,9	10,0	18,1	10,4
Sonstige Einnahmen ⁷⁾	129,9	127,7	128,3	58,5	69,1	58,3	70,0
Insgesamt	1 764,5	1 823,3	1 857,9	880,0	943,4	895,0	962,9
Ausgaben							
Vorleistungen und Arbeitnehmerentgelte ⁸⁾	742,8	759,4	767,9	359,2	400,2	363,4	404,6
Vermögenseinkommen	135,2	137,0	139,0	67,0	70,0	67,9	71,2
Subventionen	69,4	71,7	70,9	31,2	40,5	30,9	40,0
Monetäre Sozialleistungen	712,9	730,8	740,6	364,9	365,9	372,1	368,5
Sonstige laufende Transfers	51,8	51,7	53,5	24,6	27,1	25,1	28,4
Vermögenstransfers	53,9	63,4	68,7	23,4	40,0	26,4	42,3
Bruttoinvestitionen ⁹⁾	63,2	64,8	65,7	27,7	37,1	28,0	37,7
Insgesamt	1 829,0	1 878,8	1 906,1	898,0	980,8	913,5	992,6
Finanzierungssaldo	-64,5	-55,5	-48,3	-18,0	-37,4	-18,6	-29,7

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	5,5	6,9	3,3	8,0	5,9	3,3	3,2
Sozialbeiträge	0,9	0,6	0,9	0,7	0,6	1,1	0,8
Vermögenseinkommen	15,5	-10,7	-10,5	-12,8	-5,6	-17,2	4,1
Sonstige Einnahmen ⁷⁾	-0,6	-1,7	0,5	-4,5	0,7	-0,4	1,3
Insgesamt	3,3	3,3	1,9	3,5	3,2	1,7	2,1
Ausgaben							
Vorleistungen und Arbeitnehmerentgelte ⁸⁾	0,5	2,2	1,1	2,2	2,3	1,1	1,1
Vermögenseinkommen	0,7	1,4	1,5	1,3	1,4	1,3	1,6
Subventionen	3,4	3,4	-1,2	7,0	0,7	-1,2	-1,2
Monetäre Sozialleistungen	1,2	2,5	1,3	2,1	2,9	2,0	0,7
Sonstige laufende Transfers	9,5	-0,2	3,4	-3,1	2,7	1,8	4,8
Vermögenstransfers	19,1	17,6	8,3	2,9	28,4	12,6	5,8
Bruttoinvestitionen ⁹⁾	-6,4	2,5	1,5	4,3	1,2	1,2	1,6
Insgesamt	1,3	2,7	1,5	2,2	3,2	1,7	1,2

¹⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde. — ²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. — ⁴⁾ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuß sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. — ⁵⁾ Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen). — ⁶⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. — ⁷⁾ Sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers, Verkäufe und sonstige Subventionen. — ⁸⁾ Einschließlich sonstiger Produktionsabgaben. — ⁹⁾ Einschließlich Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen der Institute; 1999 und 2000: Prognose der Institute.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 11. November 1999

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw.de>

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,

Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1999.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg /

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel /

Institut für Wirtschaftsforschung Halle / Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304